



Die trügerische bürgerliche Fassade des Olaf Scholz

Der scheinbare Biedermann als Galionsfigur soll die abstrusen Ideen der linken Hardliner Esken und Kühnert vor den Wahlen verdecken

SEITE 3

Zum 80. Jahrestag: Die Massenerschießungen von Babi Jar

Ein sehr persönlicher Blick auf die massenhafte und bestialische Ermordung ukrainischer Juden in einer Schlucht bei Kiew durch SS und Wehrmacht 1941

SEITE 42



Feiern für das Glück

Rosch Hoschana, Jom Kippur, Sukkot, Schmini Atzeret und Simchat Tora: Warum wir innerhalb eines Monats so viele Feste zu feiern haben

SEITE 47



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

überschattet von den Geschehnissen in Afghanistan, von Corona-Einschränkungen, von besonders in West-Europa und besonders in Deutschland und Frankreich nahezu Alltag gewordener blutiger islamischer Gewalt, von durch das Verschulden des überaus unfähigen neuen US-Präsidenten Biden wieder aufkeimendem Terror und Gräueltaten des sogenannten Islamischen Staates, von immer wiederkehrenden Aggressionen der Iran-gestützten arabischen Usurpatoren jüdischen Landes gegen Israel und von den wirklich nichts Gutes verheißenden, wichtigen Richtungswahlen in Deutschland geht der Sommer 2021 in dem vor uns liegenden September seinem Ende entgegen.

Selbst der völkerverbindende olympische Gedanke, der schon in der Antike das hehre Ziel hatte, die Waffen ruhen und die Jugend nur im friedlichen Wettstreit ihre Kräfte messen zu lassen, musste auch bei der diesjährigen Sommer-Olympiade von Tokyo ohne hinreichende Ahndung durch die olympische Völkerfamilie mehrfach Islam-getragenen Juden Hass gegen israelische Olympioniken erleben.

Gerade angesichts des niemals zu vergessenden islamischen Mord-Terrors gegen die israelische Olympiamannschaft von München 1972 wären nicht nur wie in der politischen Doping-Ahndung eine entschiedener Reaktion der Olympia-Verantwortlichen gegenüber den muslimischen Sport-Funktionären und ein Ausschluss der islamischen Israel-Diffamierungs-Verbände sicher ein wünschenswertes, wenn auch versäumtes Signal in Richtung einer Aufrechterhaltung der wirklichen olympischen Idee.

Der in diesem Jahr zu Beginn des Monat September endende jüdische Monat Elul ist der letzte Monat des alten jüdischen Jahres 5781, das Anfang September mit Beginn des Monats Tishrei zu Ende geht.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter
<https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF;
Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €;
Slowakei 4,50 €



Erst unter Obama wurde der Afghanistan-Einsatz zum Desaster



Präsident Obama wollte ebenso wie die deutsche Bessermensch-Politik im Zuge seines linken „Nation Building“-Irrglaubens ausgerechnet am islamisch zerrütteten Hindukusch „muslimische Herzen und Köpfe“ gewinnen. Doch diese Pläne sind nicht zuletzt durch den stümperhaften Abzug der Amerikaner und durch das Versagen eines weiteren Präsidenten der Democrats, nämlich Joe Biden, für den Preis mehrerer tausend amerikanischer Leben so krachend gescheitert, dass es auch bei der jetzigen, erneuten Machtübernahme der Taliban keinesfalls den gewünschten Einsatz von afghanischer Regierung und Armee für die vermeintlich bereits vollzogene Demokratisierung des Landes gab. Vielmehr gab es von Seiten der afghanischen Bevölkerung kaum eine nennenswerte Gegenwehr, stattdessen schnelle und vielfache Fraternisierung mit den Taliban.

Von Daniel Greenfield

„Der Zusammenbruch Afghanistans: Hat der US-Geheimdienst Fehler gemacht?“, fragt ABC News. „Afghanistan ist Euer Fehler!“, bellt Tom Nichols vom „The Atlantic“. „Politico“ denkt darüber nach „Warum afghanische Streitkräfte so schnell ihre Waffen niederlegten“.

Die Eroberung Afghanistans durch die Taliban ist besonders gut für noch mehr Medien-Schlagzeilen.

Afghanistan ist nicht gefallen – weil Afghanistan niemals existiert hat. Die afghanische Armee hat ihre Waffen niedergelegt, weil auch sie nie existiert hat. Und das nicht nur, weil viele der 300.000 Soldaten imaginär waren. Ihre paschtunischen Mitglieder ergaben sich ihren Taliban-Paschtunen oder flohen in den Iran oder nach Us-

bekistan, je nach ihrer Stammes- oder Religionszugehörigkeit, die im Gegensatz zu Afghanistan sehr real ist.

Die afghanische Armee war da, weil wir 90 Milliarden Dollar dafür ausgegeben haben. Ähnlich wie Afghanistan mit seinem Präsidenten, seiner Verfassung und seinen Wahlen existierte, weil wir ein Vermögen dafür ausgegeben haben. Als wir gingen, floh der Präsident, die Armee brach zusammen ebenso wie der ganze Staat Afghanistan: Das Musical in Kabul war nun geschlossen.

Den endlosen Krieg haben weder die Sowjetunion noch die USA nach Afghanistan gebracht

Afghanistan ist kein Land. Es ist eine Steinzeitbrigade aus streitenden Stäm-

men, ethnischen Gruppen, islamischen Konfessionen und Kriegsherren, für die junge Männer mit alten russischen und amerikanischen Gewehren kämpfen. Anders als für die Fiktion eines demokratischen Afghanistans werden sie dafür sogar gerne ihr Leben geben.

Und in den kommenden Jahren werden Sie einige dieser Soldaten des US-gestützten „Staates Afghanistan“ sehen, die vor den Taliban kapituliert haben, wie sie für Stämme und Kriegsherren kämpfen und sterben, sogar im Kampf gegen die Taliban, im echten endlosen Krieg.

Der ewige Krieg ist nichts, was wir nach dem 11. September erfunden hätten: Afghanistan war schon immer im Krieg. Die Amerikaner sind beeindruckt, dass die Taliban 20 Jahre lang durchgehalten haben. Sie sollten es nicht sein!

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Erst unter Obama wurde der amerikanische Afghanistan-Einsatz zum Desaster

In Afghanistan existiert die Zeit nicht. Zwei Jahrzehnte Krieg sind für die Amerikaner erschreckend lang. Für Afghanen hingegen ist das Normalität. Wir haben einen Ort betreten, der jahrhundertlang ein Kriegsgebiet war, ergriffen Partei, lieferten Waffen und gingen dann wieder, wie jeder wusste, dass wir es tun würden. Briten und Russen kamen und gingen. Nach uns kommen und gehen die Chinesen.

Und der ewige Krieg wird endlos weitergehen.

Vor uns wollten die Russen, dass die Afghanen Kommunisten spielen. Wir wollten, dass sie so tun, als wären sie Demokraten. Aber die Afghanen sind keine „Afghanen“, sie sind Paschtunen, Usbeken, Belutschen, Hazaras, Sunniten und Schiiten. Alles andere ist nur eine vorübergehende Tracht.

Die Taliban, ein weiterer paschtunischer Versuch, die Macht zu ergreifen, werden auf Widerstand stoßen, nicht bei den Befürwortern eines freien und demokratischen Afghanistans, sondern bei rivalisierenden Stämmen und Kriegsherren.

Wir werden wahrscheinlich einige davon finanzieren. Und vielleicht werden wir diesmal nicht dumm genug sein, sie zu bitten, Wahlen abzuhalten oder irgendeinen anderen in Washington erdachten Nation-

Building-Unsinn.

Unser Afghanistan-Feldzug nach dem 11. September war schnell, klug und rücksichtslos. Die Männer, die ihn leiteten, verstanden die Gesellschaft. Sie arbeiteten mit einheimischen Kriegsherren zusammen, um die Taliban zu vernichten. Ihr Ziel war ein schneller und schmutziger Sieg, der an den Taliban ein Exempel statuieren sollte.

Unsere Verbündeten waren alle, deren aktuelle Parteiinteressen im endlosen Machtkampf gerade mit unseren übereinstimmen. Im Laufe der Jahre wurden einige unserer Verbündeten zu Feinden und einige Feinde wurden zu Verbündeten. Die Taliban waren die Bösen, aber wie in Syrien waren das auch alle anderen. Es gab viele Unschuldige, die ins Kreuzfeuer gerieten, doch Unschuldige haben keine Macht.

Der durchschnittliche afghanische Dorfbewohner denkt nicht daran, Bürger eines Landes namens Afghanistans zu sein. Er kümmert sich wenig um Wahlen und seine Ältesten verwechseln Amerikaner mit Russen und manchmal sogar mit Briten. Die Eliten in Kabul verkleiden ihre Macht-ergreifung gerne in Präsidentschaftstitel und Verfassungen, die sonst niemanden im Land interessiert. USAID bezahlt Mädchen in Kabul, Feminismus zu spielen, und

College-Absolventen, um über internationale Beziehungen zu sprechen.

In der überwiegenden Mehrheit des Landes ist das alles irrelevant, wie wir jetzt herausfinden.

Die Taliban kämpften nur wenige Schlachten

Doch Afghanistan ist für uns keine komplette Katastrophe geworden. Bis zu Obama.

Die US-Streitkräfte erreichten unter Bush mit 25.000 ihren Höhepunkt. Obama vervierfachte sie auf 100.000. In diesem Jahr wurden mehr amerikanische Soldaten verwundet als während der gesamten Bush-Regierungszeit.

1.200 Amerikaner starben während Obamas Aufmarsch in Afghanistan, nicht nur, weil er die Zahl der Soldaten vervierfachte, sondern weil dem Militär gesagt wurde, sie sollten nicht mehr versuchen, die Taliban zu besiegen. Unsere Soldaten wurden zu Gemeindeorganisatoren mit Waffen, denen gesagt wurde, dass sie nicht kämpfen sollten.

Es wurden keine Herzen und Köpfe gewonnen. Doch die Friedhöfe füllten sich mit Jungen aus Texas und West Virginia, die nicht zurückschießen durften, weil Ob-

ama muslimische Herzen und Köpfe gewinnen wollte.

Die Militärs, die Obamas Strategie unterstützten, begruben und lähmten eine Generation junger Männer. Unzählige Männer und Frauen kamen innerlich verwundet nach Hause. Sie nahmen Überdosen oder brachten sich um.

Der Anstieg ging zurück. Die Militärs zogen sich zurück, um die Städte zu sichern, während die Taliban die ländlichen Gebiete sicherten, auf die wir so viele Leben verschwendeten. Sie mussten nur darauf warten, dass wir gingen. Die Geschwindigkeit, mit der die Taliban das Land übernahmen, erscheint nur den CNN-Zuschauern magisch.

Das Land wartete nur darauf, von ihnen übernommen zu werden. Die Taliban kämpften nur wenige Schlachten. Die verschiedenen Kriegsherren und Anführer begannen, die Seiten zu wechseln, als Biden seinen Rückzug ankündigte, um sich dem Gewinnerteam anzuschließen. Das ist das islamische Team, das von Pakistan, China und der Türkei unterstützt wird, die die großen Jungs sind, die immer noch aufrecht stehen. Doch das bedeutet nicht, dass sie nächsten Monat oder nächstes Jahr nicht wieder die Seite wechseln werden.

► Fortsetzung auf Seite 5

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Allen Jahrtausende währenden Anfeindungen und Vernichtungsversuchen durch seine alten und neuen Feinde zum Trotz folgen auch in diesem Jahr – wenn auch Corona-ingeschränkt – Millionen Juden in Israel und in der ganzen Welt dem ewigen Brauch, am Neujahrstag Rosch Haschanah, der in der Thora auch Jom Terua (Tag des Schofarblasens) genannt wird, wie seit jeher dem vertrauten Klang des Widderhorns (Schofar) und erbitten für ihre Lieben und für sich ein glückliches, friedvolles und gesundes, kurzum ein süßes neues Jahr.

Die Redaktion und ich schließen uns aus ganzem Herzen für unsere Leser und für uns alle diesen Wünschen an. Das Neujahrsfest Rosch Haschanah und die folgenden Tage bis Jom Kippur stellen für das gesamte jüdische Volk neben der Hoffnung auf das Neue auch eine Zeit der Rechenschaft und der Besinnung über das Bisherige, über das Versäumte und über das Erreichte dar.

Die jahrtausendealte Tradition dieser Feiertage, die sowohl in Israel als auch von den Juden in aller Welt begangen werden, belegt einmal mehr, dass Israel weltweit einer der geschichtlich am längsten legitimierten Staaten auf seinem Staatsgebiet ist, einschließlich seiner gesamten und ungeteilten Hauptstadt Jerusalem, einschließlich des jüdischen Tempelbergs sowie einschließlich der jüdischen Regionen Judäa, Samaria und Galiläa.

Die überflüssige UNO

Es ist an Zynismus nicht zu überbieten, dass gerade der jüdische Staat Israel zur Zielscheibe einer weltweiten, vor allem von der verlogenen und wie das Afghanistan-Debakel wieder einmal deutlich zeigt, weitestgehend unnützen UNO angeführten Delegitimierungskampagne geworden ist, während Eroberer und islamische Landusurpatoren, die große Teile ihrer Staatsgebiete – wie etwa die Türkei und viele andere mehr – erst in jüngster Geschichte zusammengekauft haben, diese unangefochten behalten dürfen und von unseren westlichen Selbstaufgabe-Politikern dabei sogar noch ermutigt und hofiert werden.

Das Ende eines alten und der Anfang eines neuen Jahres ist der richtige Zeitpunkt, vor al-

lem Ihnen zu danken, dass sie unserer mittlerweile im achten Jahr erscheinenden JÜDISCHEN RUNDSCHAU die Treue gehalten haben und wir dank Ihres Interesses und Ihres Zuspruchs viele neue Leser gewinnen konnten. Unsere Redaktion und ich werden auch im neuen Jahr 5782 alles dafür tun, um dem Anspruch unserer Leser zu entsprechen und unsere Lesergemeinde weiter wachsen zu lassen.

Gefreut hat uns vor allem aber auch Ihre Zustimmung zu unserer eindeutigen und kompromisslosen Positionierung für die Erhaltung unserer durch Aufklärung, Revolutionen und Kriege hart erkämpften freiheitlichen, abendländischen Kultur und für die entschiedene Verteidigung unserer Lebenswelt in einem freien, demokratischen und verfassungsgesicherten Europa, frei von Extremisten und Judenfeinden

„ Es brauchte 20 Jahre, Milliarden von Dollar, tausende tote Soldaten und eine Präsidenten-Attrappe wie Joe Biden, um in Afghanistan die Herrschaft der Taliban durch die Herrschaft der Taliban zu ersetzen.“

aus dem rechten und linken Lager, aber auch frei von Terror, islamischer Gewalt und intolerantem, demokratie- und jüdenfeindlichem Hoheitsanspruch eines auch weiterhin gegen alle schrecklichen Fakten durch unsere Politik und unsere Medien ermutigten, sichtbar entfesselten, durch und durch rassistischen, fanatisch-antisemitischen und menschenverachtenden Islam. Auch hier sprechen die mit Hilfe des durch und durch unfähigen Präsidenten Biden möglich gewordenen neuen Exzesse der Taliban und bereits auch schon wieder des IS eine klare Sprache.

Das Einzelfall-Kleingerede

Während unsere Politik und unsere Mainstream-Medien unvermindert bemüht sind, die diesbezüglichen Vorkommnisse und Ri-

siken totzuschweigen oder ohne jedes Mitgefühl für die Opfer der islamischen Mordangriffe Einzelfall-kleinzureden und während sie gegen besseres Wissen die vollkommen offensichtliche Verbindung des Islam zu dem zwischenzeitlich nahezu allgegenwärtigen Messer-Morden auf unseren Straßen vorsätzlich vernebeln und leugnen, beherrschen islamische Gewalt und islamischer Hegemonialanspruch mit zunehmender Stärke des weiterhin nahezu ungebremst wachsenden muslimischen Bevölkerungsanteils in Deutschland und fast überall in den Islam-Einlass Staaten Westeuropas immer mehr das tägliche Geschehen.

Weitestgehend frei von jeder Empathie für die kaum noch genannten, geschweige denn betrauernten oder mit Hilfe versehenen Opfer

des islamischen Terrors und der von hauptsächlich muslimischen Einwanderern verübten Gewalt, sowie befeuert von unserer unsäglichen und unbelehrbaren islam-affinen Politik und ihren Zwangsgebühr-finanzierten Regierungsmedien, bleiben volksverhetzende islamische „Juden-ins-Gas“-Rufe auf unseren Straßen und antisemitische Beleidigungen, ja sogar Aufforderungen zum Mord an Juden in sozialen Medien weitestgehend unbeanstaltet, während gleichzeitig reihenweise Islam-Kritiker als „Nazis“ diffamiert, gemobbt, gesellschaftlich und beruflich benachteiligt, ausgegrenzt oder in sozialen Netzwerken gesperrt werden.

Dabei ist die Angst vor Terror und islamischer Gewalt längst das zentrale Thema in unserem Land. Fahrten mit U-Bahn und S-

Bahn und der Gang in den Supermarkt oder in die Fußgängerzone sind heute mit wachsender Tendenz und ohne adäquate Gegenreaktion aus Politik und Strafverfolgung zum Angst-machenden Survival-Trip geworden.

Während die nahezu wahllos eingelassenen muslimischen Straftäter, erstaunt über die mangelnde Wehrbereitschaft unseres angegriffenen Staates, keinerlei Sanktionen fürchten und häufig nach eigenen Aussagen nur noch kopfschüttelnde und tiefgehende Verachtung für unsere Demokratie, unsere Politik und unsere Justiz empfinden, wird unsere Polizei von unter anderem bis ins Kanzleramt reichenden Pseudo-Gutmensch-Politikern für übermäßigen Einsatz gegen islamische Gewalt auch noch gerügt.

Sehr viele Juden, deren Zuschriften in großer Zahl die JÜDISCHE RUNDSCHAU erreichen, sehen dies ebenso. Gerade wir Juden, leidgeprüft wie unsere Familien sind, sollten dem allzu durchsichtigen und keinesfalls der Sorge um uns Juden geltenden Hassgeifern der um ihre politischen Pfründe besorgten, sehr gut etablierten und vom Staat trotz zumeist mangelhafter Berufsbildung hochbezahlten linken und grünen Islam-Appealer nicht aufsitzen.

Und nicht genug damit. Während sie in die rechte Richtung „Haltet den Dieb“ schreien, verunmöglichen unsere links-ideologisierten Bessermenschen würdiges jüdisches Leben in diesem Lande in einem seit Kriegsende nie geahnten Ausmaß und verhelfen gleichzeitig den obsessiv antisemitischen Holocaust-Leugnern und Holocaust-Bereitern aus dem Iran auch noch gern zur Atombombe zwecks selbsterklärter Vernichtungsabsicht gegen Israel und das jüdische Volk. Von ihrer bestens bekannten dubiosen Haltung zu dem jüdischen Staat will ich gar nicht reden.

Das Schicksal der Juden in islamischen Ländern ist ein Blick in die Zukunft Westeuropas

Aber ebenso ungeeignet bin ich auch, ein suizidal erblindetes, mundtot Verdummungs-Opfer zu sein, das sich trotz aller heutigen Entwick-

► Fortsetzung auf Seite 6

Die trügerische bürgerliche Fassade des Olaf Scholz

Wenn die SPD mit den Grünen und der Linken koalitiert, bekommen wir eine Regierung mit totalitären Zügen. Baerbock wird mit einem Klimaministerium ein Schattenkanzleramt zufallen. Glaubt man den Umfragen, ist zu befürchten, dass die Wählertäuschung gelingt (JR).



Von Vera Lengsfeld

Vermeintliche Biedermänner wie Winfried Kretschmann oder eben Olaf Scholz kommen gut an beim deutschen Wähler.

Seit der Vereinigung habe ich acht Wahlkämpfe mitgemacht. Keiner war wie dieser. Eine inoffizielle Einheitsfront liegt wie Mehltau über dem Land. Die Programme der Altparteien ähneln sich zum Verwechseln. Alle wollen das Klima schützen, soziale Gerechtigkeit und Vielfalt. Die Haltungs-Medien wollen das auch, aber nicht von jedem. Die Union soll an einer künftigen Regierung nicht beteiligt sein.

Nur dreißig Tage vor der Wahl scheint dieses Ziel in greifbare Nähe zu rücken: Die SPD, die sich dank ihres Kanzlerkandidaten aus dem Umfragetief herausgearbeitet hat, hat es mit 23 Prozentpunkten an die Spitze geschafft. Ihr Kanzlerkandidat Scholz kann sogar auf 41 Prozent Zustimmung verweisen und liegt weit vor Annalena Baerbock und Armin Laschet.

Das hat niemand voraussehen können, als die SPD vor einem Jahr bei 14 Prozent lag und Olaf Scholz als Kanzlerkandidat kürte. Damals wurde über den „14 Prozent-Olaf“ oder den „König ohne Land“ Hohn und Spott ausgegossen. Die klaren Favoriten für das Kanzleramt waren die Grünen, egal mit welchem Kandidaten sie ins Rennen gehen würden. Zwar wetteten viele Kenner, dass es Annalena Baerbock würde, aber es stand eben noch nicht fest.

Dass sich die überwiegend linksradikale SPD-Führung auf Olaf Scholz verständigte, der im Kampf um den Parteivorsitz dem Duo Saskia Esken / Walter Borjans unterlag, war einerseits verwunderlich, andererseits die einzige Chance, die der Partei noch geblieben war. „Es gibt Mehrheiten diesseits der

Union“, war die Botschaft von Scholz, auf die er und die Partei sich einigen konnten.

Kevin Kühnert kommentierte die Wahl von Scholz so: „Bei Martin Schulz sind wir ja mit überschwappender Euphorie, aber ohne programmatische Einigung gestartet. Und haben gesehen: Da geht einem der Treibstoff auf halber Strecke aus.“ Die SPD scheint aus diesem Fehler gelernt zu haben: „Vielleicht ist es anders herum sinnvoller: Erst die inhaltliche Klärung zu haben, mit ein bisschen weniger Euphorie in den Wahlkampf reinzugehen ...“, so Kühnert.

Annalena Baerbock: Klimaministerium als oberste Regierungsinstanz

Nun hat die Partei einen scheinbar seriösen, bürgerlichen Vorsitzenden, aber ein „progressives“, sprich linksradikales Programm. Wenn die SPD mit den Grünen und der Linken koalitiert, bekommen wir eine Regierung mit totalitären Zügen. Scholz, der einen „internationalen Klimaclub für ambitionierte Klimaziele“ gründen will, wird gegen das von den Grünen geforderte Klimaministerium mit Vetorecht gegenüber allen anderen politischen Vorhaben nichts einzuwenden haben, obwohl das bedeutet, dass nicht mehr er als Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, sondern Annalena Baerbock, der mit diesem Ministerium ein Schattenkanzleramt zufallen würde.

Auch gegen ein Migrationsministerium wird er sich nicht stemmen, weil seine Partei die Einwanderungspolitik

von Merkel fortsetzen und womöglich noch verstärken will. Wer das alles bezahlen soll, bleibt offen. Scholz, der als Finanzminister für die größte Verschuldung der Nachkriegsgeschichte verantwortlich ist, scheint auch dem Glauben anzuhängen, dass mit Gelddrucken alles erledigt ist.

Scholz, der auf seinen Wahlplakaten stocknüchtern, aber seriös daher kommt, ist in zahlreiche Skandale und Fehlentscheidungen verstrickt. Weil wir aber eine zwar freie, aber willig regierungskonforme Presse haben, hat er kaum unangenehme Fragen von Journalisten zu befürchten.

Schuldbewusstsein hat er offensichtlich nicht. Im Sommerinterview der ARD prallen alle Fehler, wie der Sender berichtete, an ihm ab: G20, Cum-Ex, Wirecard – worauf er auch angesprochen wird, er erklärt mantramäßig, dass er entweder für das Problem eine Lösung gefunden hat, nicht schuld war, oder auch einfach nichts darüber wusste. Das deutet darauf hin, dass Scholz die Politik Merkels, politische Fehlentscheidungen ohne Konsequenzen bleiben zu lassen, fortsetzen wird.

Auf Rücktrittsforderungen aus der Bevölkerung, ob gegen ihn wegen Wirecard oder Außenminister Maas wegen Afghanistan, reagiert Scholz nicht. Er will sich nicht einmal entschuldigen. Stattdessen zählt er das auf, was er schon immer sagte: Man habe die BaFin ja reformiert, bessere Kontrollen auf den Weg gebracht, Hausaufgaben gemacht und daher abgehakt. Die Schicksale derer, die ihm vertraut haben, zählen offenbar nicht.

Es ist zu befürchten, dass die Wählertäuschung gelingt

Ähnlich im Falle des Versagens des SPD-Außenministers: „Ich finde, bei einer so ersten Angelegenheit sollte man nicht mit sehr wenig fundierten Behauptungen durch die Gegend laufen“, hält er seinem Mitbewerber Armin Laschet entgegen, als der Maas kritisiert. „Sondern man sollte einfach dafür sorgen, dass wir hier als Land unsere Aufgabe auch erfüllen.“

„Wir hier als Land“ ist die Entlastungsformel, mit der ein Politiker, der Kanzler werden will, jegliche Verantwortung von der Politik abwälzt. Scholz & Co wollen zwar unbedingt an die Macht, aber keine Regierungsverantwortung übernehmen.

Selbst wenn Scholz aus anderem Holz wäre und eine seriöse Politik, die dringend notwendige Sanierung Deutschlands und den damit verbundenen Politikwechsel, in Angriff nehmen wollte, säßen ihm Esken, Kühnert und das linksradikale Wahlprogramm im Nacken. Es wäre nicht das erste Mal, dass die SPD einen amtierenden Kanzler durch einen anderen ersetzt. Das weiß Scholz genau, und es wird ihm eine Warnung sein.

Scholz ist die trügerische bürgerliche Fassade, das Trojanische Pferd, mit dem die SPD ins Kanzleramt möchte. Es ist zu befürchten, dass die Wählertäuschung gelingt und er es schafft.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Vera Lengsfeld.de

Europas Kniefall vor Raisi

Wie kann die EU einem Land huldigen, das die Zerstörung des jüdischen Staates und den Hass auf die westlichen Werte Amerikas auf seine Fahnen geschrieben hat? Die Vereidigung des neuen iranischen Präsidenten in Anwesenheit des EU-Gesandten Enrique Mora zeugt vom politischen und moralischen Verfall der europäischen Institution, die nicht müde wird vorzugeben, das Bessermenschentum für sich gepachtet zu haben. Die devote und dienstbeflissene Teilnahme ohne ein Wort der Kritik diskreditiert die EU-Vertretung zum Speichellecker des Terrorismus und lässt jede demokratische Würde vermissen (JR).

Von Fiamma Nirenstein

Die Zeremonie war einladend, denn die Iraner sind bekanntlich gebildete, elegante Herren in schwarzen Turbanen und hellen Kleidern, mit einem charmanten Lächeln unter ihren Bärten.

Im Vorfeld der Veranstaltung gab der Iran bekannt, dass 115 Vertreter aus 73 Ländern an der Veranstaltung teilnehmen werden: 10 Präsidenten, 20 Parlamentspräsidenten, 11 Außenminister, 10 andere Minister und weitere Parlamentarier aus der ganzen Welt. Ein echter Erfolg.

Und dann war da noch die prunkvolle Menge, deren Sitzordnung von den Gastgebern nach den Vorlieben von Ebrahim Raisi, dem neuen Präsidenten der Islamischen Republik, und natürlich des von den Ayatollahs geführten Regimes, dessen Entscheidungen stets vom Obersten Führer Ali Khamenei getroffen werden, zusammengestellt wurde.

Er war es, der die Kandidaten für die Wahlen im Juni auswählte und Dutzende ausschloss, bis Raisi, der von ihm Auserwählte, „gewählt“ wurde.

Nach Raisis Niederlage im Jahr 2017 hielt Chamenei ihn mit sehr wichtigen Positionen in der Justiz bereit, wofür er sogar von Amnesty International entsetzte Reaktionen erhielt, weil er Tausende von Dissidenten und andere vom Regime nicht geschätzte Personen zum Tode verurteilt hatte.

In der ersten Reihe der Zeremonie saßen der Chef des Politbüros der Hamas, Ismail Haniyeh, der Führer des Islamischen Dschihad, Ziad al-Nakhaleh, und der stellvertretende Generalsekretär der Hisbollah, Naim Qassem (dessen im Libanon ansässige und vom Iran unterstützte Organisation gerade einen Raketenhagel auf Israel abgefeuert hatte). Alle diese Personen sind mit dem Korps der Islamischen Revolutionsgarden Irans verbündet.

Enrique Mora saß gleich in der zweiten Reihe hinter den Terroristen

In der Reihe direkt hinter ihnen, mit roter Krawatte, saß Enrique Mora, stellvertre-



Feine Gesellschaft: Der EU-Vertreter Enrique Mora (rechts) am 5. August 2021 mit Hamas-Chef Hanijah bei der Amtseinführung des iranischen Präsidenten Raisi

tender Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Das diplomatische Organ der Europäischen Union, welches die oben genannten Organisationen offiziell auf die Terror-Liste der EU gesetzt hat und Europa bei den Gesprächen in Wien anführt, um dem Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPOA), dem Atomabkommen mit dem Iran, neues Leben einzuhauchen.

Was muss in diesen Tagen im Iran noch passieren, abgesehen von Piraterie und einem Doppelmord in den Gewässern von Oman; abgesehen vom Einsatz von „Stellvertretern“ als Militärkommandos im ganzen Nahen Osten, mit Waffen und Drohnen im Wert von Millionen; abgesehen von der brutalen Unterdrückung

verzweifelter Iraner, die auf öffentlichen Plätzen im ganzen Land demonstrieren; abgesehen von dem verrückten Wettlauf um die Anreicherung von Uran, während Raisi erklärt, dass Atombomben nicht mit seinen Prinzipien vereinbar sind; abgesehen von der Erpressung der USA und der anderen Länder, die in Wien Gespräche führen?

Wie kann Europa schließlich einem Land huldigen, das sich die Zerstörung des jüdischen Staates und den Hass auf Amerika auf die Fahnen geschrieben hat? Wie kann es eine Regierung feiern, die diejenigen einlädt und ehrt, die die Ermordung von Frauen und Kindern in Bussen und Pizzerien planen und sie mit Geld versorgen?

Die Ayatollahs können mit sich selbst zufrieden sein. Während die Terroristen ihren Platz in der ersten Reihe einnehmen, stellen wir in Europa uns wortlos hinter sie in die zweite Reihe.

Die Journalistin Fiamma Nirenstein war Mitglied des italienischen Parlaments (2008-2013), wo sie als Vizepräsidentin des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der Abgeordnetenkammer und im Europarat in Straßburg tätig war und den Ausschuss zur Untersuchung des Antisemitismus gründete und leitete. Sie ist Fellow am Jerusalem Center for Public Affairs (JCPA). Auf Englisch zuerst erschienen bei Jewish News Syndicate. Übersetzung Audiatur-Online.

Politische Perversion pur: Ausgerechnet die rassistische, anti-weiße und antisemitische BLM-Bewegung beschimpft Juden als Nazis

Die von deutschen Bessermenschen bejubelte jüdenfeindliche und gewaltstrotzende Hass-Bewegung „Black Lives Matter“ stört sich nicht an islamischen Mord- und Unrechtsregimen – der demokratische jüdische Staat hingegen ist ihnen ein Gräueltat und die Abschaffung Israels ein erklärtes Ziel (JR).

(Israel Heute) Diejenigen, die an die nationale Wiederherstellung Israels als Erfüllung der biblischen Prophezeiung oder auch nur als notwendigen Zufluchtsort für das jüdische Volk nach Jahrtausenden der Verfolgung glauben, seien nicht besser als Nazis. Das behaupten zumindest die Demonstranten von „Black Lives Matter“ (BLM), die kürzlich vor dem Studio von „Fox News“ in New York ihr Gift versprühten.

„Ihr seid Lügner. Ihr seid alle Rassisten.

Ihr seid Nazis. Ihr seid Zionisten. Ihr seid KKK“, rief der Anführer des Protests über ein Megaphon, während seine Begleiter Fotos von „Fox News“-Journalisten hochhielten.

Es ist nicht das erste Mal, dass BLM-Mitglieder nicht nur antizionistische, sondern regelrecht antisemitische Rhetorik verbreiten. Anfang dieses Jahres veröffentlichte einer der bekanntesten und prominentesten BLM-Aktivisten, Prof. Marc Lamont Hill, ein Video, in dem er

einräumte:

„Black Lives Matter spricht sehr explizit über die Demontage des zionistischen Projekts ... und unterstützt die BDS Bewegung (die anti-israelische Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung) aus diesen Gründen.“

Hill ist ein erfahrener Kommentator der Mainstream-Medien und weiß, wie er seine Worte zu dosieren hat. Die „Demontage des zionistischen Projekts“ kann letztlich nur eines bedeuten, wie alle isra-

elischen Juden wissen: Israels Zerstörung.

Kürzlich beklagte Israels Minister für Diaspora-Angelegenheiten, Nachman Shai, dass man „Amerika verlieren könnte“ wenn liberale Juden in den Vereinigten Staaten sich weiterhin mit Bewegungen wie der BLM verbünden.

Leider sieht Shai die evangelikalen Christen nicht als adäquates Gegengewicht zu diesem Problem und betonte, dass sich Israel langfristig nicht auf „andere Gruppen“ verlassen könne.

◀ Fortsetzung von Seite 2

Erst unter Obama wurde der amerikanische Afghanistan-Einsatz zum Desaster

Werden auch die Chinesen ihre Lektion lernen?

Die verhasste Regierung in Kabul wurde durch unser Geld und unsere Luftwaffe unterstützt. Wir sind raus, sie auch. Aber auch die Einheimischen werden die Taliban hassen. Und wenn die Chinesen Minenfelder bauen, Straßen anlegen und die Einheimischen beleidigen, werden sie herausfinden, was wir, die Briten und die Russen schon gelernt haben.

Afghanistan gehört niemandem. Es ist sein eigener ewiger Krieg miteinander streitender Stämme. Der ewige Krieg wird weitergehen, ob wir da sind oder nicht. Aber wir werden wahrscheinlich in der einen oder anderen Form dabei sein. Wir haben Afghanistan oder den Irak nie wirklich verstanden. Und so können wir ihnen nicht entkommen. Al-Qaida und ISIS werden von Afghanistan aus operieren. Und das werden auch unzählige andere Dschihad-Kämpfer tun.

Die Amerikaner haben den ewigen Krieg nicht erfunden. Er läuft in den islamischen Teilen der Welt seit über tausend Jahren. Es ist unmodern und politisch inkorrekt, es zu erwähnen. Deshalb bezeichnen die Medien die Taliban vorsichtig als „Religionsschüler“, ohne die Religion zu benennen. Es wird sich auf sunnitische und schiitische Machtkämpfe im Irak bezogen, während der „Islam“-Teil der Gruppe weggelassen wird.

Wir sind gekommen, um die Dschihadisten nach dem 11. September zu besiegen, und wir blieben da, um Afghanistan zu reformieren. Aber von was haben wir es reformiert? Wir konnten das Problem gar nicht benennen. Und wenn Sie ein Problem nicht benennen können, finden Sie keine Lösung.

Nachdem es nicht gelungen ist, Afghanistan zu reparieren, ist jetzt der Prozess im Gange, so viele Afghanen wie möglich nach Amerika zu bringen. Der alte Plan, 100.000 „Dolmetscher“ und ihre Familienangehörigen mitzubringen, wurde stark ausgeweitet, auf jeden Afghanen, der für amerikanische Organisationen gearbeitet hat. Wenn sie fertig sind, werden wir vielleicht eine Million afghanische Flüchtlinge in Amerika haben. Manche von ihnen werden islamische Terroristen werden.

Wie viele der geholten Afghanen werden bald Terroristen in Amerika?

Der letzte Akt der Terrorismusbekämpfung besteht darin, die Terroristen nach Amerika zu bringen, um noch mehr Terror zu schaffen. Die wahre Tragödie Afghanistans besteht nicht nur darin, dass wir so viele unserer Besten und Klügsten im Staub verloren haben, sondern dass wir aus dieser Erfahrung nichts gelernt haben. Nichts, außer uns selbst die Schuld zu geben. Wir haben Afghanistan nicht im Stich gelassen. Wir haben Afghanistan auch nicht verloren. Es hat nie uns oder sonst jemandem gehört.

Afghanistan war nicht unser ewiger Krieg. Es ist der ewige Krieg der Warlords und Stammesangehörigen, die ihn weiterkämpfen werden, bis das Wasser versiegt, das Vieh stirbt und sie alle nach Fremont ziehen, wo bereits 25.000 Afghanen leben. Unser Fehler bestand darin, nicht zu erkennen, was Afghanistan ist.

Amerikaner glauben gerne, dass jeder wie wir ist. Es ist eine leichte Falle, in die man tappen kann. Überall, wo wir hingehen, sprechen die Leute Englisch, hören unsere Musik und tragen Nike-

Shirts. Sie haben Meinungen über unsere Präsidenten und möchten wissen, wie einfach es ist, nach Fremont zu ziehen. Und wir beliefern sie fröhlich mit mehr Nike-Shirts, schlechter Musik, noch schlechteren Filmen und versuchen, sie davon zu überzeugen, die Vereinigten Staaten des Irak oder die Vereinigten Staaten von Afghanistan zu gründen. Wenn es dann nicht klappt, ziehen sie nach Fremont, Minnesota oder New York City, kandidieren für den Kongress und sagen uns, dass sie uns hassen.

Grenzen und Abgrenzung sind für Amerika wichtig

Wenn wir etwas von Afghanistan, vom Irak und vom 11. September lernen wollen, dann sollte es dies sein: Es muss Grenzen geben, physische und konzeptionelle Grenzen, zwischen uns und dem Rest der Welt. Amerikanischer Exzeptionalismus kann kein narzisstischer Glaube sein, dass jeder so sein sollte wie wir. Wenn jeder wir werden könnte, gäbe es nichts Außergewöhnliches an uns. Unsere Besonderheit besteht darin, dass der Rest der Welt nicht wie wir ist und nie sein wird. Und wenn wir uns schützen wollen, müssen wir aufhören zu versuchen, die Welt zu definieren oder dem Rest der Welt zu erlauben, Amerika neu zu definieren.

Wir hätten in Afghanistan schnell und entschieden gewinnen und wieder gehen können, wenn wir nicht zu dem Glauben verführt worden wären, dass Afghanistan Amerika sein könnte und die Afghanen es verdient hätten, Amerikaner zu sein. Ebenso der Irak.

Aus Siegen wurden Niederlagen und Friedhöfe voller Toter, weil wir die Wahrheit über Afghanistan und uns selbst aus den Augen verloren haben. Je mehr wir über Afghanistan oder ei-

nen anderen Ort in Bezug auf uns selbst nachdenken, desto weniger sehen wir es als das, was es ist. Und das kann eine tödliche Illusion sein.

Die Amerikaner haben das letzte Jahrhundert damit verbracht, die Welt in Amerika zu verwandeln. Lassen Sie uns dieses Jahrhundert damit verbringen, Amerika zu dem zu machen, was es immer sein sollte: eine Zuflucht vor dem Rest der Welt.

Wir werden keine Kriege mehr gewinnen, weil wir uns nicht mehr daran erinnern können, wofür wir eigentlich kämpfen. Da wir nicht in der Lage sind, Grenzen zwischen dem Feind und uns selbst, zwischen unserer Nation und der Welt zu ziehen, haben wir den grundlegenden Sinn und sogar das Konzept eines Krieges verloren.

Um einen Krieg zu gewinnen, müssen wir uns daran erinnern, wofür wir kämpfen. Uns selbst.

Die Afghanen verstehen dieses Konzept. Vielleicht verstehen sie es zu gut. Aber es ist an der Zeit, dass wir es auch lernen. Wenn wir nicht für uns selbst in den Krieg ziehen können, nicht für Demokratie, Menschenrechte oder damit afghanische Mädchen zur Schule gehen können, dann werden wir Soldaten verlieren, Kriege verlieren und unsere Nation verlieren.

Alle Kriege sind endlos und ewig, wenn du nicht verstehst, was es braucht, um zu gewinnen.

Daniel Greenfield ist Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel erschien zuvor im Front Page Magazine des Centers.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie

kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland,

Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Fami-

lie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

◀ Fortsetzung von Seite 2

lungen den Blick auf die gegenwärtig größte Gefahr für jüdisches Leben und für unser aller Lebensart in Deutschland und in Westeuropa vernebeln lässt.

Sieht man sich die Lebensverhältnisse der wenigen noch nicht hinausgedrängten Juden in den vom Islam dominierten Staaten an, dann gibt es nicht den geringsten Zweifel:

Die heute größte Gefahr für uns Juden, aber auch für unsere westliche Zivilisation ist der todbringende virulente Juden Hass und die Demokratiefreundlichkeit der sich hinter dem Alibi eines sehr, sehr schlechten Religionsplagiats tarnenden Weltbeherrschungsideologie des Islam. Und es sind ganz genauso seine hiesigen selbstgerechten grünen und linkslastigen Einlass-Helfer, Wegbereiter und Erfüllungsgehilfen aus unserer gegenwärtigen Mainstream-Politik und ihren nachgeschalteten Gesinnungsmedien.

Darüber sollten alle aufrichtigen Anhänger unserer freiheitlichen westlichen, Aufklärungsgeläuterten, säkularen, Religions-toleranten und Religions-getrennten Wertewelt und mit ihnen die bestens domestizierten jüdischen Unterstützer der heutigen etablierten Politik im eigenen Interesse ernsthaft nachdenken, statt wie Lemminge auf den immer sichtbarer werdenden Abgrund zuzulaufen und wie durch offenbar bestens domestizierte jüdische, wohl nur ihrem eigenen Fortkommen dienende Funktionsträger und Organisationsträger geschehen auch noch aktive Wahlhilfe für die linken und grünen Feinde unserer westlichen Lebensart und unserer abendländischen Kultur zu liefern.

Das spricht weder für mich noch – wie es zahlreiche Zuschriften an die Jüdische Rundschau und an mich deutlichst belegen – für ganz, ganz viele andere Juden in diesem Lande.

Die grüne Partei der „High Five“-Abklat-scherin und Kopftuch-tragenden Mord-Mullah-Freundin Claudia Roth und dazu noch Jemanden*in wie A. Baerbock zu promoten, die neben all dem sonstigen Humbug vom menschengemachten Klimawandel, den sie allenthalben verzapft, kaum einen einzigen Satz unfallfrei durch ihre Zahnreihen schleusen kann, ihren Lebenslauf fälscht und Bücher plagiiert – das ist ganz sicher weder mit Verstand noch mit Anstand und schon gar nicht mit Charakter in Einklang zu bringen.

In den schlimmsten Albträumen war nicht anzudenken, dass gerade in diesem Lande, dessen lange frenetisch bejubelte politische Führung in finsterster Zeit derart unsägliches Leid über das jüdische Volk und seine Menschen gebracht hat, nur sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Horrors, durch das entseelte und verantwortungslose politische Handeln eines weit nach links gerückten Regierungsbündnisses wieder eine rapide fortschreitende Verunmöglichung eines würdigen jüdischen Lebens ohne demütigendes Identitäts-Mimikry und islamische No-Go-Areas für Juden das Tagessgeschehen bestimmen würden.

Kapitulation vor dem Antisemitismus

Schlimmer noch, die unerhörte und beschämende Empfehlung eines deutschen Regierungsbeauftragten – ausgerechnet gegen den Antisemitismus – an die Juden, zu ihrer eigenen körperlichen Sicherheit, die Kippa abzusetzen, bestätigt und besiegelt trotz gegenteiliger scheinheiliger Beteuerungen unserer Politik die Berechtigung der Ängste der ohne wirksame Hilfe im Stich gelassenen jüdischen Minderheit und ist eine faktische Kapitulation vor der immer mehr Fahrt aufnehmenden überwiegend islamischen Gewalt gegen Juden.

Trotz des unbestritten vorhandenen und ebenfalls als Resultat des Vernunft-verlassenen Islam-Einlass-Kurses unserer Politik erstarken, ewiggestrigen tradierten Antisemitismus ist es allem voran der unverantwortlich suizidale Strukturauflösungs-Kurs unseres Rechtsstaates durch die gegenwärtige politische Führung, der verantwortlich zeichnet für diese sich täglich verschlechternde Situation der Juden in diesem Lande und weiteren Teilen Westeuropas.

Die gezielte Umlenkung der politischen Themen und Schwerpunkte auf einen grüne Klima-hysterischen und sinnentleerten Pseudo-Aktivismus verheißt leider auch nichts Gutes für eine Umkehr dieser Entwicklung. Die Juden Frankreichs und anderer westeuropäischer Staaten wandern bereits in großer Zahl aus ihren Heimatländern aus und überlassen den Platz den Muslimen. Deutschland dürfte angesichts des zu erwartenden Abstimmungsverhaltens seiner Klima-betäubten Wähler in nicht allzu ferner Zukunft der französischen Entwicklung folgen.

Da tut es gut – um inmitten des heutigen politischen Irrsinns nicht zu verzweifeln – Stimmen wie die von Henryk Broder, Seyran Ates, Hamed Abdel-Samad oder dem Philosophen Alain Finkielkraut und dem Harvard-Absolventen und Historiker Daniel Pipes zu hören.



Unwählbar für Demokraten: Grünen-Ikone Claudia Roth steht exemplarisch für den pro-islamischen Kurs ihrer ganzen Partei. Sie verbrüdete sich bereits freudestrahlend mit Vertretern des mörderischen iranischen Mullah-Regimes und zeigt sich hier unkritisch mit der Friedensnobelpreisträgerin Tawakkol Karman, deren Mitgliedschaft in der gefährlichen radikal-islamischen Moslembürokratie die Politikerin nicht zu stören scheint.

Sie alle machen sehr nachdenklich und verdienen – bevor es auch dafür zu spät sein wird – gehört und beachtet zu werden.

Die Jüdische Rundschau und ich verspüren jedenfalls keine Neigung kritiklos zu schweigen und mit Verlaub als nützliche jüdische Idioten den schrecklichen Leidensweg unserer Vorfahren durch willfähiges Anbieten an den hier geschaffenen Zeitgeist des Ausverkaufs unserer westlichen und demokratischen Werte zu verraten und die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel zu setzen.

Keine, aber auch gar keine Gemeinsamkeiten kann es geben mit der verlogenen Antisemitismus-Heuchelei der in Wahrheit von allen guten Geistern verlassenen pro-islamischen Israel-Verurteilungs-Akteure aus der linken „Break-the-silence“-nahen Szene der israelischen, deutschen und internationalen jüdischen Politik.

Und wir sind kein Stück bereit, etwa auch noch gemeinsam mit den hiesigen „His-Master’s Voice“-wiedergebenden jüdischen Lobhudlern einer desaströsen Regierungs-Politik konform zu gehen.

Gerade als jüdischer Migrant und Sohn jüdischer Überlebender aus dem Zentrum des unsäglichsten deutschen Schoah-Mordens in Ostpolen, werde ich trotz aller Beschimpfungen, Diffamierungen, Ausladungen und abstrus-irrwitziger Rechts-Verortungen meiner Person weder schweigen noch in den Lobgesang der hiesigen Hofjuden einstimmen für dieses nicht nur für die Islam-generierte Bedrohung jüdischen Lebens, sondern auch für den größten Rechtsruck in der Nachkriegsgeschichte dieses Landes verantwortliche Regierungsbündnis.

Kein Zuspruch jüdischer Funktionäre für Trumps Jerusalem-Anerkennung

Udenkbar für die Jüdische Rundschau und für mich ist es auch etwa gemeinsam mit den hiesigen Geschichts-vergessenen und die tatsächliche Interessenlage unser jüdischen Menschen aus Opportunismus oder falscher Ideologie hintanstellenden Judenrats-Epigonem, die es aus lauter Liebedienerei zu den hiesigen linken Israel-Dämonisierern nicht einmal geschafft

haben, vorbehaltlos zu der überfälligen Jerusalem-Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump zu stehen, etwa das nur allzu gern gesehene und durch hohe gesellschaftliche Aufwertung sattsam honorierte jüdische Alibi für die Fortsetzung der bisherigen desaströsen, für dieses Land und für uns Juden gefährlichen Einlass-Politik gewalttätigen, mörderischen Juden Hasses zu liefern.

Auch außenpolitisch scheint der Irrsinn, seit die Politik des von niemandem wirklich gewählten, sich links-grün gerierenden usurpativ als supranationaler Bundesstaat auftretenden, vor allem Westeuropa einvernehmenden, Israel-aversen und Islam-affinen EU-Gebildes in dem neuen US-Präsidenten und dem großen Unheil verursachenden Politversager Joe Biden wieder einen geistesverwandten Unterstützer gefunden zu haben.



Unwählbar für Demokraten: Grünen-Ikone Claudia Roth steht exemplarisch für den pro-islamischen Kurs ihrer ganzen Partei. Sie verbrüdete sich bereits freudestrahlend mit Vertretern des mörderischen iranischen Mullah-Regimes und zeigt sich hier unkritisch mit der Friedensnobelpreisträgerin Tawakkol Karman, deren Mitgliedschaft in der gefährlichen radikal-islamischen Moslembürokratie die Politikerin nicht zu stören scheint.

Wer angesichts des politischen und moralischen Versagens des US-Präsidenten statt sein überfälliges Impeachment zu verlangen, heute noch glaubt, Joe Biden sei die richtige Wahl gewesen, der will das globale Desaster, das der mit seinem fluchtartigen Abzug aus Afghanistan angerichtet hat, einfach nicht sehen.

Der wird bei uns Ende September ganz sicher wohl auch A. Baerbock, die gänzlich unwählbare Enksen-Kühnert-Scholz-Truppe oder die umbenannte SED wählen.

Schlechtester US-Präsident aller Zeiten

Fakt ist – Biden kann man gar nicht genug negativ darstellen. Und das nicht nur wegen Afghanistan, obwohl das schon gereicht hätte. Ein größeres Geschenk hätten die USA einem militärischen Feind wie den Taliban nicht machen können, und haben sie in ihrer gesamten Geschichte (selbst in Vietnam) auch noch nie gemacht.

Modernstes militärisches Equipment für eine zweistellige Milliardensumme, hochwertiges Fluggerät und über 10 ausgebaute Luftstützpunkte – dazu all die entsetzlichen Opfer und der Verrat an Menschen, die den USA vertraut haben. Wieviel mehr hätte er tun sollen, um als schlechtester US-Präsident ever angesehen zu werden?

Besonders für jüdische Menschen ist der September von einer Reihe historischer Ereignisse geprägt, von denen einige an dieser Stelle wegen ihrer besonderen tragischen Bedeutung, mit der sie unsere und auch die jüdische Lebenswelt nachhaltig bis heute verändert haben, hervorgehoben werden sollen.

Am 1. September 1939, vor 82 Jahren, überschritten deutsche Truppen die Grenze des polnischen Nachbarn. Mit dem gänzlich unprovokierten Überfall und Eroberungsfeldzug gegen Polen stürzte das damalige Nazi-Deutschland – gestützt und bejubelt von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen – Europa und weite Teile der Welt nur 19 Jahre nach Ende des ebenfalls von Deutschland verursachten Ersten Weltkriegs in den noch blutigeren und grausameren Zweiten Weltkrieg, der 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation und Zerschlagung

des deutschen Hitlerreiches endete.

In sechs Jahren brutalsten Krieges wurde Deutschland schuldig an einer hohen zweistelligen Millionenzahl toter und verletzter Kriegsgesopfer sowie vor allem an der entmenschten, industriell systematisierten Entrechtung, Erniedrigung, Folterung und Ermordung von sechs Millionen vollkommen unschuldiger deutscher und europäischer Juden.

Babi Jar vor 80 Jahren

Ende September jährt sich zum 80. Mal auch das grauenvolle Massaker von Babi Jar, dessen unschuldigen Opfern in diesen Tagen vor dem Ausklang des alten jüdischen Jahres unser Andenken gilt. Babi Jar, diese Schlucht bei Kiew, wurde 1941 der Schauplatz der größten einzelnen Erschießungsaktion an jüdischen Männern, Frauen und Kindern im Zweiten Weltkrieg. Unter der Verantwortung der Wehrmacht wurden am 29. und 30. September 1941 mehr als 36.000 Juden ermordet. In den Tagen vor dem industriellen Massenmord mit Giftgas wurden die Morde an Juden von Wehrmacht und SS noch hauptsächlich mit Schusswaffen verübt. Die 6. Armee unter Generalfeldmarschall Walter von Reichenau, die bereits in den Monaten zuvor der SS bei den Judenmorden zur Seite stand, half auch bei der Planung und Durchführung dieser Vernichtungsaktion. Keiner der Offiziere der Wehrmacht, die sich an Vorbereitung, Durchführung oder Vertuschung des Massakers beteiligt hatten, musste sich in der Folge jemals vor Gericht verantworten.

Der Zweite Weltkrieg hat mit den Millionen ermordeter jüdischer Menschen auch die Jahrhunderte alte Kultur und Sprache der osteuropäischen Juden vernichtet, die politische Karte und die politischen Systeme Europas und des Nahen Ostens bis in die heutige Zeit grundlegend verändert und den Grundstein für den Kalten Krieg und die meisten bis in die heutige Zeit hineinwirkenden Konflikte und Gefahrenherde unserer Welt gelegt.

Von größtem Einfluss für unser heutiges Geschehen, für die Kriege und blutrünstigen, gewalttätigen zivilen Auseinandersetzungen in den arabischen, nahezu ausnahmslos „failed states“ und den fanatischen, menschenrechts-verachtenden, rückschrittlichen islamischen „G’ttesstaaten“, für die islam-legitimierten Mordbanden im Nahen Osten sowie für den seit Jahren mit zunehmender Intensität wachsenden weltweiten, nun auch in Europa grassierenden islamischen Terror, ist der sich am 11. September zum 20. Mal jährende, mehrere Tausend unschuldige zivile Todesopfer, darunter auch viele jüdische Menschen, verantwortende islamische Terroranschlag auf das New Yorker World Trade Center und andere inner-amerikanische Ziele.

Die gebündelten islamischen Anschläge des „September-eleven“ 2001 haben die amerikanische Nation und die ganze westliche Welt erschüttert sowie in der Folge die politischen Geschehnisse der Welt nachhaltig bis heute beeinflusst und ist ursächlich auch für das heutige Desaster in Afghanistan.

Trotzdem tragen wir die berechnete Gewissheit, dass der jahtausendealte Überlebenswille und die ethische und positive, das Leben aller Menschen als wertvolles Geschenk und wichtigstes Gut betrachtende lebensbejahend zursichtliche Einstellung des jüdischen Volkes den Staat Israel, seine Bürger und die Juden in aller Welt unbeschadet auch aus dieser Gefahr bringen und vor der ruchlosen Vernichtungsabsicht seiner arabischen und sonstigen Feinde bewahren wird.

In diesem Sinne wünsche ich dem demokratischen und lebensfrohen, freiheitlichen und legitimen Staat Israel, seinen Bürgern und dem ganzen jüdischen Volk, ebenso wie unseren Lesern und uns allen trotz Corona eine ruhige und friedvolle Rest-Sommer- und Jahresausklangszeit.

*Shana Tova w G'marr Chatima Tova!
Am Israel Chai!*

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

Würdeloses Anflehen von Terroristen: Der schreckliche Verfall der westlichen Diplomatie der Maase, Bidens und Borrells

Zu der billigend in Kauf genommenen Gewalt gegen besonders Kinder und Frauen und dem entsetzlichen Versagen der linken westlichen Politik schreibt die niederländisch-amerikanische Frauenrechtlerin und Islamkritikerin somalischer Herkunft Ayaan Hirsi Ali: „Was wir diese Woche in Afghanistan erlebt haben, ist ein Meilenstein im Niedergang des Westens.“

Amerika kümmert sich mehr um Pronomina als um das Schicksal der afghanischen Frauen“ (JR).

Von Giulio Meotti

Man konnte es an der Reaktion der westlichen Diplomatie sehen, nachdem die Taliban Kabul erobert hatten, ohne einen Schuss abzugeben, und als Touristen in die Hauptstadt einzogen.

„Die afghanische Regierung sollte sich mit den Taliban zusammensetzen, um ein umfassendes Abkommen zu erreichen.“

Noch bevor Afghanistan in die Hände der Taliban gefallen war, flehte der unerschrockene EU-Außenpolitikchef Josep Borrell die Afghanen bereits an, sich mit den Islamisten zu einigen.

Am selben Tag berichtete die Nachrichtenagentur Associated Press über das, was nun Millionen afghanischer Frauen erwartet. In einem Park von Kabul, der zu einem Zufluchtsort für Vertriebene umfunktioniert wurde, wurden Mädchen, die nach Hause zurückkehrten, angehalten und ausgepeitscht, weil sie... Sandalen trugen. Seitdem gibt es Berichte über Frauen, die vergewaltigt, als Sexsklavinnen an Terroristen verkauft, ermordet wurden, weil sie keine Burka trugen, denen die Augen ausgestochen wurden, und über Mädchen im Alter von 12 Jahren, die „als Sexsklavinnen verschleppt“ oder gezwungen wurden, Kämpfer der Terrorgruppe zu heiraten. Associated Press berichtete weiter:

„Borrell warnte, dass die Taliban mit Nichtanerkennung, Isolation, fehlender internationaler Unterstützung und der Aussicht auf anhaltende Konflikte und Instabilität in Afghanistan rechnen müssten, wenn sie die Macht gewaltsam an sich reißen und wieder ein islamisches Emirat errichten würden.“

Die Taliban? Feinde?

Oh, und wenn Sie glauben, dass die Taliban für den Westen Feinde sind, dann irren Sie sich. Feinde?

„Ich denke, man muss sehr vorsichtig sein, wenn man das Wort Feind benutzt“, sagte der britische Verteidigungsstaabschef General Sir Nick Carter. Die Taliban, erklärte er, „wollen ein Afghanistan, das alle einschließt“ – Worte, die einer Kapitulation gleichkommen. Unterdessen ist die französische Regierung bereits dabei, ihre „Bedingungen für die Anerkennung des Taliban-Regimes“ aufzulisten.

„Wenn ihr die Scharia einführt, geben wir euch unser Geld nicht mehr“, so der deutsche Außenminister Heiko Maas, der damit die Taliban erschreckte. Sechs Wochen zuvor hatte Maas vor dem Bundestag eine heroische Rede über den bevorstehenden „geordneten Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan“ gehalten, zu dem auch die in Kundus stationierten Einheiten der Bundeswehr gehörten, eine Stadt, die Tage später von den Taliban erobert wurde. Maas lobte den Einsatz der Deutschen, die „in Afghanistan Außergewöhnliches geleistet haben“.

In den Jahren des Kalten Krieges war die deutsche Armee das Rückgrat der NATO-Streitkräfte in Europa. Heute ist sie der militärische Unterbauch Europas. Sie ist jetzt „eine quasi-humanitäre Organisation, eine Art Ärzte ohne Grenzen mit Gewehren“. Bereits Ende

April hatte der deutsche Außenminister die Taliban gewarnt: „Jede Hilfe wird von demokratischen Standards abhängen“. Offenbar unbeeindruckt von den deutschen Drohungen begannen die afghanischen Mudschaheddin ihren Marsch auf Kabul und töteten dabei Frauen, Soldaten, Dolmetscher, Journalisten und Dichter.

Großbritannien will mit den Mittelalter-Islamisten der Taliban zusammenarbeiten

Großbritannien, immer weniger von Churchill geprägt, kündigte an man werde „mit den Taliban zusammenarbeiten, wenn sie die Macht zurückerobern“, wie Verteidigungsminister Ben Wallace gegenüber dem „Telegraph“ erklärte.

In der Zwischenzeit kam aus den USA eine merkwürdige Anfrage von der Regierung Biden, wie die „New York Times“ berichtet. Amerikanische Beamte, die noch nicht genug gedemütigt waren, versuchten, von den Taliban die Zusicherung zu erhalten, dass sie im Gegenzug für Hilfe die US-Botschaft in Kabul nicht angreifen würden. Botschafter Zalmay Khalilzad, US-Sonderbeauftragter für die Aussöhnung in Afghanistan hofft, „die Taliban-Führer davon zu überzeugen, dass die Botschaft sicher bleibt, falls die Gruppe als Teil einer künftigen afghanischen Regierung Finanzhilfe und andere Unterstützung von den USA erhalten will“.

Gysi: Taliban Hilfe anbieten

„Kanada schließt seine Botschaft in Kabul“. „Deutschland verkleinert seine Botschaft in Kabul“. „Dänemark schließt seine Botschaft in Kabul“. „Spanien beginnt mit der Rückführung von Mitarbeitern aus Kabul“. „Niederlande bereitet die Evakuierung der Botschaft in Kabul vor“. „Großbritannien schickt 600 Soldaten zur Evakuierung seiner Mitarbeiter aus Kabul“. „Norwegen schließt die Botschaft in Kabul“. Der Rückzug des Westens ist jetzt eine einzige Litanei.

„Bitte erkennen Sie die Taliban nicht an“, sagte die afghanische Journalistin Lailuma Sadid unter Tränen, als sie Odie westlichen Staats- und Regierungschefs während einer Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg anflehte. Die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern hatte andere Prioritäten: Sie „flehte“ die Taliban an, „die Menschenrechte anzuerkennen“. „Den Taliban helfen, um Afghanistan zu helfen“, erklärte Gregor Gysi, der charismatische Vorsitzende der deutschen Linkspartei. „Warum können wir den Taliban, von denen die Frauen abhängig sind, nicht Hilfe anbieten und diese Angebote an Bedingungen knüpfen?“

Selbstverleugnung und Anbiederung

Ein Sonderfonds für drei Millionen Mädchen, die aus der Schule geworfen wurden? Die afghanischen Feministinnen zählten auf die Solidarität ihrer deutschen Kolleginnen. Aber die Grünen waren offenbar zu sehr damit beschäftigt, männliche Politiker für ihre eigene feministische Propaganda von offiziellen Fotos zu löschen. Und was ist mit der schwedischen



Trotz BND keinen Durchblick in Afghanistan: Heiko Maas

Armee? Sie war damit beschäftigt, die LGBT-Flagge zu schwenken. Okay, und was ist mit der australischen Armee? Sie kämpfte mit Photoshop, um das Kreuz ihres höchstdekorierten Soldaten Ben Roberts-Smith aus den offiziellen Fotos zu entfernen. Die Taliban wären so stolz. Sie verkünden offen ihren Krieg gegen „die Kreuzritter“. Währenddessen war das US-Militär damit beschäftigt, in West Point „kritische Rassentheorie“ zu lehren. Alles super, Westen...

„Zeigt uns, dass ihr euch geändert habt“, so die westlichen Staaten zu den Taliban. Aber sie haben sich nicht geändert. Gemischte Klassen wurden von den Taliban abgeschafft, die sie als „Quelle allen Übels“ betrachten. Die „Washington Post“ berichtet, dass Musik aus den afghanischen Cafés verschwunden ist. Die „New York Times“ schreibt, dass das Nationale Musikinstitut Afghanistans, in dem jahrelang Musikerinnen ausgebildet wurden, geschlossen werden soll. Die Gesichter von Frauen sind bereits aus den Geschäften der Hauptstadt verschwunden. Ein afghanischer Journalist in Kabul berichtete der Zeitschrift „Outlook“, dass die Taliban in die Fitnessstudios eingedrungen sind: „Zeigt eure Muskeln nicht, bedeckt euren Körper und lasst euch einen Bart wachsen...“. Journalisten sind bereits Opfer des Islamischen Emirats von Afghanistan.

Das Familienmitglied eines Journalisten der Deutschen Welle wurde getötet, und die Christen sind in absoluter Angst. „Wir haben aus zuverlässigen Quellen erfahren, dass die Taliban die Smartphones der Menschen kontrollieren, und wenn sie eine heruntergeladene Bibel auf deinem Gerät finden, werden sie dich sofort töten“, berichtete der Fernsehsender SAT-7.

Afghanistan mit einem amerikanischen Campus verwechselt?

„Taliban, die Welt schaut auf euch“, warnte eine dreiste Nancy Pelosi, wäh-

rend das US-Außenministerium die Taliban offiziell darum bat, eine „inklusive Regierung“ zu bilden, als ob es sich um einen „sicheren Raum“ auf einem dieser verrückten amerikanischen Universitätsgelände handeln würde.

Nach dem Fall Kabuls kam der außenpolitische Vertreter der EU, Josep Borrell, auf eine andere Idee: Nachdem die afghanische Einheitsregierung für tot erklärt worden war, lud Borrell die Taliban zum „Dialog“ ein.

Zur gleichen Zeit feierte der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis die amerikanische Niederlage:

„An dem Tag, an dem der liberal-neo-konservative Imperialismus ein für alle Mal besiegt wurde, sind die Gedanken von DiEM25 bei den Frauen in Afghanistan. Unsere Solidarität bedeutet ihnen wahrscheinlich wenig, aber sie ist das, was wir anbieten können – für den Moment. Halt durch, Schwestern!“

Ein Sprecher des deutschen Verteidigungsministeriums sagte über die Verantwortung, afghanisches Personal aus Kabul herauszuholen: „Wir haben sie nicht gezwungen, mit uns zu kollaborieren“. Das war vielleicht der Gipfel der moralischen Verkommenheit. Am ehrlichsten war der ehemalige britische Botschafter in Kabul, Nick Kay, der gegenüber der BBC gestand: „Ich schäme mich“.

Während die Einnahme von Kabul für den radikalen Islam auf der ganzen Welt ein Wendepunkt ist, herrscht in der so genannten „freien Welt“ der dumpfe, ungesunde Hauch des Verrats. Ein Taliban-Führer sagte letzte Woche gegenüber CNN: „Der Dschihad wird nicht nur in Afghanistan, sondern auf der ganzen Welt Einzug halten“.

Haltet euch bereit, ihr im Westen!

Giulio Meotti, Kulturredakteur bei Il Foglio, ist ein italienischer Journalist und Autor. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatour-Online.

Der „Arabische Frühling“: Wie Katar säkulare in islamistische Diktaturen verwandelt

US-Politiker reden von der Rettung der „Demokratie“ in Tunesien und meinen damit nichts anderes als die Herrschaft der Islamisten der Ennahda-Partei mit ihrem judenhassenden Anführer Ghannouchi. In einer Rückschau auf 2011 offenbart sich, wie der sogenannte „Arabische Frühling“ vom mächtigen Fernsehsender „Al Jazeera“, dem Propaganda-Instrument der islamistischen Diktatur Katar – mit wohlwollender Unterstützung der Obama-Regierung – befeuert wurde. Ziel von Katar ist es, überall in der arabischen Welt dem Islam zum Sieg zu verhelfen und die militanten Moslebrüder an die Macht zu bringen, was in Ägypten und Tunesien auch zeitweise gelang. Über die Absetzung des ägyptischen Moslebruders und radikal-islamischen Diktators Mursi im Jahr 2013 zeigte sich Obama – welch ein Widersinn – sogar „empört“ (JR).

Von Daniel Greenfield

„Wenn wir an Demokratie und Menschenrechte glauben, sollten wir den aktuellen Angriff auf die Demokratie in Tunesien – dem Herzen des Arabischen Frühlings – laut anprangern!“, schimpft die US-Abgeordnete Ilhan Omar.

Omar promotete daraufhin das „Gesetz zur Beendigung der Bewaffnung von Menschenrechtsverletzern“ (SAHRAA), um die Sicherheitshilfe für Tunesien einzustellen. Da Tunesien solche Sicherheitshilfen einsetzt, um islamische Terroristen zu bekämpfen, wie diejenigen, die am 11. September 2012 unsere Botschaft in Tunis angegriffen haben, würde ihr Gesetz islamischen Terroristen, einschließlich der Al-Qaida, helfen und das Leben von Amerikanern in Tunesien gefährden.

Es sollte allerdings niemanden überraschen, dass Ilhan Omar wieder einmal versucht, islamische Terroristen zu stärken.

„Tunesiens Demokratie ist in Gefahr. Die Position der USA muss klar sein: Das tunesische Parlament muss seine Aufgaben sofort wieder aufnehmen dürfen“, twitterte die Abgeordnete Rashida Tlaib. Aber es waren nicht nur die Mitglieder der „Squad“ (eine Gruppe sechs linker US-Abgeordneter), die sich beeilten, die tunesischen Islamisten zu retten.

Senator Chris Murphy, der kaum mehr als ein iranisches Sprachrohr ist, machte für die Volksproteste, die die Ennahda-Islamisten verdrängten, eine Verschwörung durch die Feinde des Iran verantwortlich.

Senatorin Lindsay Graham, die führende Förderin der Muslimbruderschaft in den Reihen der US-Republikaner, rief sofort: „Dies ist der Ort, an dem die Bewegung der arabischen Welt zu einer repräsentativen Regierung und Demokratie begann, und mir ist klar, dass die Unentschlossenheit angesichts der Aggression diese Bewegung nur zerstören wird. Die Vereinigten Staaten und die westlichen Demokratien müssen vor Ort in Tunesien drin sein und dies stoppen, bevor es außer Kontrolle gerät.“

Das letzte Mal, als Lindsay wollte, dass wir vor Ort „ganz drin“ sind, hat der „Islamische Staat“ sein eigenes Land bekommen.

Ein Kommentar in der „Washington Post“ von Josh Rogin schrieb Graham die Sorge zu, dass ohne amerikanische Intervention „prodemokratische Führer in der Region wie Ghannouchi sich selbst überlassen bleiben werden“.

Es wäre tragisch, wenn Ghannouchi, das völkermörderische Monster, das erklärt hatte: „Es gibt keine Zivilisten in Israel. Die Bevölkerung – Männer, Frauen und Kinder – sind Reservesoldaten der Armee und können daher getötet werden“, keiner anderen Unterstützung als der aus Katar und dem Iran überlassen würde.



Rached Ghannouchi ist Chef der tunesischen Moslebrüder der Ennahda-Partei.

Da Ghannouchi auch erklärt hatte, dass der „Kreuzfahrer Amerika“ der „Feind des Islam“ sei, und davon gesprochen hatte „die amerikanischen Invasoren und ihre Verbündeten zu vertreiben“, sollte er nicht wirklich erwarten, dass die amerikanischen Invasoren ihn noch einmal retten würden.

Rogin, der kürzlich bei einer Veranstaltung des McCain-Institute auftrat, quälte sich damit, dass „die tunesische Polizei das Hauptquartier der Nachrichtenorganisation Al Jazeera gestürmt“ und dass „Demonstranten die Büros der gemäßigten islamistischen Partei Ennahda geplündert haben“.

Al Jazeera, die katarische Werbetrömmel für Islamisten

„Al Jazeera“ ist kein Nachrichtensender. Es ist ein politischer Arm des katarischen Regimes, dessen Mission es ist, für Islamisten zu werben und einen Regimewechsel in der gesamten Region durchzusetzen. Ennahda ist genauso gemäßigt wie die „gemäßigten Islamisten“ in Ägypten, Syrien und Libyen, die uns der Sender zu unterstützen empfohlen hat.

Jeder, der sich an die Lügen erinnert, mit denen Leute des „Arabischen Frühlings“ Amerikaner dazu gebracht haben, Mursi und die Muslimbruderschaft in Ägypten und dann die Milizen der Bruderschaft und Al-Qaida in Syrien und Libyen zu unterstützen, wird nicht überrascht sein zu erfahren, dass es sich um eine Wiederholung des gleichen katastrophalen Schwindels handelt.

Tunesien war die ursprüngliche Testumgebung für den „Arabischen Früh-

ling“. Bevor die Muslimbruderschaft Ägypten in einem kurzen Putsch eroberte und Obama illegal in Libyen einmarschierte, begann in Tunesien der „Arabische Frühling“, als ein illegaler Straßenhändler behauptete, von einer Polizistin geschlagen worden zu sein. Die weltweit gehörte Ohrfeige hat nie stattgefunden, aber sie wurde benutzt, um Aufstände, Unruhen und den „Arabischen Frühling“ auszulösen.

Die Medien bejubelten die Übernahme Tunesiens durch die islamistische Partei Ennahda. Scheich Rashid Ghannouchi von der lokalen Ennahda-Muslimbruderschaftsbewegung wurde von der Obama-Regierung gefeiert. Die „Washington Post“ nannte ihn einen „Visionär“. Sie tut es immer noch.

Am 11. September 2012 begann in den Ländern des „Arabischen Frühlings“ eine Welle islamistischer Angriffe auf amerikanische diplomatische Einrichtungen. Während die Obama-Regierung und die Medien logen und einem YouTube-Video die Schuld gaben, waren dies organisierte Kampagnen von Dschihadisten mit der Sanktionierung durch die neuen Regime, die Barack Obama und zukünftige Beamte der Biden-Regierung an die Macht gebracht hatten.

Hillary Clinton musste bitten

Als die mit Al-Qaida in Verbindung stehenden islamistischen Angreifer die Außenmauern unserer Botschaft in Tunis durchbrachen, sie erkletterten und ihre schwarze Dschihadisten-Fahne mit der hegemonialen Botschaft schwenkten, zuckte das islamistische Regime die

Schultern. Da die Botschaft kurz davor war, den Terroristen zum Opfer zu fallen, musste Außenministerin Hillary Clinton Präsident Moncef Marzouki, einen politischen Rivalen von Ennahda, anrufen und ihn anflehen, seine Präsidentengarde auszusenden und das Botschaftspersonal zu retten.

Die Präsidentengarde stoppte den Angriff, erhielt jedoch wenig Dank von Hillary oder den Medien, die fälschlicherweise behaupteten, der Angriff durch die Okba-Ibn-Nafaa-Brigade, eine Tochter von Al-Qaida, sei ein politischer Protest gewesen als Reaktion auf ein YouTube-Video über Mohammed.

Will die US-Abgeordnete Omar eine Wiederholung von Bengasi in Tunesien sehen? Will das Senator Graham? Trotz aller Hilfe der Obama-Regierung wurde das Regime der Ennahda-Dschihadisten 2013 nach der Ermordung säkularer Führer durch Islamisten durch Volksproteste gestürzt. Die Morde wurden mit einer Schlüsselfigur des Angriffs auf die amerikanische diplomatische Vertretung in Bengasi (Libyen) in Verbindung gebracht. (Alle Beweise, dass die Attacken vom 11. September 2012 ein koordinierter terroristischer Angriff durch einige derselben Akteure waren, haben die Medien nicht davon abgehalten, die YouTube-Videolüge zu wiederholen.)

Nachdem Ennahda verdrängt worden war, wartete sie ab. Währenddessen ging die Gewalt weiter. Letzten Sommer, während Amerikaner verständlicherweise abgelenkt waren, sprengten sich islamische Terroristen in der Nähe der

amerikanischen Botschaft in Tunis in die Luft. Es war eine Fortsetzung der dschihadistischen Pläne, das Land zu erobern und Nichtmuslime und säkulare Persönlichkeiten zu töten. Die tunesischen Sicherheitskräfte, die mit der Bekämpfung der Dschihadisten beauftragt waren, wurden ständig von einem Deep State der Muslimbruderschaft infiltriert.

Während ihr tiefer Staat wuchs, hatte Ennahda das Modell der Hisbollah übernommen, durch politische Frontmänner zu operieren, um nicht wieder dieselbe Reaktion auszulösen, die sie schon zuvor von der Macht entfernt hatte. Tunesien wurde von der Muslimbruderschaft ausgehöhlt, ihre Politik und ihre Sicherheitskräfte wurden zu Marionetten in den Händen eines islamistischen Geheimbundes von Mördern.

Doch wieder einmal überspielte Ennahda ihre Karten und eine neue Welle von Volksprotesten explodierte.

Die massiven Kundgebungen dieses Jahr zielten auf Ennahda-Büros ab und forderten die Entlassung der Regierung unter deren neuestem Frontmann. Nachdem die Maske der geheimen Ennahda-Herrschaft heruntergerissen und ihre Marionette entmachtet war, beeilten sich Washington D.C. und die Medien, die „Demokratie“ zu verteidigen.

Und mit „Demokratie“ meinten sie wie

üblich islamistische Herrschaft, offen oder verdeckt.

Der größte Teil der lokalen Berichterstattung in der Region wurde an „Al Jazeera“ in Katar ausgelagert, und die Medien sind deren islamistischer Linie gefolgt und beschuldigen den tunesischen Präsidenten, die Demokratie zu untergraben. Das ist – keineswegs zufällig – dieselbe Rhetorik, die von den islamistischen Sprachrohren der „Squad“ in Washington kommt.

Doch Ennahda wurde erneut durch Volksproteste von der Macht verdrängt.

Islamisten behaupten, dass Volksproteste einen Regierungswechsel rechtfertigen, wenn diese sie an die Macht bringen, aber nicht, wenn sie sie von der Macht stürzen.

Die Medien halten an dieser zynischen Argumentation fest, ohne sie jemals in Frage zu stellen.

„Demokratie ist wie eine Straßenbahn. Wenn du an deiner Haltestelle ankommst, steigst du aus“, hat Recep Tayyip Erdogan, der brutale islamistische Tyrann der Türkei, einmal gesagt.

Für Islamisten sind Volksproteste auch wie eine Straßenbahn. Sie besteigen sie, sobald sie beginnen, und unterdrücken sie dann, wenn sie die Kontrolle übernehmen.

Durch das Debakel in Syrien ist Oba-

ma die Lust an der Förderung der Moslembrüder vergangen

Die Biden-Regierung, das muss man ihr lassen, hat Obamas Eifer vermieden, der Bruderschaft zu helfen. Deshalb trug der Rogin-Kommentar in der „Washington Post“ den Titel: „Biden muss sich stärker bemühen, den Putsch in Tunesien zu stoppen“. Die Biden-Regierung bleibt dem Iran gegenüber wohlwollend, aber sie ist zu beschäftigt damit, Amerika zu zerstören, um dem Rest der Welt viel Aufmerksamkeit zu schenken. Die jüngsten internationalen Reisen von Biden und Kamala Harris haben gezeigt, dass beide schwache Führer sind, die weder in der Lage sind, eine Außenpolitik zu gestalten noch im Ausland Stärke zu projizieren.

Die Biden-Regierung ermöglicht weiterhin Dschihadisten in Israel über Afghanistan bis zum Iran zu operieren, aber der Appetit dieser Regierung auf Konfrontation bleibt begrenzt.

Und das ist gut so. Durch Syrien hatte sogar Obama den Appetit auf eine militärische Intervention zugunsten der Muslimbruderschaft verloren. Die „Washington Post“ bleibt der letzte Außenposten der Vertreter des „Arabischen Frühlings“, die Jamal Khashoggi zu ihrem Horst Wessel gemacht haben und weiterhin für die „gemäßigte“ Bruder-

schaft werben.

Die meisten Amerikaner beider Parteien, sogar in Washington D.C., haben mittlerweile aufgehört, dem Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Aufrufe von Omar, Tlaib, Murphy und Graham sollten mit der Verachtung beantwortet werden, die sie verdienen. Ghannouchi ist ein Monster, kein Gemäßigter, und Ennahda wird, wie seine anderen Bruderschafts-Kollegen, immer wieder von Säkularen und Pragmatikern, Linken und Gewerkschaften gestürzt.

Jeder republikanische Parlamentarier in Washington, der versucht ist, sich dem Zug von Omars Bruderschaft anzuschließen, möchte sich vielleicht daran erinnern, wie die „demokratischen Revolutionen“ in Ägypten, Libyen und Syrien endeten.

Und hört auf zu versuchen, Tunesiens Islamisten wieder an die Macht zu bringen!

Daniel Greenfield ist Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel erschien zuvor im Front Page Magazine des Centers.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Anti-israelisches Terror-Tunnelsystem jetzt auch im Libanon

Ohne jede westliche Intervention und Nennung durch unsere Medien verfügt nun auch der von der Hisbollah unterwanderte iranische Satelliten-Staat Libanon mit aktiver Hilfe des kommunistischen Nordkorea über ein groß angelegtes Tunnelnetz, das sich zwischenzeitlich über den gesamten Libanon erstreckt und dem Transport von Truppen und Waffen für den Angriff auf Israel dient (JR).

Von Redaktion Audiatur

Dem Bericht zufolge hat die Hisbollah einen 45 km langen Tunnel gebaut, der das Gebiet östlich der Küstenstadt Saida mit den südlichen Bergregionen Jezzine und Rihaan sowie dem Beqaa-Tal im Landesinneren verbindet.

Laut dem Bericht mit dem Titel „Land der Tunnel“, verfasst vom israelischen Major (a.D.) Tal Beeri, begann die Hisbollah ihr Tunnelprojekt nach dem Zweiten Libanonkrieg im Jahr 2006 mit Hilfe der Nordkoreaner und Iraner und „ist viel größer als das Metro-Projekt der Hamas im Gaza-Streifen“.

Das Forschungs- und Bildungszentrum ALMA, das sich mit Sicherheitsfragen an der Nordfront Israels befasst, schreibt in seinem Bericht, dass die Tunnel „Hundertern von voll ausgerüsteten Kämpfern die Möglichkeit bieten, sich heimlich und schnell unterirdisch zu bewegen“.

Die Tunnel sind so groß, dass sie auch von Motorrädern, ATVs (Geländewagen) und anderen kleinen Fahrzeugen befahren werden können, damit die Truppen „zur Verstärkung von Verteidigungsstellungen oder zur Durchführung eines Angriffs auf sichere, geschützte und unsichtbare Weise“ von Ort zu Ort manövrieren können.

Wie bei der Hamas befinden sich in den Tunneln unterirdische Kommando- und Kontrollräume, Waffen- und Nachschubdepots, Feldkliniken und bestimmte Schächte, die zum Abschuss von Raketen aller Art (Raketen, Boden-Boden-Raketen, Panzerabwehrraketen und Flugabwehrraketen) dienen.

Major Beeri berichtet, dass die Tunnel auch für Artillerieangriffe genutzt wer-



Seltsame Allianz von Kommunisten und Islamisten: Kim Jong Un Nordkorea hilft der Hisbollah von Scheich Nasrallah beim Kriegstunnelbau.

den, wobei sich die Schächte für kurze Zeit öffnen und dann wieder schließen. „Diese Schächte sind versteckt und getarnt und können oberirdisch nicht entdeckt werden“, so Beeri.

In dem Bericht heißt es weiter, dass der Bau von der Dschihad-Baustiftung der Hisbollah durchgeführt wurde, die in Wirklichkeit ein Zweig der 1988 gegründeten iranischen Dschihad-Baustiftung ist.

Die Dschihad-Baustiftung nutzte zivile Unternehmen als Tarnung für

den Bau der Tunnel. Eines der Unternehmen, das im Verdacht steht, in den Bau und die zivile Verschleierung verwickelt zu sein, ist die „Bekaa Building and Contracting Company“, die früher als „Iranische Behörde für den Wiederaufbau des Libanon“ bekannt war, heißt es in dem Bericht weiter.

Dem Bericht zufolge wurde das Tunnelnetz der Hisbollah mit Unterstützung eines nordkoreanischen Unternehmens namens „Korea Mining Development Trading Corporation“ gebaut, das sich

auf die Entwicklung unterirdischer Infrastrukturen spezialisiert hat.

Nach weiteren Informationen, die im Rahmen der Recherchen ermittelt wurden, hat das nordkoreanische Unternehmen KOMID mit der Hisbollah einen Vertrag im Wert von 13 Millionen Dollar über die Lieferung von Baumaterialien für den Bau von Tunneln und über die Weitergabe nordkoreanischer Ingenieurtechnik an die „Jihad Construction Foundation“ der Hisbollah unterzeichnet.

Todesurteile nach Freisler-Art: Die blutige Richter-Vergangenheit des von der EU willkommen geheißenen neuen iranischen Präsidenten Raisi

Der neue Regierungschef der Mullah-Diktatur wird von westlichen Medien und Politikern weit weniger angegriffen als der ehemalige demokratisch gewählte US-Präsident Donald Trump. Bundespräsident Steinmeier fällt das vernichtende Urteil „Hassprediger“ über Trump – ein vergleichbarer Angriff Steinmeiers gegen Raisi ist nicht bekannt (JR).

Von Ron Jontof-Hutter
(Arutz Sheva)

Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte Roland Freisler aus russischer Kriegsgefangenschaft in seine Heimat Deutschland zurück. Während dieser Zeit hatte er Russisch gelernt und gleichzeitig die autoritären Methoden des kommunistischen Regimes bewundert. 1922 promovierte Freisler in Rechtswissenschaften und trat 1925 der NSDAP bei, ein Jahr nachdem Stalin Führer der UdSSR wurde.

Als Rechtsanwalt wurde Freisler unter Hitler in verschiedene leitende Positionen berufen. Im Juli 1942 nahm er mit Heydrich und Eichmann an der Wannsee-Konferenz teil, wo sie beschlossen, alle europäischen Juden in organisierter und geordneter Weise auszurotten.

Einen Monat später wurde Freisler Präsident des Volksgerichtshofs, der 1934 von Hitler zur Behandlung „politischer Verbrechen“ eingerichtet wurde. Wahlberechtigt waren nur loyale NS-Richter, wobei Opposition zum Nationalsozialismus als Landesverrat definiert wurde.

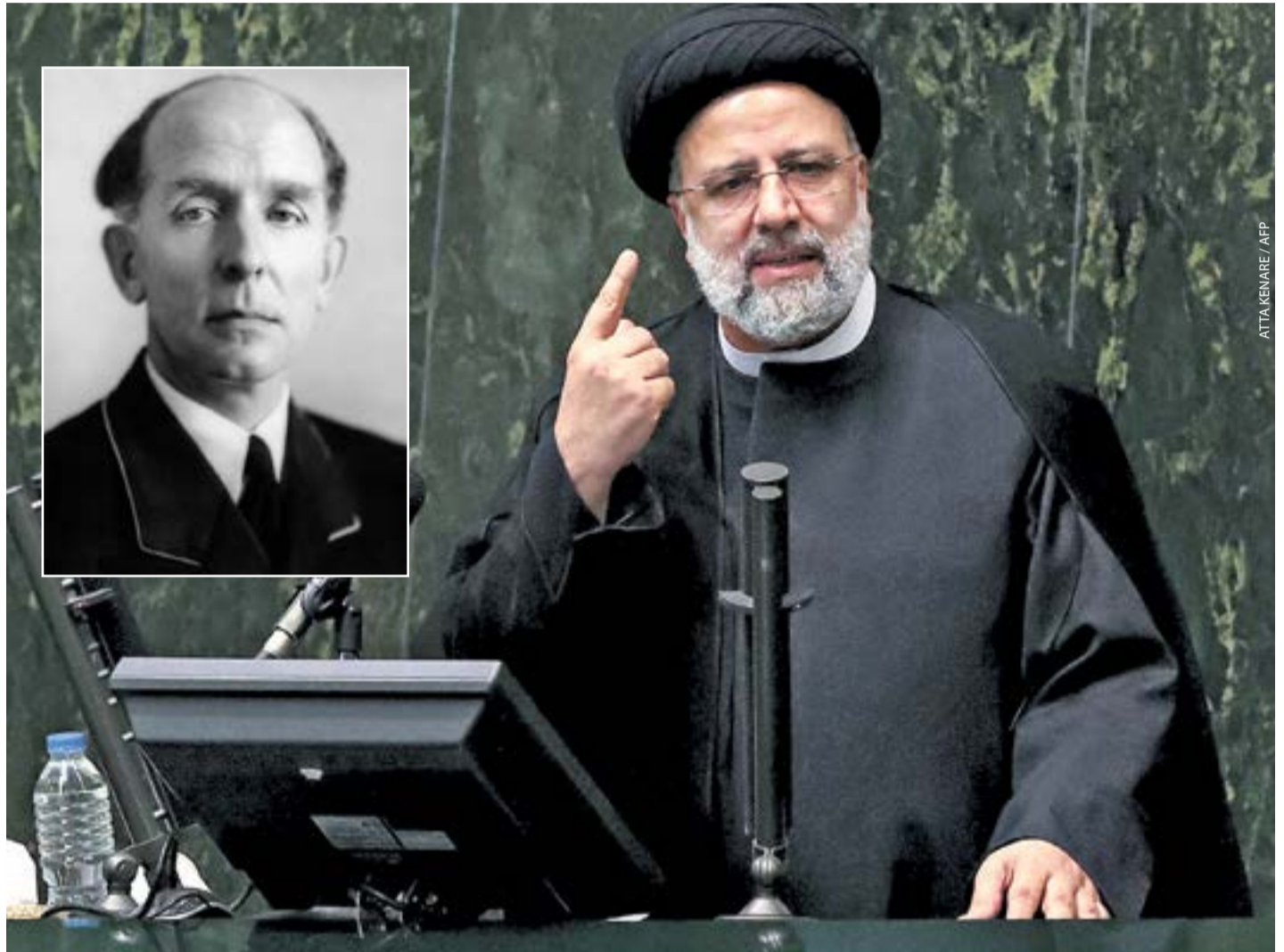
Inspiziert vom Sowjet-Richter

Freisler war rücksichtslos und inspiriert von Chefankläger Andrej Wyschinski, dessen sowjetische Schauprozesse er in Moskau beigezogen hatte. Freislers Prozesse verliefen schnell, fast alle Angeklagten wurden für schuldig befunden und innerhalb eines Tages hingerichtet. Zwischen 1942 und 1945 wurden von ihm über 5.000 Deutsche in den Tod geschickt. Wie Wyschinski benutzte er sein Gericht, um Angeklagte anzuschreien und zu demütigen. Gelegentlich befahl Freisler, das Opfer an einem dünnen Seil aufzuhängen, um das Leiden zu verlängern.

Nachdem Freisler bereits 1939 das Konzept der „frühreifen Jugendkriminellen“ eingeführt hatte, ermöglichte er die Todesstrafe für Jugendliche. Unter den 72 hingerichteten Kindern war der 16-jährige Helmuth Hübener, der Antikriegs-Flugblätter verteilt hatte. 1943 wurden die Geschwister Sophie und Hans Scholl zusammen mit Kommilitonen der Jugendbewegung „Weiße Rose“ nach einem einstündigen Prozess enthauptet. Ihr Verbrechen war die Verteilung von Anti-Nazi-Flugschriften an der Universität.

Nach dem Attentat auf Hitler im Jahr 1944 wurden von Stauffenberg und andere von Freisler vor Gericht gestellt, der die Angeklagten verspottete, indem er sie zwang, übergroße Hosen ohne Gürtel zu tragen. Sie hatten keinen Zugang zu Anwälten und durften keine Aussagen machen. Freisler verurteilte die Verschwörer sadistisch zur Erhängung mit Draht. Hitler ließ die Hinrichtungen filmen und sah sie sich dann in Ruhe an.

Freisler und Raisi sind sich unheimlich ähnlich. Beide dienen rücksichts-



Zwischen den Blutrichtern Freisler und Raisi gibt es einige Parallelen.

los ihren jeweiligen Führern, dem Führer Hitler und dem Obersten Führer Khamenei.

Fünfzehn Jahre nach Freislers Tod wurde Ebrahim Raisi im Iran geboren und wurde ein leidenschaftlicher Unterstützer der islamistischen Revolution von 1979. Wie Freisler stieg Raisi in den Reihen auf und wurde zwei Jahre später gleichzeitig in zwei Orten, die 300 km voneinander entfernt sind, Staatsanwalt von Karaj und Hamadan.

Später, im Jahr 1988, beaufsichtigte Raisi als Staatsanwalt von Teheran die Hinrichtung von bis zu 30.000 Dissidenten, von denen viele in Abständen von 30 Minuten in Sechsergruppen an Kränen aufgehängt wurden.

Raisi diente auch als Staatsanwalt des Sondergerichtshofs (SCC), unabhängig vom islamischen Justizsystem und nur dem Obersten Führer verantwortlich. Vom SCC angeklagte Personen werden häufig nicht über die Anklage informiert und werden entsetzlichen Folterungen ausgesetzt, die nicht alle überleben. Prozesse dauern manchmal nur wenige Minuten, wobei dem Angeklagten Rechtsbeistand verweigert wird.

Laut Amnesty International wurden zwischen 2005 und 2015 mindestens 73 Jugendliche hingerichtet. Die intellektuell behinderten und ungebildeten Cousins Mehdi Sohrabifar und Sedaghat wurden 2017 im Alter von 15 Jahren wegen angeblicher Sexualverbre-

chen verurteilt und 2019 hingerichtet, nachdem sie kurz vor ihrer Erhängung brutal ausgepeitscht worden waren. Allein im Jahr 2018 hat der Iran sieben Menschen wegen angeblicher Verbrechen, die als Kinder begangen wurden, hingerichtet.

Wie Freisler bei Hitler ist Raisis Karriere der Beseitigung jeglicher Opposition gegen Ayatollah Khamenei verpflichtet. Er hat die Masseninhaftierung und Folter von Journalisten, Demonstranten sowie Doppelbürgern beaufsichtigt. Ausländische Touristen wurden als Geiseln verhaftet.

Wie eine Bombe ein Leben rettete

1945 wurde Freisler getötet, als sein Volksgerichtshof von einer amerikanischen B17 bombardiert wurde, die von dem hochdekorierten jüdischen Amerikaner Robert (Rosie) Rosenthal gesteuert wurde. Obwohl sein Flugzeug in Flammen stand, konzentrierte sich Rosenthal auf seine Mission. Freisler wurde durch herabfallendes Mauerwerk erdrückt, während er die Akte von Fabian von Schlabrendorff in der Hand hielt, dessen bevorstehender Prozess und Hinrichtung bereits entschieden waren.

Nach dem Krieg verhörte Rosenthal als junger Anwalt Göring in den Nürnberger Prozessen. Von Schlabrendorff, dem er unter anderem das Leben gerettet hatte, wurde deutscher Bundesrichter.

Der designierte Präsident Raisi wurde von den USA und der EU wegen Menschenrechtsverletzungen sanktioniert. Er ist verantwortlich für das Abschichten von Zehntausenden und ist entschlossen, Atomwaffen zu beschaffen – ein sich entfaltender Albtraum.

Die US-Regierung und die EU sind darauf fokussiert, sogar besessen, ein Abkommen mit dem Mann zu unterzeichnen, der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit sanktioniert wurde und nun Präsident des Iran ist. Der UNO-Menschenrechtsermittler für den Iran, Javajd Rehman, möchte jedoch, dass gegen Raisi endlich ermittelt wird, nachdem Berichte vorliegen, dass er persönlich an Foltersitzungen von Gefangenen teilgenommen hat.

Wird Raisi, dessen rücksichtslose Terrorkarriere nie zuvor aufgehalten wurde, jetzt gestoppt werden? Wer wird den Mut und die Entschlossenheit von Rosie Rosenthal haben?

Ron Jontof-Hutter ist Autor des satirischen Antisemitismus-Romans "Der Posaunenmann: Geschichten eines Frauenfeindes" ("The trombone man: tales of a misogynist"), sowie "Die Kristallnacht-Kantate: Eine mutige Stimme" ("The Kristallnacht Cantata: a voice of courage") und des Bühnenstücks BEST.

Aus dem Englischen von
Daniel Heiniger

Wo die Grenze zwischen Nazis und Linken verschwimmt: Der an amerikanischen Universitäten erdachte, sehr nach Nazi klingende linke Begriff „Kritische Rassentheorie“ als haltlose Schuldzuweisung an alle Weißen

Entsprechend des Irrsinns der „Critical Race Theory“ (neudeutsch für die behauptete „weiße Erbschuld“) wäre sogar ein osteuropäischer Jude, der nach dem Holocaust mittellos nach Amerika gelangt ist, für den afrikanischen Sklavenhandel ebenso verantwortlich zu machen wie ein Plantagenbesitzer aus den Südstaaten. Diese hetzerische Lehre verbreitet sich mit großer Geschwindigkeit durch geschichtsverfälschende Professoren an Universitäten – auch in Europa (JR).

Von Rafael Castro
(Israel National News)

Eine politisch korrekte Social-Media-Community, der ich angehöre, hat die Ziele der Critical Race Theory (Kritische Rassentheorie) wie folgt zusammengefasst:

1) Geschichte muss so vollständig wie möglich gelehrt werden, einschließlich der hässlichen Elemente.

2) Die Erkenntnis muss vermittelt werden, dass es unmöglich ist, die heutige Gesellschaft chirurgisch von der Vergangenheit zu trennen.

3) Untersuche die Frage der Eigenverantwortung der heutigen Menschen für den Status quo.

So ausgedrückt, ist die „Kritische Rassentheorie“ ein sehr edles und erbauliches pädagogisches und intellektuelles Unterfangen.

Aber lassen wir uns nicht vom Schein täuschen. Lassen Sie uns Punkt für Punkt tiefer graben:

1) Geschichte muss so vollständig wie möglich gelehrt werden, einschließlich der hässlichen Elemente.

Bedeutet dies, dass nur der Besitz schwarzer und indianischer Sklaven im Vorkriegssüden gelehrt wird? Oder werden Kinder auch erfahren, dass die Sklaverei bereits vor der Ankunft der Europäer in Afrika verbreitet war und in Afrika von den Europäern abgeschafft wurde, obwohl sie in einigen Teilen Afrikas und der muslimischen Welt noch heute existiert?

Wahrscheinlich nicht, da solche „hässlichen Elemente“ die Gefühle von Schülern aus Minderheiten verletzen könnten.

Was bedeutet dieser Punkt in der Praxis? Es bedeutet, dass alle hässlichen Elemente der weißen christlichen Kultur hervorgehoben werden, um sicherzustellen, dass sich nur weiße Amerikaner für ihre Geschichte schämen.

2) Die Erkenntnis muss vermittelt werden, dass es unmöglich ist, die heutige Gesellschaft chirurgisch von der Vergangenheit zu trennen.

Ich dachte, dass die Geschichte als Disziplin dies seit den Tagen des Herodot lehrt. Warum also muss diese Selbstverständlichkeit besonders betont werden? Weil nach dieser Denke Schulen lehren sollten, dass die Probleme der Gegenwart in der Vergangenheit wurzeln.

Mit anderen Worten: Wenn heute schwarze Gangster-Rapper bei Drive-by-Shootings getötet werden, liegt die Ursache nicht mehr darin, dass sie sich freiwillig für ein Leben in Gewalt und Kriminalität entschieden haben, sondern daran, dass ihre Ur-Ur-Ur-Großväter als Sklaven misshandelt wurden.

Natürlich gibt es triftige Gründe dafür zu argumentieren, dass bestimmte Muster, die in der Vergangenheit ge-



שפייז וועט געוויינען דיא קריעג!
אידר קומט אהער צו געפינען פרייהייט.
יעצט מוזט אידר העלפען זיא צו בעשיצען
מיר מוען דיא עלליים פערזארגען מיט וויין.
לאזט קיין זאך ניט גיין אין ניוועץ
יונייטעד סטייטס שפייז פערזארגען.

Ein Plakat aus dem Jahr 1917 mit der Aufschrift auf Jiddisch: „Nahrung wird den Krieg gewinnen – du bist auf der Suche nach Freiheit hierher gekommen, jetzt musst du mithelfen, sie zu erhalten – die Verbündeten brauchen Mehl, verschwende nichts.“

bildet wurden, auch in der Gegenwart bestehen bleiben. Das Ziel der „Kritischen Rassentheorie“ besteht jedoch nicht darin, die Rolle der Vergangenheit in der Gegenwart zu disku-

(und gegenwärtiger) Vormachtstellung stammen.

Dass die Vergangenheit kein ewiger Fluch ist, beweist die Tatsache, dass die Nachkommen asiatischer Kulis

Wirtschaftlicher Erfolg von Nachkommen ostasiatischer Billigarbeiter wird ignoriert.

tieren, sondern unsere Kinder davon zu überzeugen, dass alle Probleme, die Nicht-Weiße betreffen, in der vergangenen (und gegenwärtigen) Unterdrückung wurzeln, während alle Vorteile der Weißen aus vergangener

und Millionen anderer Nicht-Weißer ihre anfänglichen sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Handicaps in Amerika erfolgreich überwunden haben. Die „Critical Race Theory“ wird jedoch ihre Errungenschaften

ignorieren, da sie das woke Narrativ untergraben, das die „Critical Race Theory“ untermauern soll.

3) Untersuche die Frage der Eigenverantwortung der heutigen Menschen für den Status Quo.

Das ist der Punkt, den ich am meisten liebe! Bedeutet dies, dass Kindern beigebracht wird, fleißig und gewissenhaft zu sein und Verantwortung für ihr Leben und ihre Zukunft zu übernehmen? Anhänger der „Critical Race Theory“ argumentieren, dass dies eine Unterordnung unter dominante „weiße Werte“ darstelle ... Was also bedeutet dieser schöne Satz eigentlich?

Er bedeutet, dass weißen Kindern beigebracht wird, sich aufgrund der wahren (und angeblichen) Verbrechen ihrer Vorfahren als Unterdrücker zu sehen. Und Kindern aus Minderheiten wird beigebracht, dass Weiße ihnen gegenüber eine unauslöschliche Schuld haben. Ungeachtet positiver Maßnahmen, Quoten, Wiedergutmachungen usw. wird keine zeitgenössische weiße Buße die Verbrechen sühnen, die Weiße gegen Minderheiten begangen haben.

Die Tatsache, dass die meisten Weißen in Amerika Vorfahren haben, die nach dem Bürgerkrieg angekommen sind, ist dabei irrelevant. Genau wie in Stammbäumen haften Schuld und Verantwortung nicht mehr an Einzelpersonen oder sogar an miteinander verbundenen Gemeinschaften, sondern an Rassen in ihrer Gesamtheit. Mit anderen Worten: Ein Jude, der nach dem Holocaust mittellos in Amerika ankam, ist für die Verbrechen der Plantagenbesitzer in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts genauso verantwortlich wie jeder zeitgenössische weiße Rassist im Süden.

Ich zittere bei dem Gedanken, dass dieser Müll amerikanischen Kindern beigebracht wird.

Ich zittere nicht, weil ich denke, dass es Schwarze, Hispanics und Indianer stärken wird, sondern weil das Gegenteil der Fall ist.

Die Gegenreaktion gegen diese rassengetriebene Torheit wird so stark und gewaltsam sein, dass die Fortschritte in den Rassenbeziehungen seit der Bürgerrechtsbewegung zunichte gemacht werden. Mit anderen Worten, die „Critical Race Theory“ ist eine Bewegung, die Rassismus schürt und dafür sorgen wird Amerika auseinanderzureißen.

Rafael Castro ist ein kolumbianisch-italienischer Noahide, der seinen Abschluss an Yale und der Hebräischen Universität gemacht hat und unter rafaelcastro78@gmail.com erreichbar ist.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Drogenhandel, Gebrauchtwagen-Schiebereien und Geldwäsche: Die unverhohlene Rechtsverachtung der Hisbollah in Europa

Ein neuer Bericht beleuchtet die einträglichen und nahezu ungehinderten Machenschaften der Hisbollah-Terroristen in Westeuropa (JR).

Von Stefan Frank

Frankreich wird von der libanesischen Terrororganisation Hisbollah als „sicherer Hafen“ benutzt, um Geld zu sammeln, Propaganda zu verbreiten und neue Rekruten für den Terrorkrieg gegen Israel zu gewinnen – das ist das Ergebnis einer Beobachtung und Analyse von Accounts auf Facebook und in anderen sozialen Netzwerken im Internet durch Wissenschaftler des israelischen „Abba Eban Institute for International Diplomacy“ an der privaten Universität IDC Herzliya.

Die Studie mit dem Titel „France – A Safe Haven for Hezbollah’s Illicit Activity – Uncovering Hezbollah’s Activity in France through Social Media Analysis“ wurde Anfang des Monats veröffentlicht. Frankreich ist dabei ein Anschauungsbeispiel: Vieles, was die Autoren herausgefunden haben, gilt sicherlich in ähnlichem Maße für andere europäische Länder wie Deutschland, Belgien, die Niederlande und die Schweiz.

Die Autoren, das sind: der Internet- und Terrorismusexperte Daniel Cohen und Daniel Citrinowicz, ein langjähriger Offizier des israelischen Militärgeheimdienstes. Wie sie im Vorwort darlegen, nutzten die beiden für ihre Studie „innovative Datensammlung in den sozialen Medien“ (SOCMINT). Solche Softwarewerkzeuge zur Analyse des Verhaltens von Nutzern sozialer Medien ist aus der kommerziellen Anwendung bekannt, wo Firmen mit ihrer Hilfe etwa bestimmen, welchem Facebook-Nutzer sie ihre Werbung einblenden, um mit ihren Werbeausgaben die Zielgruppe möglichst effektiv zu erreichen.

Die Hisbollah, so Cohen und Citrinowicz, sei „seit über drei Jahrzehnten“ in Europa aktiv, um Mitglieder zu rekrutieren, Gelder zu sammeln, Waffen zu beschaffen sowie um Spionage und Terroroperationen durchzuführen. Dabei könne sie sich auf ein weltweites Netzwerk von Unterstützern und Sympathisanten stützen. Dazu gehörten sowohl „informelle Netzwerke“ als auch „zentral gesteuerte Unternehmen, die mit der internationalen organisierten Kriminalität vergleichbar“ seien. Wichtige Finanzierungsquellen seien Zahlungen der iranischen Regierung und Spenden der schiitischen Diaspora in Europa.

Um an mehr Geld, Unterstützer und Rekruten zu kommen, tut die Hisbollah den Autoren zufolge das, was auch legale Unternehmen, Vereine und Parteien tun: Sie nutzt das Internet und vor allem die sozialen Medien wie etwa Facebook, um Kontakte zu möglichen Unterstützern zu knüpfen. Im Falle der Hisbollah sind das Personen, die für die Ideologie und Ziele der Terroristen empfänglich sind. Dann kommt der nächste Schritt:

„Nachdem sie eine aufkeimende Beziehung aufgebaut haben, kommunizieren Hisbollah-Agenten normalerweise per E-Mail mit einem potenziellen Rekruten und senden Anweisungen zur Verwendung verschlüsselter Kommunikationsplattformen, einschließlich verschlüsselter Nachrichten.“

Die Hisbollah sei Unternehmen wie Facebook und Twitter dabei „einen Schritt“ voraus: Sie fordere ihre Unterstützer dazu auf, Fotos und Videos zu verbreiten, die zwar als Botschaft der



Hisbollah-Chef Scheich Nasrallah: Frommer Mann oder Gangster-Boss?

Hisbollah verstanden werden, ohne aber die unternehmenseigenen Wächter der sozialen Medien auf den Plan zu rufen.

Mit mehreren Fallbeispielen zeigen die Autoren, wie die Hisbollah von Frankreich aus operiert, um verschiedene Ziele zu erreichen:

Geldwäsche und -transfer

2016 wurde der Libanese Mohamad Nouredine auf dem Pariser Flughafen Charles de Gaulle verhaftet. Nouredine, der mittlerweile zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde, führte eine Geldwäscheoperation der Hisbollah in Europa. Auch der Norddeutsche Rundfunk (NDR) hat darüber vor einigen Monaten berichtet. Grob gesagt ging es darum, mit Einnahmen aus dem Verkauf illegaler Drogen in Europa gebrauchte Autos und Luxusuhren zu kaufen, die dann in den Libanon gebracht und dort wieder zu Geld gemacht werden. „Die Hisbollah betreibt Geldwäsche durch eine ausgefeilte Gebrauchtwagenmasche in Nord- und Südamerika, Afrika und dem Nahen Osten“, so die Autoren. Länder in Afrika, wie etwa Benin, die wichtige regionale Umschlagplätze für den (legalen) Re-Export von Gütern seien, eigneten sich auch gut für illegale Aktivitäten der Geldwäsche. Was ist die Verbindung zu Frankreich? Im Zuge einer grenzübergreifenden Polizeiaktion gegen das Geldwäschenetz wurde auch der deutsche Staatsbürger Hassan T. festgenommen, der in Düsseldorf eine Kfz-Werkstatt betrieb. Über einen Facebook-Account, der Hassan T. gehören soll, meinen die Autoren herausgefunden zu haben, dass Hassan T. in Frankreich lebte. Interessanter als diese Tatsache ist aber wohl, dass Hassan T. auf Facebook nur einen einzigen „Freund“ hatte, einen gewissen „Said H.“. Das legt nahe, dass dieser Facebook-Account allein der Kommunikation zwischen diesen beiden Personen diene. Cohen und Citrinowicz zeigen einen Screenshot, der belegen soll, dass Hassan T. Facebook nutzte, um „Said H.“ eine französische Festnetztelefonnummer mitzuteilen.

Radikalisierung über schiitische religiöse Zentren

Neben den Untergrundaktivitäten hat die Hisbollah auch eine offizielle Abteilung für auswärtige Beziehungen, die

die Autoren mit dem englischen Kürzel FRD (für Foreign Relations Department) bezeichnen. Die Verbindungsleute des FRD, so Cohen und Citrinowicz, haben die Aufgabe, im Ausland Zentren zu errichten und zu erhalten, um Auslandslibanesen für die Sache der Hisbollah zu gewinnen bzw. bei der Stange zu halten, Spenden zu sammeln und Rekruten zu werben. Zudem seien sie Kontakte, über die örtliche Unterstützer mit den Hisbollah-Führern im Libanon und vielen anderen Ländern kommunizieren. In der Praxis würden die Verbindungsleute auch verdeckte Operationen durchführen, etwa zur Beschaffung von Informationen oder logistischer Unterstützung. Das FRD sei auf der ganzen Welt aktiv, und viele schiitische Zentren hätten enge Verbindungen zu ihm. „Diese Zentren sind Knotenpunkte der Hisbollah-Aktivitäten, wie etwa Spendensammlung und Aufhetzung der Anhänger gegen Israel und die USA. In einigen Fällen dienen die Zentren sogar als sichere Orte, um Waffen zu lagern und Personen für die Organisation zu rekrutieren.“

In Frankreich, und vor allem im Raum Paris, gibt es zahlreiche schiitische Zentren. Die Autoren verweisen in diesem Zusammenhang auf eine Durchsuchung, die die französischen Sicherheitsbehörden 2018 im schiitischen Al-Zahra-Zentrum in der nordfranzösischen Stadt Grande Synthe durchgeführt haben. Diese stand in Zusammenhang mit den Ermittlungen zu dem vereitelten Bombenanschlag auf eine Versammlung oppositioneller Exiliraner in der Pariser Vorstadt Villepinte.

Die Verbindungen zwischen den schiitischen Zentren und der Hisbollah werden in der Regel nicht der breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht. Mit ihren Recherchen auf Facebook glauben Cohen und Citrinowicz aber, viele solcher Verbindungen aufzeigen zu können. Sie nennen etwa Scheich Mohammed Abbas, den aus Venezuela nach Frankreich eingewanderten Haupt-Imam des 1994 gegründeten schiitischen Al-Ghadir-Zentrums in Paris. Eine Analyse des Facebook-Accounts von Al-Ghadir und Scheich Abbas zeige „eine starke Verbindung des Zentrums und der radikalen Hisbollah-Ideologie“, so die Autoren. Schon in seiner Zeit in Venezuela habe

Abbas auf Facebook Unterstützungsbotschaften für die Hisbollah gepostet; das habe er in Frankreich fortgesetzt. Ein Foto, das Abbas 2017 auf Facebook gepostet hat, zeigt ihn zudem, wie er eines Hisbollah-„Märtyrers“ gedenkt. Andere Fotos auf seinem Account sind Porträts von getöteten Hisbollah-Mitgliedern, die ebenfalls als „Märtyrer“ bezeichnet werden, wie etwa der in Syrien bei einem Raketenangriff getötete Hisbollah-Kommandant Mustafa Badreddine. Zudem zeigt der Account von Abbas Fotos von Propagandaaktivitäten des Zentrums, wie etwa dem „Al-Quds-Tag“ in Paris 2019.

Über ein anderes schiitisches Zentrum in Paris, den Verband „Imam Al-Khoei“, schreiben die Autoren, das dieser in Kontakt stehe zu schiitischen Zentren in der westafrikanischen Elfenbeinküste, die „für ihre Unterstützung der Hisbollah bekannt“ seien. Die Facebookseite von „Imam Al-Khoei“ zeige sowohl die starke Unterstützung der Hisbollah als auch Verbindungen zum Al-Ghadir-Zentrum.

Rekrutierung auf Facebook

Recherchen der beiden Autoren zeigen, dass Personen, von denen die Sicherheitsbehörden wissen, dass sie von der Hisbollah oder der iranischen Terrorgruppe „Quds Force“ rekrutiert wurden, auf Facebook Accounts angelegt hatten, die sie schon wenige Stunden später wieder löschten. Die Hisbollah, so Cohen und Citrinowicz, suche für die Rekrutierung auf Facebook besonders nach Personen, die sich bereits als anti-israelisch zu erkennen geben, etwa durch Sympathien für die Anti-Israel-Boycottkampagne „BDS“. Indem Hisbollah-Agenten in den sozialen Medien für „BDS“ werben, könnten sie effektiv ihre Zielgruppe ansprechen, um französische Staatsbürger als Rekruten für ihre Ziele zu gewinnen.

Handlungsempfehlung

Aufgrund der komplexen und ausgeklügelten Struktur der Netzwerke der Hisbollah, die darauf abzielten, die Vermögenswerte der Hisbollah in einem Land zu schützen, selbst wenn eines ihrer Netzwerke von den Sicherheitsbehörden aufgedeckt wird, halten die Autoren es für unverzichtbar, dass die internationale Staatengemeinschaft „auf einheitliche Weise mit einem kalkulierten Aktionsplan“ vorgeht, um die Infrastruktur der Organisation weltweit zu zerschlagen. Nur eine „umfassende internationale Kampagne mit Aktivitäten gegen die religiösen Zentren und Kleriker“ könne die Präsenz der Hisbollah in Europa ernsthaft schwächen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es notwendig, dass die internationale Gemeinschaft die Hisbollah als eine „zusammenhängende Organisation“ begreife. „Ohne wirksame Gegenmaßnahmen, geintes Handeln und gemeinsame Bemühungen europäischer Nationen“, so die Autoren, werde die Hisbollah wohl auch weiterhin Mitglieder für terroristische Aktivitäten rekrutieren. Die in dem Bericht analysierten Beweise legten nahe, dass es eine „viel genauere Überwachung von BDS-Gruppen, Hisbollah-Sympathisanten und anderen radikalen Elementen, die leicht zu gewalttätigen Aktionen im In- und Ausland zu bewegen sind“, geben müsse.

Die Juden verlassen Europa – der Islam kommt

Nur ein sicherer und unbewachter Alltag kann Heimat sein, und der ist in Westeuropa für Juden immer seltener gegeben. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat sich die Zahl der Juden in Europa dramatisch verringert – gleichzeitig nimmt die islamische, fast durchweg antisemitische Zuwanderung nach Europa rapide zu (JR).

Von Peter Sichrovsky

Ein Schicksal kann mit Zahlen und Erlebnissen erklärt werden. Zuerst ein paar Zahlen, dann die Erlebnisse.

Laut einer Studie der „Agentur der EU für Grundrechte“ (FRA) aus dem Jahre 2018 in den zwölf Ländern der EU, in denen 96 Prozent der 1,4 Millionen europäischen Juden leben, meinen 89 Prozent, der Antisemitismus habe seit der letzten EU-Umfrage im Jahre 2013 massiv zugenommen. 28 Prozent erlebten antijüdische Äußerungen und Übergriffe. Drei Prozent wurden Opfer physischer Gewalt. Etwa die Hälfte der europäischen Juden denken an Auswanderung. Vor allem französische, deutsche und britische Juden. In Frankreich haben wegen gewaltsamer Übergriffe, Terroranschläge und des Alltags-Antisemitismus von rechts, links und islamistischer Seite 150.000 Juden das Land verlassen. In Tel Aviv ist das nicht zu übersehen. Französische Bäckereien und Restaurants haben das kulinarische Angebot entscheidend verbessert.

Seit 1950 hat sich die Zahl der Juden in Europa halbiert

Vor dem Holocaust lebten 9,5 Millionen Juden in Europa. 1950 waren es 3,5 und heute sind es noch 1,4 Millionen. Die meisten in Frankreich, 300.000 in Großbritannien, in Deutschland etwas mehr als 100.000 und 10.000 in Österreich – vor 1938 waren es alleine in Wien 200.000.

Nach relativ ruhigen Jahren nach dem Holocaust beschäftigen sich mehr und mehr mit Plänen, Europa zu verlassen. Doch die Zeiten von Flucht und Panik sind vorbei. Das Verlassen hat seine Ordnung, wird lange vorbereitet und sorgfältig geplant. Jene, die es sich leisten können, kaufen Wohnungen in Israel, Kanada oder den USA und fühlen sich dadurch befreit, von der jeweiligen Situation des Landes, in dem sie jetzt leben, abhängig zu sein. Sie gehen, wann sie gehen wollen, es ist kein Fliehen mehr, eher ein wohlüberlegter Beginn in einem anderen Land, in dem sie einen Alltag leben könnten, wie sie ihn sich vorstellen und wünschen.

In vielen Familien überträgt sich die Absicht, von Europa wegzugehen, von einer Generation zur nächsten. Während die Nachkriegs-Generation versuchte, eine sichere Existenz aufzubauen, oft Berufe hatte, die sich nicht so leicht auf andere Länder übertragen ließen, schickten sie ihre Kinder zum Studium ins Ausland, kauften Immobilien und bereiteten den Absprung vor. Als wollten sie verhindern, dass ihre Kinder ihre Fehler wiederholen.

Von London nach Wien

Meine Eltern flohen 1938 nach England, kamen 1946 zurück nach Wien und beschrieben diesen Entschluss ihr Leben lang als Fehler. Die innere Unruhe und Zerrissenheit übertrugen sich auf mich und meine Brüder. In Wien geboren, wuchs ich mit der Botschaft auf, diese Stadt nicht als Heimat zu akzeptieren, sondern jede Möglichkeit zu nutzen, sie zu verlassen. Das Misstrauen überträgt sich weiter, auch auf meine Kinder. Das Leben mit aggressiven Vorurteilen gegenüber Juden währen der letzten Jahre



Jüdische Einwanderer aus Frankreich treffen in Tel Aviv ein.

bestätigt die Vorurteile der Juden, dass sie hier nicht willkommen seien.

Mit etwa Zehntausend Juden in Wien existiert zwar ein jüdisches Leben in Kleinformat, das jedoch ohne staatliche Förderungen nicht überleben würde. Subventionierte Kulturtage, Film- und Musikfestivals und ein eindrucksvolles Museum bieten jüdische Kultur und Geschichte, doch die Show täuscht. Synagogen sind leer, es finden mehr Begräbnisse als Hochzeiten statt, und Gemeinden außerhalb von Wien, etwa in Graz, haben zwar neu renovierte Synagogen und einen Präsidenten, jedoch keine jüdische Bevölkerung.

Ein großer Teil des jüdischen Lebens in Österreich beschränkt sich auf Erinnerung und Gedenken, auf Veranstaltungen im Zusammenhang mit Holocaust, Antisemitismus oder anderen Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Jüdische Intellektuelle sind gefragte Redner, und

liens aus der Zeit vor 1938 leben heute in Wien. Eine Tradition, aus der Nobelpreisträger und weltbekannte Künstler hervorgegangen sind, ist verloren. Die wenigen jüdischen Kulturschaffenden, die in Wien leben, retten sich meist über das Thema „Verfolgung“. Komponisten wie Mahler, Schönberg und Korngold, Schriftsteller wie Schnitzler, Kafka, Roth, Werfel, Zweig und Canetti schufen einst eine moderne jüdisch-kulturelle Identität, ohne sich an ihre Herkunft zu klammern. Das ist vorbei.

Juden erleben heute eine doppelte Ausgrenzung. Vom Nachkommen der Holocaust-Überlebenden bis zur absurden Logik, dass Juden auch für das Verhalten Israels gegenüber den „Palästinensern“ verantwortlich seien, reduziert man sie zu Opfern oder Tätern, dazwischen bleibt wenig Spielraum. Der Wunsch, einfach vergessen und ignoriert zu werden, in der Masse unterzutauchen, unerkannt und allen anderen

israelische Armee so brutal gegen „Palästinenser“ vorgehe, erzählte mir, wie sehr sie der Film „Schindlers Liste“ bewegt habe oder berichtete mir begeistert, dass er Achteljude sein müsse, weil die Urgroßmutter angeblich Tochter eines Rabbiners gewesen sei. Ich war plötzlich uninteressant wie alle anderen und erlebte die Gleichgültigkeit meiner Umgebung als wohlthuende Befreiung.

Islamische Zuwanderung 2015

Seit der Flüchtlingswelle 2015 hat sich die Lage für die jüdische Bevölkerung in vielen europäischen Ländern dramatisch verschlechtert. In manchen Teilen der Städte Paris, Brüssel, London, Berlin und Wien ist das Leben als „erkennbarer“ Jude mit Kippa oder Kleidung der Orthodoxen nicht mehr sicher. Die Ablehnung wurde öffentlich und akzeptiert. Als Demonstranten während der Auseinandersetzung zwischen Israel und Hamas durch europäische Städte marschierten und „Juden ab ins Gas“ und „Wir werden eure Töchter vergewaltigen“ brüllten, Zionismus mit NS-Ideologie gleichsetzten, schwieg die Mehrheit, und keine Polizei griff ein. Ebenso wenig, als Impfgegner mit Judensternen auftraten und sich mit Holocaust-Opfern verglichen. Die Übernahme von Afghanistan durch die Taliban wird die Situation noch verschlimmern. Radikale islamistische Gruppen werden mehr Unterstützung bekommen, über den Flüchtlingsstrom könnten wie bereits 2015 Attentäter eingeschleust werden.

Es hat schon bessere Zeiten für Juden in Europa gegeben, sicherlich auch schlechtere. Der Unterschied zu früheren Zeiten ist die moderne Mobilität und der Staat Israel. Der Begriff „Heimat“ wird ersetzt durch die Sehnsucht nach der Banalität eines unbekümmerten Alltags. Engländer ziehen in die EU, Deutsche nach Thailand, Polen nach Österreich, Südamerikaner in die USA und Chinesen nach Kanada. Nicht nur Juden suchen nach neuen Orten. Sie haben nur andere Motive, und die sind so alt, wie lange es Juden gibt.

„ Ich war plötzlich uninteressant wie alle anderen und erlebte die Gleichgültigkeit meiner Umgebung als wohlthuende Befreiung. “

da es nur eine Handvoll von ihnen im deutschen Sprachraum gibt, existiert eine Art Gedenk- und Mahntourismus mit immer denselben Rednern und Rednerinnen, die meist überall das Gleiche vortragen. Manche schaffen es bis zu Talkshows in TV und Radio, werden auch dort als Juden eingeladen mit der Erwartungshaltung der Veranstalter, dass sie authentisch den Schmerz der verfolgten Minderheit beschreiben könnten. Ein Wanderzirkus weniger Auserwählter, der ein Ankommen in der Normalität von einer Generation zur nächsten verzögert.

Das Wiener Judentum

Das traditionelle Wiener Judentum existiert nicht mehr. Nur wenige Fami-

völlig gleichgültig zu sein, wird nicht erfüllt. Handlungen und Aussagen werden mit dem Judentum gekoppelt und bewertet. Als ich für das EU-Parlament kandidierte, konfrontierten mich Kritiker, wie ich das als „Jude“ tun könnte. Andere machen politische Fehler, haben unterschiedliche politische Ansichten, der Jude wird als Verräter denunziert.

Nach meinem jüdisch-politischen „Fehltritt“ lebte und arbeitete ich in Chicago und Singapur, wo plötzlich das Judentum keine Rolle mehr spielte. Ich war weder Opfer noch Täter. Meine Ansichten und mein Verhalten wurde unbelastet und vorurteilsfrei bewertet oder ignoriert. Niemand schenkte mir Biografien von Holocaust-Überlebenden zum Geburtstag, fragte mich, warum die

20 Jahre nach 9/11: Westliche „Regenbogen-Nationen“ von Taliban gedemütigt

Die Blamage des Westens und die Katastrophe für das afghanische Volk könnte nicht größer sein: Zwei Jahrzehnte nach der Vertreibung der Taliban, die den Attentätern vom 11. September 2001 Unterschlupf gewährten, zieht sich die „woke“ regenbogen-flaggende Weltmacht USA vom Hindukusch zurück – gedemütigt von Mittelalter-Islamisten mit veralteten Waffen und Sandalen. Doch schon stehen die Zeichen auf Anerkennung der islamischen Taliban-Barbaren durch westliche Bessermensch-Politiker, die im eigenen Land noch immer die falsche Legende von der Integration propagieren (JR).

Von Michal Kornblum

Die Terroranschläge vom 11. September waren eine Zäsur für die moderne, westliche Welt. Angesichts dieser unvorstellbaren Brutalität, den tausenden Opfern und der um sich wütenden Zerstörung besonders in New York als Symbol des freien Westens, war die Welt nach 9/11 nicht mehr dieselbe. Ich erinnere mich noch gut, wie ich im Vorschulalter vor dem Fernseher saß und diese starken, massiven Türme des World Trade Centers einstürzen sah. Bilder, die man sich zuvor nur in einem Actionfilm mit Altersbeschränkung hätte vorstellen können. Seitdem hat sich unsere Welt verändert. Aus den Anschlägen resultierte nicht nur ein gesteigener Sicherheitsanspruch, sondern auch ein höheres Bewusstsein für die Gefahr des islamistischen Terrors. Noch im Oktober 2001 begann die USA eine Militäroperation in Afghanistan, um das dortige Taliban-Regime zu stürzen und gegen die für die Anschläge verantwortliche Terrorgruppe Al-Qaida zu kämpfen.

Wie ist die Lage heute, genau 20 Jahre später?

Die USA und auch die anderen westlichen Verbündeten wie Deutschland ziehen ihre Kräfte diesen Sommer aus Afghanistan ab. Die Taliban kontrollieren quasi das komplette Land. Wir sehen Bilder von verzweiferten Menschen am Flughafen, die versuchen das Land zu verlassen. Was ist also die Bilanz von 20 Jahren Afghanistan? Dieser Krieg konnte den Westen und seine Werte nicht nach Afghanistan bringen. Auf der anderen Seite stehen die zahlreichen ermordeten, verletzten und traumatisierten Soldaten, ihre Familie und auch Zivilisten, deren Opfer nun so unnütz scheint. Es ist eine Kapitulation des freien Westens vor dem islamistischen Regime der Taliban.

Was sagt das aus, wenn es im ersten Jahr der Präsidentschaft eines neuen US-Präsidenten zu einem solchen Szenario kommt? Es ist schwer zu sagen, was wäre, wenn der Truppenabzug unter Trump stattfinden würde. Trump war als Präsident bereits in Verhandlungen zum geordneten Truppenabzug, während unter Biden nun Chaos herrscht und die Weltmacht USA von den Taliban in die Knie gezwungen wird. Trump hat in seiner Präsidentschaft viel Diplomatie bewiesen. Man denke zum Beispiel an die Friedensverhandlungen in Nahost oder die neu entstandenen diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und einigen arabischen Ländern, bei denen Präsident Trump als Vermittler einen wesentlichen Anteil am Erfolg dieser neuen Bündnisse hat. Nach diesen Betrachtungen ist es unverständlich, dass das Image Bidens, zumindest in Deutschland, wesentlich besser als das Trumps ist, obwohl es in Trumps Regentschaft keine Desaster dieses Ausmaßes gab.

Über 80 % sind gar keine „Ortskräfte“
Hat die deutsche Politik die Lage mal



Die brennenden Twin Towers des World Trade Centers

wieder falsch eingeschätzt? Altkanzler Helmut Schmidt erklärte bereits 2009 im Gespräch mit Hans-Ulrich Jörges, dass der Afghanistankrieg nicht zu gewinnen sei. Auch der Journalist und Afghanistanexperte Peter Scholl-Latour sagte 2014: „Der Krieg in Afghanistan ist verloren – das sollten wir uns eingestehen, und wir sollten uns überlegen, wie wir da rauskommen.“ Das alles kommt also keineswegs überraschend. Aber – wie so oft in Deutschland – wurden diese Überlegungen zum geordneten Abzug nicht angestellt. Man bekommt wieder

„ Die Bundesregierung hat den Taliban bereits jetzt 100 Mio. Euro für „humanitäre Zwecke“ zur Verfügung gestellt. “

das Gefühl, dass die Politik aus arroganten Dilettanten besteht und, dass Expertenstimmen ignoriert werden. Dazu kommt die Intransparenz der Bundesregierung in Bezug auf die Personen, die ausgeflogen wurden. Wie jetzt bekannt wurde, sind nur 138 von 4.587 aus Kabul ausgeflogenen Menschen Ortskräfte. Zusammen mit ihren Familien machen sie nur 16,4 % aller nach Deutschland Ausgeflogenen aus. Wer aber sind die über 80 %, die auch mit an Bord waren? Versucht die Bundesregierung in Anbetracht der anstehenden Wahlen eine erneute Flüchtlingskrise zu vertuschen?

Wie wird Deutschland nun mit dem

„neuen“ Afghanistan umgehen? Es ist nicht auszuschließen, dass die Taliban offiziell anerkannt werden. Die Bundesregierung hat den Taliban bereits jetzt 100 Mio. Euro für „humanitäre Zwecke“ zur Verfügung gestellt. Es handelt sich dabei um Steuergelder, von denen wir nicht genau wissen, wo sie landen und die wir gerade dieses Jahr gut hier in Deutschland gebrauchen könnten. Diese 100 Mio. Euro könnten z.B. die Flutopfer in Deutschland sicherlich ebenfalls gut verwenden. Es wurde eine radikal-islamische Terrorgruppe zum Verhand-

mosexualität brauchen wir gar nicht erst anzufangen), würde die Scheinheiligkeit der hiesigen Politiker umso mehr bewiesen. Der radikale Islam, der von deutschen Traumtänzern verniedlichend als „kulturelle Bereicherung“ gesehen wird, verachtet alles, wofür der Westen steht.

Der Westen muss sich selbst schützen
Was ist also das Fazit nach 20 Jahren 9/11 und dem darauffolgenden Afghanistan-Krieg?

Zerstörung, zahlreiche Opfer, Menschen, die ihr ganzes Leben diesem Krieg gewidmet haben, hohe wirtschaftliche Ausgaben und auf der anderen Seite ein Land, in dem nun Terror regieren wird, als hätte es die Bemühungen der letzten 20 Jahre nicht gegeben. War es richtig einen Krieg zu beginnen, den man nicht gewinnen konnte? Einen Krieg, der schon lange verloren war, und von dem klar war, dass es nur genau so lange einigermaßen ruhig bleiben würde, wie die USA und andere westliche Länder vor Ort sind und als Weltpolizei fungieren? Wir können anderen, insbesondere islamischen Ländern nicht durch militärische Aktionen und Kriege unsere westlichen Werte anziehen. Diese Werte, so sieht es aus, muss sich die dortige Bevölkerung selber erkämpfen und erarbeiten.

Anstatt also zu versuchen die Demokratie zu exportieren, sollte der Westen besser sich selber und seine Werte schützen, Sicherheit für seine Bürger schaffen und dem wachsenden Islamismus in westlichen Teilen der Welt Einhalt gebieten.

Der angekündigte Staatsstreich der Grünen: Das übergeordnete und allmächtige Klima-Ministerium

Ein Klima-Ministerium, das mittels Veto-Recht die Politik aller anderen Ministerien bestimmt, gehört zu den besonders demokratie-feindlichen Vorhaben der linksradikalen grünen Öko-Bevormunder. Folgt man den Umfragen, scheint es die deutschen Wähler widersinnigerweise nicht im Geringsten zu stören (JR).



MENACHEM KAHANA - AFP

Von Henry M. Broder

Die Grünen sind eine Melonen-Partei: Außen eine dünne grüne Schale bei ganz viel rotem Inhalt.

Man kann den Grünen vieles vorwerfen, Dilettantismus, Größenwahn, Unbildung, nur eines nicht: Unehrllichkeit. Sie sind gnadenlos ehrlich, sie sagen, was sie vorhaben und was sie alles anstellen werden, wenn sie die Möglichkeit dazu bekommen. Sie wollen eine grüne Klima-Diktatur etablieren, in dem wahnwitzigen Glauben, Deutschland sei dazu berufen und in der Lage, den Klimawandel zu stoppen und die

Welt auf den „1,5-Grad-Pfad“ zu führen.

Keine Partei verkörpert den deutschen Imperativ so radikal wie die Grünen. Sie sind die Nationalisten des 21. Jahrhunderts, egal wie oft und wie laut Habeck versichert, er könne mit Deutschland nichts anfangen. Heute retten sie Deutschland, morgen die ganze Welt.

Annalena Baerbock und Robert Habeck haben in diesen Tagen ein

Klimaschutz-Sofortprogramm vorgelegt. Es enthält die Forderung nach einem Klimaschutz-Ministerium, das mit einem Vetorecht gegenüber allen anderen Ministerien ausgestattet wäre, um Gesetze zu stoppen, die nicht „Paris-kompatibel“ sind, d.h. dem Pariser Klimaschutz-Abkommen zuwiderlaufen. Dieses Ministerium, das die Grünen natürlich besetzen würden, wäre eine Art Nebenregierung, die der eigentlichen Regierung Paroli bieten soll.

Um auf eine solche Idee zu kommen, muss man oder frau entweder zu lange in der Sonne gelegen oder in Absinth gebadet haben. Anders sind die Phantasien von Annalena Baerbock nicht zu erklären, die jetzt schon damit droht, ihre Partei werde „das größte Klimaschutz-Paket beschließen, das es jemals in diesem Land gegeben hat“.

Die „sozialgerechte Transformation“ ist allerdings nicht alles, das die grünen Megalomanen verwirklichen wollen. Das „Hin-und-her-Geeiere zwischen den Ministerien“ soll abgeschafft und eine Klima-Task-Force ins Leben gerufen werden, die ein „Hundert-Tage-Sofortprogramm“ auf den Weg bringen wird. Die Federführung

für diese Klima-Task-Force wird vom Klimaschutz-Ministerium „übernommen“.

Die Ansage könnte klarer nicht sein. Während der ersten hundert Tage einer grünen oder grün geführten Regierung wird es einen Putsch geben, durchgeführt von einer Klima-Task-Force. Das letzte Mal, dass etwas Ähnliches in Aussicht gestellt wurde, war noch von vier Jahren die Rede.

Aber das ist noch nicht das Ende der grünen Fahnenstange. Frau Baerbock hat noch mehr vor. Sie fordert ein „Einwanderungs-Ministerium“, denn „es sei an der Zeit, nicht nur über Einwanderung zu reden, sondern vor allem darüber, wie man Gleichstellung und Teilhabe in der Gesellschaft wirklich schaffen und Diskriminierung bekämpfen könne“. Mit einem eigenen Ministerium, das wohl auch grün eingefärbt sein müsste.

Das Ganze könnte die verzweifelte Phantasie einer abgestürzten Hochstaplerin sein oder auch nur ein ABM-Programm, um alte Weggenossen mit der Aussicht auf gut dotierte Posten bei der Stange zu halten. Es könnte aber tatsächlich ernst gemeint sein.

Und das könnte dann lustig werden.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

GEZ-Erhöhung: Verfassungsgericht gewährt den öffentlich-rechtlichen Sendern noch mehr Mittel für ihre wahlbeeinflussende links-grüne Propaganda

Die fast durchgehend grüne und israelfeindliche Propaganda, die die öffentlich-rechtlichen Sender verbreiten, wurde vom Bundesverfassungsgericht durch eine erneute Erhöhung der GEZ-Beiträge belohnt – obwohl diese Erhöhung bereits auf demokratischem Wege an der Zustimmung der Landesparlamente gescheitert war. Darüber hinaus wird die falsche Legende verbreitet, dass die öffentlich-rechtlichen Sender die GEZ-Erhöhung zur Aufrechterhaltung ihres Programmbetriebes bräuchten – tatsächlich fließt ein Großteil der von den Bürgern abverlangten Zwangsabgaben bevorzugt in üppige Bezüge ihrer leitenden Angestellten (JR).

Von Dushan Wegner

Ein Rechtsstaat ist ein Staat, in welchem das für alle gültige, transparent und fair ausgehandelte Recht das oberste Ordnungsprinzip ist. Ein Gottesstaat ist ein Staat, in welchem eine bestimmte Vorstellung von „Gott“ das oberste Ordnungsprinzip ist. Ein Propagandastaat aber wäre nach gleicher Logik ein Staat, in welchem die Interessen der Propaganda das ordnende Prinzip aller Gesetze und staatlichen Maßnahmen wäre.

Es war ja seit einigen Jahren schon erkennbar, so man hinsehen wollte. Spätestens als die Regierung beschloss, zusätzlich zum Staatsfunk noch direkt aus Steuergeld über eine Milliarde für Propaganda gegen Abweichler bereitzustellen war kaum noch zu leugnen, dass Deutschland sich zum offenen Propagandastaat entwickelt. Seit Donnerstag, dem 5. August 2021 kann es nicht mehr sinnvoll geleugnet werden, da das Bundesverfassungsgericht es de facto bestätigte: Deutschland ist ein Propagandastaat.

Einer Erhöhung der Propagandasteuer (ehemals GEZ, heute formal „Rundfunkbeitrag“) müssen jeweils alle Bundesländer zustimmen. Sachsen-Anhalt hatte sich dem verweigert, weshalb das Milliardenbudget des Staatsfunks erst einmal nicht weiter aufgestockt wurde. Der Staatsfunk hatte vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen geklagt.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun beschlossen, dass die Blockade der Erhöhung der Propagandasteuer angeblich verfassungswidrig sei. Es ist nicht das erste Mal, dass dieses Gericht sich selbst zu Politikern-anstelle-der-Politiker macht.

Am 5. August 2021 hat also das Bundesverfassungsgericht seine Begründung zu einem Beschluss vom 20. Juli 2021 veröffentlicht, wonach es verfassungswidrig sei, wenn gewählte Politiker sich den angemeldeten weiteren Geldwünsche des ohnehin milliardenschweren Staatsfunks versagen.

Wörtlich heißt es:

„Das Unterlassen des Landes Sachsen-Anhalt, dem Ersten Medienänderungsstaatsvertrag zuzustimmen, verletzt die Rundfunkfreiheit der Beschwerdeführer aus Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG in der Ausprägung der funktionsgerechten Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.“ (bundesverfassungsgericht.de, 5.8.2021)

Das Bundesverfassungsgericht hat unzweideutig klargemacht, dass die Forderungen von ARD und ZDF über dem durch Volksvertreter geäußerten Willen, damit also über der Demokratie stehen. Die Politik hat es durchzuwinken, wenn der Staatsfunk erhöhten Geldbedarf anmeldet, und das „Unterlassen“ dieser Genehmigung durch die gewählten Volksvertreter ist angeblich verfassungswidrig und nichtig. Deutschland ist seit dem 5. August 2021 de facto



Stephan Harbarth, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, traf sich kurz vor der Entscheidung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Essen.

ein Propagandastaat.

Den Bock zum Gärtner

Um die Verhöhnung der Demokratie aber vollständig zu machen, hat das Bundesverfassungsgericht in der Begründung, warum es der Beschwerde von ARD und ZDF stattgab, selbst in die klebrigste, banalste Kiste der Propagandasprache gegriffen:

„Dabei wächst die Bedeutung der dem beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk obliegenden Aufgabe, durch authentische, sorgfältig recherchierte Informationen, die Fakten und Meinungen auseinanderhalten, die Wirklichkeit nicht verzerrt darzustellen und das Sensationelle nicht in den Vordergrund zu rücken, vielmehr ein vielfaltsicherndes und Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht zu bilden. Dies gilt gerade in Zeiten vermehrter komplexen Informationsaufkommens einerseits und von einseitigen Darstellun-

gen, Filterblasen, Fake News, Deep Fakes andererseits.“ (bundesverfassungsgericht.de, 5.8.2021)

Die geradezu peinliche Propagandasprache in der Urteilsbegründung könnte glatt aus dem Framing-Manual stammen, das sich die ARD für viel Geld hat erstellen lassen.

Selbst wenn man diese Eigen-Propaganda des Staatsfunks ernstnehmen würde, so kann selbst ein denkbar weltfremder Verfassungsrichter sehen, dass Schlagerabende und Kochsendungen auch mit viel Deutungsspielraum nichts mit dem Kampf gegen angebliche „Fake News“ zu tun haben. Ob Richtern eine entsprechende feuilletonistische Beurteilung zusteht, das ist eine weitere Frage. Und inwiefern Presse nur zwangsfinanziert für Wahrheit entstehen kann, das ist vollständig unbegründet – die Erfahrung lehrt das exakte Gegenteil, und wir ahnen, dass die Richter das

alles durchaus sehen (können). Ich gehe davon aus, dass die Richter sehr genau wissen, dass ihre Worte den Verstand des Bürgers beleidigen – doch der offene Unsinn der Mächtigen ist eine Demonstration ihrer Macht.

Indem die Richter die Framing-Propaganda des Staatsfunks nachplappern, in vollem Wissen um die Sinnleere, führen sie uns vor: Wir sind mächtig, wir können auch Unsinn reden, und ihr müsst es zahlen – sonst wirft euch die Propagandamaschine in den Schuldenknast – wie etwa GEZ-Verweigerer Georg Thiel, der weiter im Knast sitzt.

Es ist der 5. August 2021. Das Bundesverfassungsgericht hat de facto bestätigt, dass die angemeldeten Bedürfnisse der Propaganda (sie nennt sich selbst „öffentlich-rechtlicher Rundfunk“) über der Demokratie stehen. Nebenbei hat das Bundesverfassungsgericht weiter an moralischer Autorität verloren, indem es sich selbst zum willigen Rädchen in eben diesem Propagandastaat degradierte.

Nein, die Deutschen wachen am 6. August 2021 nicht in demselben Land auf. Es ist ein anderes Land, es gibt kein Zurück. Bei wem beschwert man sich, wenn das Verfassungsgericht das Recht verhöhnt? Merkels Parteikumpel Stephan Harbarth wird nicht als Chef des Verfassungsgerichts zurücktreten. Die Staatsfunker höhnen und

jubeln offen, denn sie wissen, dass „ihre“ Zeit jetzt erst richtig anbricht. Natürlich werden sie das Land weiter bremsen und im internationalen Vergleich zurückfallen lassen, doch was interessiert einen Staatsfunker das Wohl eines Landes, wenn er an der Demokratie vorbei mit echter Macht spielen kann?

Deutschland ist heute ein anderes Land geworden. Nie war es wichtiger, die Kunst zu lernen, die offiziellen Bullshit-Kanäle auszuschalten – auch wenn man sie immer teurer bezahlen muss! – und sich selbst eine Meinung zu bilden.

Ich selbst darf Ihnen (noch...) als eine kleine Alternative zum verfluchten Staatsfunk die Freien Denker empfehlen – die sind das Gegenteil von Propaganda (und wenn Sie die nicht bezahlen, wirft Sie niemand in den Knast).

Der wahre Gegner der CDU und ihres Kanzlerkandidaten Laschets ist in Wirklichkeit Bundeskanzlerin Merkel und ihre Politik

Angela Merkel und ihre linksgrünen Allparteien-Freunde wollen – von vielen unerkannt – Armin Laschet mit allen Mitteln verhindern, weil er eine Bilanz ihres Versagens ziehen könnte und eine Revision ihrer faktisch rot-grünen Politik anstrebt (JR).

Von Vera Lengsfeld

Es muss einmal klar gesagt werden: die Hetze gegen Armin Laschet übertrifft alles, was ich bisher erlebt habe. Selbst Kanzler Kohl musste weniger aushalten, obwohl ich damals glaubte, die Schmähkritik gegen den Altkanzler könnte nicht schlimmer sein. Irrtum! Offenbar ist die Skala aller nur möglichen Injurien nach oben offen. Das trifft nicht nur auf Haltungs-Journalisten zu, sondern auch auf die Mächtigen-Exekutoren auf Twitter. Laschet soll weg – egal mit welchen Mitteln.

Warum hat der Mann einen solchen Hass der totalitären Linken auf sich gezogen? Dafür gibt es nur eine Erklärung: Laschet ist der einzige Kandidat, der nicht für eine Weiterführung der Merkel-Politik steht, der erkannt hat, dass Deutschland ein Sanierungsfall ist, der meint, dass auch in Corona-Zeiten die Freiheitsrechte nicht willkürlich außer Kraft gesetzt werden dürfen, der andeutet, dass es mit ihm kein Weiter so in der Flüchtlingspolitik, wie sie 2015 von Merkel eingeführt wurde, gibt. Das alles hat er eher vorsichtig signalisiert, aber die Linke hat viel besser begriffen als seine eigene Partei, dass es mit einem Kanzler Laschet ein Zurück zur bürgerlichen Vernunft statt einer ideologiesteuerten Politik geben könnte. Das soll auf jeden Fall verhindert werden.

Kanzlerin Merkel war für die Linke ein unerwarteter Glücksfall: Alles, was Linke und Grüne nie aus eigener Kraft hätten durchsetzen können, hat Merkel exekutiert: Abschaffung der Wehrpflicht, Ausstieg aus Atomkraft und Kohle unter Inkaufnahme der Gefahr der Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen unseres Landes, offene Grenzen und die damit verbundene Erosion der Rechtsstaatlichkeit, die Herrschaft der Moral über das Gesetz.

Laschet gleicht dem gefesselten Gulliver

Wie sehr Deutschland schon verändert wurde, ist allen, die hingesehen haben, in der jüngsten Flutkatastrophe und im Afghanistan-Debakel vor Augen geführt worden: Die Inkompetenz, Verantwortungsscheu und das Versagen der staatlichen Behörden und Institutionen hat im Ahr-tal Todesopfer gefordert. Nur durch entschlossene Hilfe der Bevölkerung konnten noch größere Schäden verhindert werden.

In Afghanistan wurden die Ortskräfte, die für die Bundeswehr und deutsche NGOs gearbeitet haben, schmächtig im Stich gelassen. Dafür wurden in den Evakuierungsflügen abgeschobene Straftäter zurück nach Deutschland gebracht, die nun hierbleiben müssen, weil nach Afghanistan nicht mehr abgeschoben werden darf. Die Liste ließe sich fortsetzen.

So sehr die Rot-Grün-Roten die Fortsetzung der Merkel-Politik wol-



Feind, Todfeind, Parteifreund: Armin Laschet glaubt offenbar noch immer, dass Angela Merkel auf seiner Seite stehe.

len, so sehr müsste die Union daran interessiert sein, zu ihren bürgerlichen Wurzeln zurückzukehren. Die Partei ist jedoch inhaltlich so entleert, dass sie keine eigene Substanz mehr hat. Die müsste mühsam wieder aufgebaut werden, sonst wird die Union schneller untergehen als die SPD. Armin Laschet hat das erkannt, gleicht aber dem gefesselten Gulliver, der sich kaum bewegen kann, weil die Zwerge die Schnüre immer fester zurren.

Teile der Partei, die unbelehrbaren Merkelianer und vor allem die unbedarften Konservativen, verschließen sich der Einsicht, dass jeder innerparteiliche Kampf gegen den Kanzlerkandidaten den Einzug ins Kanzleramt gefährdet.

Merkel will keine Revision ihrer Politik

Die radikalsten Merkelianer, genannt sei hier Marco Wanderwitz, Merks „Ostbeauftragter“, kämpfen gegen Laschet, weil sie wissen, dass mit ihm ihre Ära zu Ende gehen würde. Wenn Laschet jemals der Wunschkandidat Merks gewesen sein sollte, ist er es spätestens nicht mehr, seit er Deutschland zum Sanierungsfall erklärt hat. Wahrscheinlicher ist, dass Merkel nicht am Einzug der Union ins Bundeskanzleramt interessiert ist. Sie will keine Revision ihrer Politik.

Was die Konservativen betrifft, hatten die mehrheitlich entweder Friedrich Merz oder Markus Söder als Kanzlerkandidaten bevorzugt. Merz kann in einer neuen, von Armin Laschet geführten Regierung eine wichtige Rolle spielen. Und er hat

zumindest verstanden, dass eine weitere Schwächung Laschets falsch ist – seine Unterstützung für den Wahlsieg des bürgerlichen Lagers könnte aber deutlich effektiver sein. Vor allem müsste sie auch außerhalb seines Wahlkreises stattfinden. Irritierend ist, dass er seinen Fanclub – Merz ins Kanzleramt – weiterbestehen lässt. Ihm scheint nicht klar zu sein, dass dessen Aktivitäten vor allem seine Aussichten, Wirtschafts- oder Finanzminister im Kabinett Laschet zu werden, ruinieren.

Ein schlimmes Kaliber ist Markus Söder. Die Sehnsucht der Konservativen nach der freiheitsfeindlichen harten Hand ist schwer zu begreifen. Söder, der sich öffentlich unmissverständlich an die Merkel-Linie angehängt hat, sollte für alle, die ein Zurück zum Markenkern der Union wollen, unwählbar sein. Der Mann hat ganz Bayern unter die FFP2-Maske gezwungen, obwohl die nur zu Arbeitsschutzzwecken gut und bei unkontrolliertem Dauergebrauch gesundheitsschädlich ist.

Die letzten vier Wochen sind entscheidend

Nicht nur in Bezug auf Corona, sondern auch in der Klimapolitik ist Söder ein Merkelianer, der krampfhaft versucht, seine Meisterin noch zu übertreffen. Söder will den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen und Bayern bis 2040 „klimaneutral“ machen. Das sollte für Konservative, die sich an der Realität statt an Ideologien orientieren, eigentlich abschreckend sein. Von daher ist der konservative Wunsch, Söder doch noch zum Kanz-

lerkandidaten zu machen, rätselhaft. Ihre Sehnsucht nach einer starken Figur mit guter medialer Begleitung lässt sie in eine Falle tappen, die ihnen die linke Öffentlichkeit gestellt hat.

Auch manche Bundestagskandidaten, die ins Parlament streben, sticheln gegen Laschet. Ihnen ist offenbar nicht klar, dass niemals der Kanzlerkandidat, sondern die Partei die Wahl gewinnt oder verliert. Wer mit dem eigenen Laden nicht solidarisch ist, darf sich am Ende nicht wundern, dass er es nicht auf den begehrten Parlamentssitz schafft oder seine Träume auf Regierungs-Positionen begraben muss. Das sollten sich besonders die Berliner hinter die Ohren schreiben, die sich mehrfach für Söder positioniert hatten. Es ist ein Landesverband, der in Berlin nicht reüssieren kann, obwohl die Stadt sichtbar unter Rot-Rot-Grün leidet. Hier sollte Kai Wegner, der Spitzenkandidat, schleunigst die Prioritäten ändern: Berlin braucht eine Verhinderung der Fortsetzung von Rot-Rot-Grün fast noch mehr als Deutschland die Verhinderung dieses Linksblocks im Bund. Wer nicht imstande ist, eine Chaotruppe mit ihren zahllosen Fehlentscheidungen erfolgreich herauszufordern, sollte sich an die eigene Nase fassen, statt Kritik an anderen zu üben.

Die letzten vier Wochen sind entscheidend. In der Union sollte sich schnell die Erkenntnis verbreiten, dass sie sich geschlossen hinter ihren Kanzlerkandidaten und seine Politik stellen muss. Noch ist die Wahl zu gewinnen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Vera-Lengsfeld.de

Gewohnt leise Presse-Töne bei judenfeindlichem Angriff in Köln: Der Täter war „Deuschtürke“

Ralph Giordano wirkte noch als jüdische Stimme der Vernunft in Köln, die wie die JR die Hauptquelle des Antisemitismus in Deutschland klar benannte. Heute fehlt diese Stimme der Vernunft: Beim jüngsten antisemitischen Gewaltverbrechen in der Domstadt verschweigt ein Kartell aus Presse und Politik wieder einmal Täter und Ursache, so lange das eben geht. Leider hilft auch der Zentralrat der Juden bei dieser Vernebelungsstrategie (JR).

Von C.J. aus Köln

Der Journalist Gerd Buurmann fragt in seinem Artikel über einen judenfeindlichen Angriff in Köln vom 20. August 2021, bei dem ein 18 Jahre junger Mann von ungefähr zehn Menschen umringt, beleidigt und geschlagen wurde, so dass sein Jochbein brach:

„Was hat die jungen Menschen so sehr vergiftet? Wo kommt ihr Judenhass her? Was hat dafür gesorgt, dass sie einen Menschen aus einer Gruppe heraus zusammenschlagen konnten?“

Als Antwort würde ich mal blind darauf tippen, dass hier keine Rechtsradikalen gewütet haben. Die Polizei hat zwar keine Einzelheiten über die Täter veröffentlicht, aber ich wette, wären es rechtsextreme Jugendliche, sähen wir schon längst die Versuche, politisches Kapital daraus zu schlagen.

Hohle Floskeln der Betroffenheit reichen schon lange nicht mehr aus.

Die blauäugige Bevölkerung

Ich werde zunehmend wütender, wenn ich lese, dass jüdische Bürger bereits darüber nachdenken, dieses Land zu verlassen, weil sie sich nicht mehr sicher fühlen und nicht mehr auf die Straße trauen. Wohin soll das alles noch führen und wie weit will unsere Politik und die sie leider blauäugig stützende Bevölkerung, die sich in ihrer eingebildeten Toleranz und Offenheit suhlt, diese Zustände noch treiben? Muss es erst zu Straßenschlachten wie in Frankreich oder Schweden kommen?



Der Kölner Jude Ralph Giordano, der selbst von Moslems bedroht wurde, warnte eindringlich vor den Gefahren des Islam.

Hätte ich privat die Mittel und die Möglichkeit, würde ich mittlerweile auch so schnell wie möglich meine Koffer packen und das Weite suchen.

Die Einzelheiten kommen mir in diesem Zusammenhang nur allzu vertraut vor. Es handelt sich um eine „Gruppe von zehn jungen Männern“ und das Opfer wurde „antisemitisch beleidigt“. Aus der „Neuen Zürcher Zeitung“ habe ich jetzt erfahren, ein Sprecher habe der NZZ gesagt:

„Dabei handelt es sich um einen Deutschen und einen Deuschtürken.“

Die oberste Devise scheint zu lauten:

Nur nicht den großen Elefanten beachten, der mitten im Raum steht. Man umgeht das immer größer werdende Problem geflissentlich. Es ist wie beim undichten Dach: Irgendwann sind die Balken durchgefaut und das Haus stürzt ein. Leugnen und Wegsehen hilft hier nicht weiter. Das Problem bleibt, und fällt einem früher oder später umso schmerzhafter auf die Füße.

Man kann auch einem Alkoholiker nur dann helfen, wenn er bereit ist zu erkennen, dass er ein Problem mit dem Alkohol hat. Vorher bringt es nichts. Die standardisierte Antwort von Frau Reker ist leider auch nur allzu typisch und beispielhaft für unsere politische Klasse. Aber bei weitem nicht nur für sie.

Bedauern kommt manchmal von Toleranz

Den einen Tag tönen sie „Toleranz und Offenheit“, den nächsten Tag dann „Tiefes Bedauern und Anteilnahme“, wenn solche Straftaten passieren. Natürlich darf dann auch der Spruch nicht fehlen, dass man mit aller gebotenen Härte gegen die Täter vorgehen wird.

Die beiden festgenommenen „mutmaßlichen“ Prügel-Bubis, vermutlich psychisch gestört und Einzelfälle, wenn nichts mehr hilft, sind schon wieder auf freiem Fuß, wie ich lese. Passt doch genau ins Bild von Härte und Entschlossenheit. Morgen wird es wieder tönen: „Toleranz und Offenheit“. Dass das alles nicht zusammenpasst, sei's drum. Hauptsache, es hört sich toll an und man bekommt allseits

Beifall. Auf welchen Rücken die Probleme abgeladen werden und mit welchen Opfern das erkaufte wird, spielt anscheinend nicht die geringste Rolle mehr.

Nein, die politisch Verantwortlichen tun nicht nur nichts dagegen, sie befördern und vergrößern das Problem mit jedem weiteren Tag, an dem sie in Amt und Würden sind; und das ohne die geringste Ahnung, wie sie aus dem Karussell wieder aussteigen wollen.

Wir hatten vor 80 Jahren die Barbarei schon einmal hier. Anscheinend hat dieses Land daraus nicht viel gelernt. Will man dorthin wirklich zurück? Der Eindruck drängt sich auf, denn man tut wirklich alles dafür. Leider ist der große Kölner Ralph Giordano nicht mehr unter uns. Seine mahnende Stimme wäre heute nötiger denn je.

„Was hat die jungen Menschen so sehr vergiftet? Wo kommt ihr Judenhass her? Was hat dafür gesorgt, dass sie einen Menschen aus einer Gruppe heraus zusammenschlagen konnten?“

Ich möchte eine Antwort wagen und tippe mal darauf, dass hier ein Blick in gewisse nicht kleine Ecken der Umma sehr schnell weiterhelfen würde.

Bitte entschuldigen Sie die Härte meiner Worte, aber ich bin so wütend und verzweifle immer mehr an diesen ganzen Zuständen. Die Zerstörung ist in vollem Gange. Ich bin Jahrgang 1966 und kenne noch andere Zeiten. Die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes drehen sich nicht nur in ihren Gräbern um, sie rotieren.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (030) 23 32 88 60 (Aboverwaltung)

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(03222) 13 24 601



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau

COUPON
ABO-
BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung

«Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post

(J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Mit der Wahl der Grünen werden politische Lügen salonfähig

Die Grünen stehen für die Glorifizierung missglückter Lebensläufe bei gleichzeitiger Dämonisierung bürgerlichen Erfolgs. Alles, was wir von den Eltern über ein erfolgreiches Leben gelernt haben, stellen die Grünen in Frage. Die Grünen sind weniger eine Partei als eine innen rot gefärbte ideologische Kampfgruppierung mit dem Ziel des Systemsturzes und Zerstörung unserer westlichen Lebensart (JR).



Von Dushan Wegner

Sie fühlen sich gut, die Medien sind auf ihrer Seite - da kann man doch nicht falsch liegen, oder?

Die Aufnahmefähigkeit des Internet an Worten mag schier endlos sein, unsere Aufmerksamkeit ist es gewiss nicht. Ich will es also gleich zu Beginn dieses Textes vollständig sagen: Die Grünen sind mehr als eine Partei – die Grünen sind eine Lizenz zum Schlechtsein.

Ja, wir wissen, dass Grünen-Wähler (tagesspiegel.de, 18.7.2019) und -Politiker (focus.de, 17.5.2021) mehr und weiter in den Urlaub fliegen als die, denen sie genau dies vorwerfen. Es sind ja regelmäßig vorgebliche Öko-Aktivistinnen, die mit ihren Fernflügen angeben, nicht so sehr die AfD-Wähler – die sitzen doch oft tatsächlich lieber daheim, in der von Grünen realiter verachteten Natur, auf der von Linken so verhassten heimatlichen Scholle. Grüne verteidigen ihren Luxus-Lebensstil gegen die Armen (denen sie das Fliegen, das Autofahren und das Essen von Fleisch unbezahlbar und damit unmöglich machen wollen) – die Gegner der Grünen verteidigen schlicht ihr Leben, immer häufiger gegen die tödlichen Folgen linksgrünen Wahnsinns.

Ach, man könnte manche Seite füllen mit den Ausführungen, dass und wie die Grünen manche Eigenschaft füllen, vor denen die Weisen alter Zeiten warnten.

Es drängt sich geradezu auf, die Grünen für eine Reihe von Lasten und Eigenschaften des Bösen stehen zu lassen, vor denen in der Heiligen Schrift gewarnt wird. Hochmut, Habgier, Genusssucht, Rachsucht, Selbstsucht, Missgunst, Trägheit des Herzens. Man zeige mir nur eines der bösen Laster, für welche die Grünen nicht geradezu paradigmatisch stehen!

Ein Beispiel: Eine demokratische Initiative plakatiert aktuell vor den Grünen

warnende Plakate. Die Grünen haben zwar den kompletten Staatsfunk hinter sich (und das sogenannte „Verfassungsgericht“ hat eben erst den Grünen das Propagandabudget kräftig aufgestockt), doch das grüne Spitzenpersonal ist derart unfähig und skandalbelastet, dass ein paar kritische Plakate sie schon nervös machen können.

Boykott-Aufruf eines grünen Ministers

Wie aber verteidigen sich die Grünen? Mit Rachsucht, natürlich! Jan Phillip Albrecht, Allesmögliche-Minister von Schleswig-Holstein, ruft aktuell von seinem Minister-Account aus dazu auf, die Firma Ströer zu erpressen, gegen den Datenschutz zu verstoßen und die Daten des grünenkritischen Kunden offenzulegen – vielleicht damit Antifa-Schläger und andere undemokratische Kräfte sich rächen können?

„Wenn #Ströer nicht offenlegt, wer die von ihnen veröffentlichte Hetzkampagne gegen #Grüne finanziert hat, sollte dies in jeder Kommune und jedem kommunalen Unternehmen zum Anlass genommen werden, dieser Firma keine weiteren Aufträge mehr zu erteilen.“ (@JanAlbrecht, 11.8.2021)

Es ist wahrlich keine neue Erkenntnis, dass die Grünen zu wählen eine Art „Ablasshandel“ ist. Der Vielflieger und Hummeresser, der in seinem Reichen-ghetto lebende SUV-Fahrer, und alle, die nicht-nur-heimlich gern so einer wären, sie wählen die Grünen, um sich so von ihrer Schuld „freizukaufen“ – soweit, so bekannt.

Es wird aber immer offensichtlicher, dass die Grünen nicht nur eine Art Ablass

für „Umweltsünden“ darstellen. Wir kennen ja das Konzept „Greenwashing“ im Konzernmarketing: Unternehmen sponsern ein paar ökologische Aktionen oder Projekte, um all ihre anderen Schweinereien vergessen zu lassen. Die These sei gewagt, dass die Grünen eine Art Ablass für alle möglichen weiteren Laster sind. Mit den Grünen wird es salonfähig, dumm zu sein. Dank der Grünen kann man es als moralisch verkaufen, Zusammenhänge und tatsächliche Folgen zu ignorieren. Das wirkliche Produkt der Grünen ist das Greenwashing des Bösen. Ihre Betrugsfälle und Skandale bewegten Baerbock nicht zum Rücktritt – und damit dient sie allen Grünen-Wählern als Vorbild und Legitimierung zugleich: Wen interessiert, dass du ein Betrüger bist, wenn du doch im Auftrag der Moral unterwegs bist?

Es sind Grünen-Sympathisanten, welche heute ganz offen ihre Lust an Ausgrenzung von Abweichlern und Andersartigen zelebrieren. Es sind Grünen-Sympathisanten, welche heute wie die Wiedergeburt des Faschistengeistes von einst klingen, nur eben jetzt mit Smartphones und Twitter. CDU-Politiker werden ja gelegentlich bei einigermaßen nachvollziehbaren „Geschäften“ erwischt – die Dinge allerdings, bei denen Grünen-Politiker (und gelegentlich die von der SPD) immer wieder erwischt werden, die offenbaren ganz eigene Abgründe.

Die Grünen sind viel mehr als eine Partei – die Grünen sind eine Lizenz zum Schlechtsein. Ich würde mich selbst als einen fehlbaren Menschen bezeichnen, der ehrlich versucht, seltener schlecht und häufiger gut zu sein – und damit bin

ich ein Anti-Grüner: Ich erlebe Grüne immer wieder als freiwillig und lustvoll böse Menschen, die sich erfolgreich einreden, moralisch gut zu sein.

Zu viele Grüne sind böse Menschen, die sich für gut halten – und sich also nicht bemühen müssen, die eigenen Handlungen wie auch Gedanken zu prüfen, um das Denken wahrhaftiger und die Handlungen besser werden zu lassen.

Es geht hier schon lange nicht mehr (nur) um Politik!

„Das Private ist politisch“, sagten einst die Grünen, und meinten damit in der Praxis, dass sie die unreflektierte, rohe Emotionalität zum ultrapopulistischen politischen Werkzeug machten. Hier aber gilt die umgekehrte Richtung: Das Politische greift ins Private ein, und stellt uns die Frage: Wer bist du?

Die Lüge zur Wahrheit erklären

Die Antwort aber muss für mich zumindest lauten: Ich will das Gegenteil dessen sein, wofür Grüne stehen! Ich will die Wahrheit suchen, nicht die Lüge zur Wahrheit-des-Tages erklären. Ich will täglich klüger sein – oder zumindest weniger dumm als gestern – statt meine Dummheit moralisch zu verklären.

Seid nicht wie die Grünen! Bleibt anständig, meidet die Bosheit und die Rachsucht, legt die Selbstsucht ab und die Trägheit des Herzens.

Seid nicht wie die Grünen – seid wahrhaftig in allen Dingen!

Lasst uns erneut Shakespeare zum Zeugen rufen (Hamlet, 1. Akt, 3. Szene), wenn er den Polonius sagen lässt: „This above all: to thine own self be true“ – „dies über allem: zu dir selbst sei wahrhaftig“.

Carlebach-Synagoge in Lübeck wiedereröffnet: Schusters Ablenkung und die Gemeinde als Zaungast

Es war kaum noch eine Feier für Juden zu nennen. Die Lübecker Gemeinde, in der unsere Autorin aufgewachsen ist, war mehr Zuschauer als Teilnehmer. Selbst einige Gemeindemitglieder, die den Holocaust überlebt haben, mussten außen vor bleiben. Wie üblich redete Zentralratschef Josef Schuster bei den Feierlichkeiten um den heißen Brei und vermied es entgegen allen objektiven und erlebten Erfahrungen den Islam als die Hauptursache des gegenwärtigen hiesigen Antisemitismus klar zu benennen (JR).

Von Michal Kornblum

Am 12. August wurde die Lübecker Carlebach-Synagoge mit einem Festakt nach langjährigen Sanierungs- und Restaurierungsarbeiten wiedereröffnet. Die ursprünglich im maurischen Stil und mit Kuppel erbaute Synagoge wurde erstmals im Jahre 1880 eröffnet und blieb während der Pogromnacht 1938 vor einer kompletten Zerstörung verschont, wurde jedoch geschändet und verwüstet. Bekannt wurde die Lübecker Synagoge erneut in den 90er Jahren, als es 1994 und 1995 Brandanschläge mit Molotowcocktails auf das Synagogengebäude gab, die die ersten Brandanschläge auf eine Synagoge in Deutschland seit der Nazizeit darstellten.

Die denkmalgeschützte Synagoge war im Laufe der Zeit stark baufällig geworden, einige Gebäudeteile drohten einzustürzen. Deswegen wurde 2014 mit den Bauarbeiten an der Synagoge begonnen. Die gesamte Sanierung der Synagoge kostete 8,4 Mio. €, die von Bund, Land und Stiftungen sowie Spendern getragen wurden, und dauerte sechs Jahre.

Die Feier zur Wiedereröffnung der Synagoge konnte zunächst aufgrund der Corona-Maßnahmen nicht wie geplant im Jahre 2020 stattfinden und wurde nun nachgeholt. Unter den geladenen Gästen waren neben bekannten Persönlichkeiten der Stadt Lübeck u.a. Dr. Josef Schuster (Präsident des Zentralrats der Juden), Prof. Monika Grütters (Kulturstaatsministerin), Daniel Günther (Ministerpräsident Schleswig-Holstein), der Landesrabbiner Dov-Levi Barsilay und einige Bundes- und Landtagsabgeordnete. Auch angereist sind Nachfahren von Rabbiner Carlebach, der der erste Rabbiner der Lübecker Synagoge war, und dessen Namen sie heute trägt.

Hochsicherheits-Festakt

Die umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen zum Festakt begannen bereits damit, dass die gesamte Straße für PKWs gesperrt wurde und auch Fußgänger nur mit triftigem Grund die Straße passieren durften, es wurden zahlreiche Polizeibeamte und auch Sprengstoffspürhunde eingesetzt.

Nach dem feierlichen Einlass der Gäste und dem Anbringen der Mesusot an den Eingängen der Synagoge, fand die Veranstaltung im prachtvollen Gebetsaal statt. Einige der Ehrengäste hielten Reden, die sich inhaltlich sehr ähnelten und neben der Freude über die Eröffnung der Synagoge den erstarkenden Antisemitismus in Deutschland thematisierten und daraus die Notwendigkeit eines stärkeren Einsatzes gegen Rechtsextremismus ableiteten. Hervorzuheben ist die Rede des Landesrabbiners Dov-Levi



Die renovierte Carlebach-Synagoge in der Ostsee-Stadt Lübeck

Barsilay, der über das Priestertum im Judentum sprach und die Bedeutung der Erziehung und Bildung nachfol-



Staatskonform bis zur Selbstaufgabe: Zentralratschef Josef Schuster

gender Generationen betonte.

Der Präsident des Zentralrats der Juden, Dr. Josef Schuster, äußerte, dass die Synagoge ein Schmuckstück sei. Auch in seiner Rede lag der Schwerpunkt auf dem aktuell wachsenden Antisemitismus und der Frage, was man dagegen tun könne. Die Ausschreitungen auf deutschen Straßen im Mai dieses Jahres erwähnte Dr. Schuster kurz, und auch, dass es damals Menschen mit muslimisch-arabischem Hintergrund seien. Jedoch hält er den Antisemitismus von rechts für am gefährlichsten. Er sehe große Gefahren in der AfD und in

den aktuellen „Corona-Demos“. „Das gemeinsame Ziel aller Demokraten muss es zudem sein, dass die AfD wieder aus den Parlamenten verschwindet,...denn sie hat in unseren Parlamenten nichts, aber auch wirklich gar nichts verloren.“ Dies begründete der Präsident des Zentralrats der Juden damit, dass die AfD daran arbeite, die Demokratie auszuhöhlen, die politische Kultur in unserer Gesellschaft zu diskreditieren und Minderheiten wie Muslime und Asylbewerber ächtet. Dr. Schuster befürwortet stark das „Demokratiefördergesetz“, um zivilgesellschaftliche Organisationen (finanziell) zu unterstützen. Abschließend wünschte sich Dr. Schuster, dass solche Veranstaltungen und auch das tägliche Gemeindeleben vielleicht in der Zukunft ohne Polizeischutz möglich seien.

Untermalt wurde der Festakt mit Gesang und Klezmermusik.

Gemeindeälteste – darunter Schoah-Überlebende – waren nicht eingeladen

Als Mitglied der jüdischen Gemeinde Lübeck, das wortwörtlich seine ersten Schritte in dieser Synagoge gemacht hat, erlaube ich mir eine persönliche Meinung:

Zunächst freue mich mich sehr, dass die wirklich wunderschöne Synagoge nach Jahren von Gebeten in Kellerräumen wieder für Gebete und

Gemeindeveranstaltungen zur Verfügung steht. Als eine der wenigen, nicht während der Nazizeit komplett zerstörten Synagogen in Deutschland erstrahlt sie nun in alter Schönheit mit neuem Glanz. Jedoch halte ich es für schade und falsch – Corona-Abstandsregelung hin oder her –, dass bei der Eröffnungsfeier kaum Gemeindemitglieder eingeladen waren. Es war mehr eine Feier der politischen und gesellschaftlichen Akteure, als dass die jüdische Gemeinschaft Lübecks einbezogen und willkommen war. Insbesondere hätten aus Respekt die Gemeindeältesten – viele von Ihnen sind auch Schoah-Überlebende – und Kinder und Jugendliche als Zeichen der Zukunft eingeladen werden müssen. Es war weniger eine Feier für Juden als mehr eine über Juden.

Auch missfallen hat mir der rote Faden des Rechtsextremismus als Ursache des Antisemitismus bis hin zu der Hetze gegen Parteien und politische Einstellungen. Zum einen ist dies weder Ort noch Zeit, um seine politische Agenda durchzudrücken und immer und immer wieder das stärkere notwendige (finanzielle) Engagement im Kampf gegen Rechts zu betonen, zum anderen ist es im besten Fall Augenwischerei und im schlechtesten eine dreiste Lüge vom gefährlichsten Antisemitismus von rechts zu sprechen, wenn die Zahlen des AJC beispielsweise 31 % islamistische und 14 % rechtsextreme antisemitische Vorfälle zeigen.

Wenn wir in dieser Debatte nicht anfangen Tacheles zu reden, werden wir nicht weniger – wie es sich der Präsident des Zentralrats der Juden wünscht – sondern immer mehr Polizeischutz für jüdisches Leben in Deutschland brauchen.

Feministischer Antifeminismus: Wie mit dem von grün und links erfundenen Begriff „Femizid“ das Problem der islamischen Ehrenmorde verharmlost werden soll

Für den staatstragenden Mainstream-Feminismus stellen islamgenerierte Ehrenmorde – wie der Anfang August in Berlin durch zwei afghanische Männer begangene – in erster Linie lästige Störungen ihrer Integrationslegende dar. Mit begrifflichen Verrenkungen und rhetorischen Kniffen wird krampfhaft versucht, den islamischen Kontext dieser Taten auszuklammern (JR).

Von Nico Hoppe

Am 6. August 2021 wurde bekannt, dass es in Berlin abermals einen Ehrenmord, durchgeführt von zwei afghanischen Männern, gegeben habe. Anstatt jedoch eine Debatte über die Ehrvorstellungen islamisch sozialisierter Männer und die Möglichkeiten der Verhinderung solcher Taten zu sprechen, übte sich die deutsche Linke lieber im Mäkeln über den Begriff des Ehrenmords. Dabei ist es beinahe überraschend, dass ein Ehrenmord in Deutschland überhaupt wieder überregionale Aufmerksamkeit auf sich zieht. Zwar hat sich der Begriff spätestens seit dem medial vielbeachteten Mord an der 28-jährigen Hatun Sürücü im Jahr 2005 etabliert; eine rege Berichterstattung oder offizielle Zahlen zu Ehrenmorden in Deutschland gibt es hingegen nicht: Allein auf der Internetseite ehrenmord.de findet sich ein sorgfältig recherchiertes Archiv der Ehrenmorde in Deutschland. Für die jüngste Vergangenheit zählt die Webseite zwischen 30 und 60 Ehrenmorde pro Jahr, wobei die Zahl seit 2015 merklich angestiegen ist. Die Dunkelziffer mag allerdings weit darüber liegen: Selbst, wenn ein Ehrenmord nicht unter dem Radar bleibt, weil das Opfer beispielsweise zuerst in ein anderes Land verschleppt wurde, lässt sich das Motiv oft nicht eindeutig feststellen.

Auch unter der Voraussetzung, dass man seinen Blick nur auf Deutschland richtet und damit beispielsweise von Ländern wie Pakistan absieht, in denen Ehrenmorde noch ein weit größeres Problem darstellen, gäbe es also allen Grund, einen Ehrenmord nicht nur als alle paar Jahre auftretenden Extremfall abzutun. Ausgerechnet aus dem Dunstkreis des Feminismus werden jedoch sogar Versuche unternommen, den Terminus mit fadenscheinigen Begründungen als rassistisch und frauenfeindlich zu etikettieren.

Unausweichliche Irrtümer

In der sprachmagisch verzerrten Weltanschauung der postmodernen Linken kommen den Begriffen selbst bereits rassistische Eigenschaften zu, wenn sie vermehrt von angeblichen „Rassisten“ verwendet werden. Da es tatsächlich meist konservative Politiker oder Publizisten sind, die Ehrenmorde erwähnen und im Kontext ihres kulturellen Auftretens kritisieren, lautet die linksliberale Lehrmeinung, es könne sich nur um einen rechten, rassistischen Stereotype wachsenden Kampfbegriff handeln.

Ein ähnlich obskures Argument lautet, dass, wer von Ehrenmorden spricht, sich mit dem Weltbild der Täter gemein mache, denn von Ehre in Zusammenhang mit einem Mord zu reden, verbiete sich. Suggestiert wird also, der Terminus Ehrenmord habe affirmativen Charakter, obwohl „Ehre“ beziehungsweise die Verletzung des Ehrgefühls schlicht das Tatmotiv bezeichnet und damit keine Verteidigung eines Mordes als „ehrenvoll“ impliziert.



Im August 2021 fand ein islamischer Ehrenmord an einer Frau aus dem Burka-Land Afghanistan mitten in Berlin statt. „Integrationsministerin“ Elke Breitenbach will den islamischen Kontext der Tat schnell unter den Teppich kehren.

Den positiven Bezug auf den Ehrbegriff im Besonderen scheinen sich die dezidiert progressiven Kritiker der Rede vom Ehrenmord und gewalttätigen Muslime demnach sogar zu teilen – was genau genommen kaum verwundern dürfte: Auf Ehre, also auf zur Aggressivität neigende Überempfindlichkeit als Persönlichkeitsmerkmal, pochen vor allem diejenigen, die ihr permanentes Gekränkt-Sein zur alltäglichen Attitüde in einer als feindlich wahrgenommenen Umgebung stilisiert haben – freilich ohne zu bemerken, dass sie ihre eigenen Allmachtsphantasien nur auf die sie umgebende Umwelt projizieren. Die Gedankenwelten sowohl der progressiven, hypersensiblen Linken als auch vieler leicht kränkbarer Muslime liegen in der Hinsicht nicht weit auseinander.

Karl Kraus sagte einmal über die Überflüssigkeit des Ehrgefühls: „Die Ehre ist der Wurmfortsatz im seelischen Organismus. Ihre Funktion ist unbekannt, aber sie kann Entzündungen bewirken. Man soll sie getrost den Leuten abschneiden, die dazu inklinieren, sich beleidigt zu fühlen.“

Ehre benannte immer nur die moralische Selbstbehauptung jener, die sich salbungsvoll von denen abgrenzen wollen, die als unehrenhaft, anstandslos und verkommen gelten. Dass das Konzept einer persönlichen, unantastbaren und dadurch leicht verletzlichen Ehre in der Bildung und Erziehung westlicher Länder kaum noch eine Rolle spielt, ist eine zivilisatorische Errungenschaft, die in der islamischen Sozialisierung bisher nicht Einzug gehalten hat, sondern dort sogar noch auf die komplette Familienbande übergreift. Darin liegt die Wurzel der wahnhaften Annahme,

die Familienehre könne durch Ermordung jener Personen gerettet werden, die sich „ehrverletzend“ verhalten haben, weil sie als selbstbestimmt lebende Frauen oder homosexuelle Männer aus dem archaischen Glaubensvorstellungen verhafteten Umfeld ausbrechen wollen, in das sie hineingeboren wurden.

Ein politisch korrekter Deckbegriff

Die Berliner Integrationsministerin Elke Breitenbach gab nach dem Bekanntwerden des Ehrenmordes an der 34-jährigen Afghanin zu Protokoll: „In Deutschland wird jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Das ist kein Ehrenmord, das ist Femizid.“

Breitenbach hat damit adaptiert, was vor ihr schon zahllose andere linke Politiker als sicheres rhetorisches Manöver vorgemacht haben: Was nicht mehr beschwiegen werden kann, muss nur in den passenden Rahmen integriert werden, damit es sich umso besser ignorieren lässt.

Der Begriff des Femizids findet seit Jahren Verwendung, um die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts zu bezeichnen. Er umfasst damit sowohl Phänomene wie häusliche Gewalt oder Vergewaltigung mit Todesfolge als auch das gezielte Abtreiben von weiblichen Föten und ergibt Sinn, insofern er die konkret frauenfeindliche Motivation von Taten in den Vordergrund rückt, die sonst im schlimmsten Fall mit unglücklichen Formulierungen wie „Beziehungsdrama“ bedacht werden.

Grundsätzlich nicht mehr von Ehrenmorden zu sprechen und diese un-

ter einen konturlosen Oberbegriff zu subsumieren, läuft gleichwohl auf die Relativierung der aus Kränkung und Strafbedürfnis begangenen Morde im islamischen Milieu hinaus. Wenn der florierende Trend-Begriff des Femizids nur dazu benutzt wird, Gewalt gegen Frauen kontextlos in einen Zusammenhang von angeblich überall gleicher, männlich-patriarchaler Herrschaft über Frauen zu stellen, liegt sein Zweck allein darin, ein propagandistisches Vehikel des feministischen Kulturrelativismus zu sein. Was als begriffliche Einheitslösung daher kommt, verdeckt letztlich die kulturellen und sozialen Spezifika von Gewalt gegen Frauen: Der kultursensible, in der Konsequenz längst antifeministische Feminismus kann noch so oft die traurige Tatsache akzentuieren, dass geschlechtsspezifische Gewalt auch in Deutschland alltäglich ist.

Solange er nicht den Unterschied erkennt zwischen einem Deutschen, der seine Ex-Freundin erschlägt, und einer islamischen Familie, die sich darauf einigt, ihre Tochter umzubringen, weil sie die Familienehre mit ihrem Lebensstil verletzt, läuft er darauf hinaus, im Einklang mit Politik und Medien weiter daran zu laborieren, die negativen Folgen des Islam auf die westliche Frauenemanzipation zu verbrämen. Von einem Feminismus, der gar nicht mehr anecken will und sich seiner Rolle als modischer, staatstragender Ideologielieferant bravourös eingliedert, ist nichts mehr zu erwarten. Hauptsächlich Leidtragende dieser allgemeinen Tendenz zur Verstummung vor dem Islam bleiben Frauen, Juden und Homosexuelle.

Der Staat gegen seine Bürger: Der unglaubliche Fall des durch einen 2015 zugewanderten Syrer getöteten Marcus Hempel in Wittenberg

Es hat bereits System: Angeblich sucht nahezu kein Opfer-Angehöriger in Deutschland die Öffentlichkeit. Opfer sollen anonym bleiben, um eine Solidarisierung zu vermeiden und Emotionen gegen die zumeist islamischen Täter zu verhindern. Ein Vater, dessen Sohn 2017 in Wittenberg durch einen Syrer zu Tode kam, durchbrach diese Schweigespirale – sein Leidensweg mit dem gegen ihn und für den Täter arbeitenden Staat sind erschreckend. Obwohl der bereits in zahlreiche Gewaltdelikte verwickelte Täter erst kurz vor der Tat bereits in einem anderen Fall wegen vermeintlicher „Notwehr“ freigesprochen worden ist, stand für die Staatsanwaltschaft auch in diesem Fall bald fest: „Notwehr mit tragischer Todesfolge“. Der Vater des Opfers wehrt sich gegen dieses falsche Urteil, das in völligem Widerspruch zu den Videoaufnahmen von der Tat steht – und wird wohl auch deshalb noch vom Staatsschutz als angeblicher „Gefährder“ bedrängt (JR).

Von Karsten Hempel

Täglich gibt es im „sichersten Deutschland aller Zeiten“ Opfer von Gewalt jeglicher Art zu beklagen.

Eines dieser Opfer ist mein Sohn Marcus. Er war mein einziges Kind. 22 Tage nach seinem 30. Geburtstag, am 29. September 2017 wurde Marcus vor dem Arsenal-Einkaufszentrum in Wittenberg von dem 2015 nach Deutschland gekommenen syrischen Asylbewerber Sabri H. mit mehreren Schlägen totgeschlagen. Das absolut Perverse an diesem Fall ist, dass es ein Video von der Tat gibt, was jedoch von der Justiz in Sachsen-Anhalt nahezu völlig – jedoch mutmaßlich mit Absicht – vernachlässigt wurde.

Ich möchte Ihnen erzählen, was ich seit diesem Tag mit der Justiz und den Behörden in Sachsen-Anhalt erleben musste und auch jetzt, fast vier Jahre nach der Tat, noch weiter erleben muss.

Die ganze Tat wurde vom Anfang bis zum Ende von einer Überwachungskamera – ohne Ton – aufgenommen. Man sollte meinen, für eine rechtsstaatlich und unabhängig handelnde Staatsanwaltschaft und Justiz seien dies sehr gute Voraussetzungen, um den Täter schnell nach geltendem Gesetz zu bestrafen. Nicht so in Deutschland und nicht so bei diesem Fall.

Die erste Falschbehauptung

Schon drei Tage nach der Tat veröffentlichte die Staatsanwaltschaft Dessau unter der Leitung des damaligen Oberstaatsanwaltes Bittmann eine Pressemitteilung zum Tathergang, die mit jedem Märchen der Gebrüder Grimm mithalten kann. Diese sogenannten Fachleute waren der Meinung, dass der Asylbewerber in Notwehr gehandelt habe. Das war die erste Falschbehauptung in diesem Fall, denn es gab bereits am 1. Oktober 2017 eine Pressemitteilung der Polizei dazu. In dieser Pressemitteilung wird der Tatablauf so geschildert, wie er auf dem Video zu sehen ist. Diese Pressemitteilung stimmt mit den auf dem Video zu sehenden Handlungen überein, ist aber damit völlig gegensätzlich zur Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Dessau. Bemerkenswert ist an diesem Punkt, dass die Polizei keine gemeinsame Pressemitteilung mit der Staatsanwaltschaft Dessau veröffentlicht hat, was sonst in solchen Fällen üblich ist.

Genau durch diese erste Falschbehauptung des Oberstaatsanwaltes Folker Bittmann, wurde aus diesem Fall erst ein Politikum – und das ist dieser Fall bis heute geblieben. Besonders beschämend, feige und heuchlerisch ist hierbei, dass die von Herrn Bittmann veröffentlichte falsche Darstellung des Tatablaufes, sogar noch

vom Generalstaatsanwalt des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, Jürgen Konrad, und der sachsen-anhaltinischen Justizministerin Anne-Marie Keding (CDU) gedeckt wurden, indem beide sich schützend vor Herrn Bittmann stellten und seine Einschätzung teilten. Sowohl der Generalstaatsanwalt als auch die Justizministerin nahmen damit auch ganz bewusst in Kauf, dass Sie als Vertreter des Justizministeriums Sachsen-Anhalt am 10. November 2017, als dieser Fall im Rechtsausschuss des Magdeburger Landtages besprochen wurde, die anwesenden Abgeordneten mit Falschaussagen und Lügen zu diesem Fall „informierten“.

Die Justizministerin berichtete den Abgeordneten unter anderem folgendes:

- Der Deutsche habe nach einer verbalen Auseinandersetzung den Syrer zweimal gezielt mit der Faust geschlagen (gelogen)

- Daraufhin habe der Syrer einmal zurückgeschlagen und der Deutsche sei gestrauchelt und zu Boden gefallen (gelogen)

- Der Generalstaatsanwalt berichtet dann: das deutsche Paar wäre vor dem Kaufhaus auf die Gruppe Syrer getroffen und hätte diese zu diesem Zeitpunkt beleidigt. (gelogen)

- Der Generalstaatsanwalt berichtet auf explizite Nachfrage eines Abgeordneten – das spätere Opfer habe eindeutig zuerst zwei gezielte Faustschläge ausgeführt – auch das ist gelogen,

denn das Video zeigt etwas anderes, es zeigt die Wahrheit und die stimmt mit dem, was man den Abgeordneten erzählt, in keiner Weise überein. Man hat also die Abgeordneten im Rechtsausschuss bewusst und vorsätzlich angelogen. Allein das ist schon ein Skandal und hat mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun.

An dieser Stelle stellte sich für mich als Opferangehöriger dann die Frage, wofür wir Generalstaatsanwälte und Justizminister brauchen, wenn diese als leitende Behörden – und Vorbilder

1. ihren Aufsichtspflichten über Staatsanwälte nicht nachkommen,

2. Falschaussagen stützen und sogar weiterverbreiten,

3. den auf dem Video zu sehenden Tathergang bewusst falsch darstellen, und damit vorsätzlich lügen.

So frage ich mich, wem soll ich als Opfer einer Straftat oder als Opferangehöriger einer Straftat, hier in diesem Land noch glauben und vertrauen?

Ich sage Ihnen aus meinen gemachten Erlebnissen, dass in Deutschland nicht die Gesetze das Problem im Justizbereich sind, sondern die Leute, die diese Gesetze anwenden und auch umsetzen sollen. Wie ist es möglich, dass in einem Rechtsstaat solche wichtigen Positionen

mit solchen verantwortungslosen Personen besetzt sind? Das sind genau die



Auf dem Video von der Tat ist klar erkennbar, von wem der Streit ausging und wer den ersten Schlag tat.

Personen, die mit ihrem verlogenen Handeln Mitschuld an den vielen Opfern in Deutschland haben. In meinen Augen ist das ein gewaltiger Justizskandal!

Zweimal Notwehr hintereinander?

Selbst im Dezember 2017 hielten die sogenannten Experten der Staatsanwaltschaft Dessau noch an ihrer Notwehrthese fest – es schien ja bisher mit der These Notwehr immer gut zu funktionieren, denn erst acht Tage vor der Tat gegen meinen Sohn wurde eine Strafanzeige gegen den Täter von der Staatsanwaltschaft Dessau aufgehoben. Begründung: der spätere Täter habe auch in diesem Fall in Notwehr gehandelt! Ich bin mir sehr sicher, dass der Fall im März/April 2018 als Notwehrhandlung ohne eine Verhandlung zu den Akten gelegt worden wäre, wenn es nicht diesen Menschen gegeben hätte, der mich im Februar 2018 anrief und ganz vorsichtig fragte: „Herr Hempel, können wir Ihnen helfen?“ Dieser Mensch war Thomas Höse von der Landtagsfraktion der AfD Sachsen-Anhalt und ich bin ihm sehr, sehr dankbar, dass er den Mut dazu hatte. Daraufhin gab es ein Treffen mit drei weiteren Landtagsabgeordneten der AfD. Als diese Abgeordneten sich dann das Video anschauten, merkten sie erst einmal, was sie für Lügen im Rechtsausschuss vom Generalstaatsanwalt und der Justizministerin aufgetischt bekommen hatten. Ich hatte zum ersten Mal überhaupt das Gefühl, dass sich jemand für diesen Fall und meine damit verbundenen Sorgen und Nöte interessiert. Von anderen Parteien hat mein Fall bis heute niemanden interessiert, man kann fast sagen, dass für diese mein Fall überhaupt nicht existiert. Nur durch die Hilfe der AfD Sachsen-Anhalt wurde dieser Vorgang nicht als Notwehrhandlung zu den Akten gelegt.

In diesem Fall ging es der Justiz nicht um Wahrheitsfindung, sondern um den Schutz des Täters. Es wurde gelogen und

blockiert, wo immer es geht. Allein 12 Monate musste ich kämpfen, bis es überhaupt zu einer Anklage kam, und das in einem Land wo ständig von „Rechtsstaatlichkeit“ gesprochen wird!

Drei weitere Falschbehauptungen brechen in sich zusammen

Der mit der Anklage beantragte Haftbefehl wurde mit folgenden Begründungen abgelehnt:

- Täter wohnt noch bei den Eltern.
- Täter geht zweimal in der Woche zum Fußballtraining und spielt am Wochenende für seinen Verein.

- Täter hat eine Lehre angefangen.

Man stellte den Täter als gut „integrierten“ und reumütigen Menschen dar, der sogar noch nach der Tat an einem Förderprojekt des Landes Sachsen-Anhalt teilnahm. Tatsächlich dienten diese Begründungen nur zur Ablehnung des beantragten Haftbefehles. Im Prozess stellte sich dann ganz schnell heraus, dass er die Lehre geschmissen hat, für den Fußballverein nicht mehr aktiv ist und mittlerweile auch nicht mehr im Elternhaus lebt.

Fünf von meinem Anwalt beantragte Altersfeststellungen wurden abgelehnt, mit der Begründung – vom Täter würden alle Dokumente vorliegen. Selbst auf mehrere Anfragen der AfD wurde von Seiten des Justizministeriums bestätigt, dass vom Täter originale Dokumente vorliegen. Der Prozess wurde in dieser Zeit bereits zweimal verschoben. Dann, unmittelbar vor dem ersten Prozesstermin beschloss das Gericht den Prozess erneut zu verschieben, um doch noch eine Altersfeststellung durchzuführen. Begründung: Vom Täter liegen keine originalen Dokumente vor!

Diese durchgeführte Altersfeststellung ergab dann, dass der Täter ein Alter von mindestens 13 Jahren, jedoch höchstens 27,2 Jahren hat. Damit konnte man – und das wollte man ja auch nicht wirklich – ihm seine Altersangabe (17 Jahre zum Tatzeitpunkt) nicht widerlegen. Eine von meinem Anwalt geforderte, neuere und genauere Methode zur Altersfeststellung wurde vom Gericht abgelehnt. Somit begann dann der Prozess 29 Monate (!) nach der Tat im Jugendstrafrecht und damit unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Prozess selbst – es waren neun Prozesstage angesetzt – war nichts weiter als ein Scheinprozess, in erster Linie, um die Öffentlichkeit und die Medien zu beruhigen. Im Verlauf des Prozesses merkte man sehr schnell, dass es hier nicht um Wahrheitsfindung geht, sondern darum pro forma ein paar Prozesstage zu absolvieren. Das Auftreten der Richterin Seydel ließ das sehr schnell erkennen, denn das Tat-Video als wichtigstes Beweis-

mittel fand nahezu keine Beachtung und wurde nie richtig ausgewertet. Es war nicht einmal angemessene Abspieltechnik für das Video im Gericht vorhanden, so dass ich am zweiten Verhandlungstag meinen eigenen Laptop mitbringen musste, um das Beweisvideo abspielen zu können. Ein Antrag, zeitgemäße Abspieltechnik zu besorgen, wurde vom Gericht mit der Begründung abgelehnt, das dafür im Land keine finanziellen Mittel vorhanden seien.

Lachen, Gleichgültigkeit und ungehörte Zeugen

Von Seiten des Verteidigers wurde reichlich gelacht, insbesondere beim Abspielen der Szene mit den tödlichen Schlägen. Der Staatsanwalt Uwe Hornburg war da, weil er da sein musste – ein Passant von der Straße wäre wahrscheinlich engagierter gewesen. Die bis dahin ermittelnde Oberstaatsanwältin wurde kurzfristig vor Prozessbeginn ausgetauscht. Die einzige nennenswerte Aktion des Staatsanwaltes war es, den Strafverteidiger bereits am vierten von den neun angesetzten Prozessstagen, regelrecht um eine Verständigung, man kann fast sagen, anzubetteln.

Dieses Angebot zur Verständigung wurde zu diesem Zeitpunkt vom Verteidiger komplett abgelehnt.

Alle Prozessteilnehmer wussten, dass dann der fünfte Prozessstag bereits der letzte sein würde – nur die Nebenklage wusste das nicht. Meinem Anwalt wurde auf Anweisung der Vorsitzenden Richterin Seydel bereits früh der Zutritt zum Gericht verwehrt, mit der Begründung er sei ein belgischer Anwalt. Erst nach heftigem Protest wurde ihm der Zugang zum Gerichtsgebäude und damit zur weiteren Teilnahme am Prozess gestattet. Gleich nach Eröffnung der Verhandlung verkündete der Verteidiger des Täters voller Stolz, dass man sich mit dem Staatsanwalt bereits am Vortag (!) bezüglich des Urteils verständigt hat. Ich sage auch deshalb Scheinprozess, weil bereits die Vorsitzende Richterin davon wusste – denn auf die Nachfrage, was denn mit den geladenen Zeugen sei, teilte sie mit, dass sie alle weiteren Zeugen bereits abgeladen hatte. Die Krönung ist, dass selbst die ermittelnde Kriminalbeamtin abgeladen wurde und somit nichts zur Tat und ihren Ermittlungen aussagen konnte!

Der Täter gab zu, dass es keine Notwehr war

Das Urteil war dann schnell gesprochen – 2 Jahre Bewährung und 120 Arbeitsstunden für die Tötung eines Menschen, und dass obwohl der Täter in seinem Geständnis zugab, nicht aus Notwehr, sondern aus Wut zugeschlagen zu haben! Dieses Urteil für einen Täter, der es immerhin schaffte vor der Tat gegen meinen Sohn in nur eindreiviertel Jahren in Wittenberg an acht (!) Körperverletzungsdelikten zumindest beteiligt zu sein, ist dieses Urteil wie ein Freispruch zu werten.

Natürlich bin ich mit meinem Anwalt in Revision gegangen und wir haben alle Unterlagen fristgerecht bis Mitte September 2020 beim Bundesgerichtshof eingereicht. Bereits mit Beschluss vom 3. November 2020 aber wurde die Revision vom BGH als unbegründet verworfen.

Eine daraufhin beim BGH eingereichte Anhöhrungsrüge wurde ebenfalls sehr schnell abgelehnt. Momentan ist der Stand so, dass wir Anfang 2021 beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde eingelegt haben und auf eine Entscheidung warten.

Und gerade, wenn Sie denken, Sie haben bereits alles an Demütigungen und Schikanen in diesem Land durchlaufen, dann kann ich Ihnen sagen: Es geht immer noch viel schlimmer, denn in diesem



Vater mit Sohn

Land gibt es nach unten keine Grenzen und keine Hemmschwellen mehr.

Der Staatsschutz gegen das Opfer

Am 16. Dezember 2020 bekam ich auf meiner Arbeitsstelle Besuch – Besuch vom Staatsschutz! Man hielt mir eine Gefährderansprache und drohte mir mit mehrtägiger Ingewahrsamnahme, sollte ich die öffentliche Ordnung und Sicherheit stören. Begründet wurde die Gefährderansprache von den Herren, dass ein anonymes Hinweis vorliegen würde, dass ich den Totschläger Sabri H. gesundheitlich schädigen wolle bzw. Leute dazu anstiften wolle.

Gleich am 19. Dezember 2020 schickte mein Anwalt einen Verwaltungsrechtlichen Widerspruch an die Polizeiinspektion Dessau-Roßlau, weiterhin wurde Akteneinsicht durch meinen Anwalt beantragt. Nach Erhalt der Akteneinsicht stellte sich heraus, dass sich die Polizei bereits am 21. Dezember 2020 – fünf Tage nach der Gefährderansprache – intensiv mit dem Thema beschäftigt hat. Die Sachgebietsleiterin Recht/Personal schrieb am 21. Dezember 2020 an die Dezernentin Recht der Polizeiinspektion Magdeburg, dass man in diesem Fall ganz kleine Brötchen backen sollte und versuchen sollte, die Kuh vom Eis zu bekommen.

Das heißt, man wusste bereits zu diesem Zeitpunkt – fünf Tage nach erfolgter Ansprache, dass etwas aus dem Ruder gelaufen ist. Dennoch machte es den beteiligten Personen offenbar Vergnügen, mich weiter großem psychischem Druck auszusetzen, denn die Gefährderansprache wurde erst mit Schreiben vom 1. März 2021 zurückgenommen.

Begründung: Eine ausreichend konkretisierte Gefahrenlage war vorliegend nicht nachweisbar gegeben! Die Voraussetzungen für den Erlass einer Verbotserfügung lagen somit nicht vor. Die erlassene Verfügung vom 16. Dezember 2020 war mithin rechtswidrig und wird zurückgenommen.

In den erhaltenen Akten zur Gefährderansprache wurden die entscheidenden Seiten – Name vom Auftraggeber des LKA und der Name des Informanten – geschwärzt. Angeblicher Grund dafür war der Schutz des Informanten. Ich frage mich, geht es hier wirklich nur um den Schutz des Informanten, oder geht es in Wirklichkeit um den Schutz der Person vom LKA, die diese Gefährderansprache angewiesen hat, ohne jedoch die Beweislage zu prüfen und damit diese rechtswidrige Handlung zu vertreten hat?

Warum geschwärzte Seiten, wen will man wirklich schützen? Kommt der angebliche Informant vielleicht aus dem Umfeld des Täters, oder ist der Täter selbst der Informant, weil er vielleicht für diese Behörde als Informant tätig ist? Das würde auch erklären, warum die deutsche Justiz und Behörden so sehr ihre schützende Hand über den Täter halten.

Am 23. April 2021 hatte die AfD die Möglichkeit zur Befragung der Landesregierung von Sachsen-Anhalt (kann man sich im Internet anschauen). In dieser Landtagsitzung wurden Fragen zu dem Fall meines Sohnes an die Justizministerin und den Innenminister gestellt. Die AfD-Abgeordneten Thomas Höse, Oliver Kirchner, Hannes Loth und Daniel Roi waren die Fragesteller.

Keine der Fragen wurde in irgendeiner Form auch nur ansatzweise sachlich und vernünftig beantwortet. Es war von Seiten des Innenministers und der Justizministerin ein einziges erbärmliches Gestammele und ein Reden um den heißen Brei, und dabei hätte man diese Fragen mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten können.

Die Krönung war, dass bei der zweiten Frage von Daniel Roi – ob sich die Landesregierung denn zumindest für diese rechtswidrige Gefährderansprache bei mir entschuldigt habe – sich niemand aus dieser Landesregierung verantwortlich fühlte und somit auch niemand zum Rednerpult ging, um diese Frage zu beantworten. Die Verantwortlichen blieben einfach sitzen. Man verwies die AfD darauf, die Fragen als kleine Anfrage doch schriftlich zu stellen.

Das ist ein absolut feiges und beschämendes Verhalten, sowohl vom Innenminister, der Justizministerin aber auch von Ministerpräsident Haseloff, der als Chef dieser Landesregierung nicht den Mut hatte ans Mikrofon zu gehen und diese Frage zu beantworten.

Das ist ein absolut respektloses Verhalten gegenüber dem Getöteten und seinen Angehörigen, und es zeigt, wie wenig Interesse von Seiten der Landesregierung für diesen Fall vorhanden ist. Es zeigt aber auch, was die Wahlversprechen solcher Politiker und Parteien wert sind.

Wenn man sich die offizielle Kriminalstatistik 2020 vom BKA anschaut, so stellt man fest, dass trotz Corona das Morden, Totschlagen, Vergewaltigen, Rauben und die Fälle schwerer Körperverletzung auf Deutschlands Straßen weiterhin stattfindet – es wird nur nicht mehr viel davon in den Medien berichtet.

So lange Mörder sofort als psychisch krank oder Totschläger zu Bewährung und Arbeitsstunden verurteilt werden, wird sich in diesem Land nichts ändern und das Morden, Totschlagen und Vergewaltigen wird nicht nur weitergehen, sondern – wie die Statistik zeigt – sogar noch zunehmen. Es wird leider auch zukünftig weitere unschuldige Opfer geben.

Mir persönlich ist die Hautfarbe, Herkunft und Religion eines Täters egal. Ein Täter bleibt ein Täter, egal woher er kommt, welche Hautfarbe oder Religion er hat. So sollte es zu mindestens vom Gesetz her sein. Mutmaßlich ist das aber hier in Deutschland nicht mehr der Fall. Täter werden zu Opfern, und Opfer werden zu Tätern wie das in meinem Fall mit der Justiz in Sachsen-Anhalt geschehen ist. Das ist staatlich gefördertes und angewandtes Zweiklassenprinzip.

Mittlerweile gehören diese vorab genannten Verbrechen zum Alltag in Deutschland und viele Menschen nehmen diese Entwicklung einfach so hin, aus Angst oder in der Hoffnung, mich oder meine Familie wird es schon nicht treffen. Falsch! Es kann jeden zu jeder Zeit und an jedem Ort treffen.

Das jüngste Beispiel dafür ist die ab-

scheuliche Tat von Würzburg mit drei toten unschuldigen Menschen. Wo sind hier unsere Regierungsvertreter, Promis oder „Die Mannschaft“ mit Kränzen und Kerzen wie in Halle oder Hanau? Waren das Menschen zweiter Klasse in Würzburg, oder war es nur der falsche Täter? Nichts, null Anteilnahme! Im Gegenteil man versucht auch hier alles, um diese Tat herunterzuspielen. Eine Entschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz für die Angehörigen wird es möglicherweise auch in diesem Fall nicht geben.

Opferentschädigungsgesetz

Sie erinnern sich sicher alle an die Tat von Hanau am 19. Februar 2020: Schon zwei Tage später sagte Bundessozialminister Heil den Opfer-Angehörigen von Hanau umfassende Unterstützung zu. Im Juli 2020 zahlte die Bundesregierung rund 1 Millionen Euro Hilfe für die Hanauer Opferfamilien aus. Durch diese Tat in Hanau erfuhr ich überhaupt erst vom Opferentschädigungsgesetz und stellte im August 2020 einen Antrag. Dieser Antrag wurde mit Schreiben vom 11. Juni 2021 abgelehnt. Ablehnungsgrund ist die Gutachterliche Stellungnahme der Frau Dr. med. Sch.

In diesem Gutachten bezweifelt diese Ärztin, dass ich einen Schockschaden erlitten hätte und dass es sich bei mir „naturgemäß“ nur um eine Vorübergehende Gesundheitsstörung handele. Das Gutachten schließt mit dem Satz ab „Mit einer Verschlimmerung des Leidens ist nicht zu rechnen“.

Dieses Gutachten wurde erstellt, ohne dass diese Ärztin mich kennt bzw. je mit mir gesprochen hat!

Allein daran sieht man, in was für einer Zweiklassengesellschaft wir leben und wie offensichtlich hier in diesem Land Menschen diskriminiert werden. Allein schon diese Einschätzung, dass mein Leiden nicht schlimmer werde, ist eine absolute Frechheit und zeugt nicht gerade von ärztlicher Intelligenz. Frau Dr. Sch., mein Leid hat in den letzten vier Jahren täglich enorm zugenommen, allein schon deshalb, weil ich nahezu täglich Schreiben von Staatsanwälten, Richtern oder vom Justizministerium erhalte, mit genau solch blödsinnigen Schriftsätzen wie von Ihnen! Warum erlebt ein Angehöriger der Opfer von Hanau mehr Leid als ich? Bin ich ein schlechterer Angehöriger, oder ist der wahre Grund einfach nur der, dass ich mich seit fast vier Jahren gegen eine Justiz wehre, die mich fortlaufend belügt und betrügt?

Rechtsstaat, Rechtsstaatlichkeit sind gern verwendete Begriffe von Politikern, dabei muss ich bezweifeln, ob diese Politiker überhaupt wissen, was sich hinter dieser Wortwahl in Definition verbirgt, denn Rechtsstaatlichkeit habe ich im Fall meines Sohnes in Sachsen-Anhalt leider bisher nicht erlebt. Ich hoffe das die Verantwortlichen eines Tages dafür zur Verantwortung gezogen werden.

Auch wenn ich viel Unrecht und Demütigungen in den letzten 3,5 Jahren durch Justiz und Behörden in Sachsen-Anhalt erleben musste, so kann ich Ihnen eines sagen: Ich werde mit allen rechtlichen Mitteln weiter um einen ehrlichen und fairen Prozess kämpfen, in dem dann der Täter eine angemessene Strafe für die Tötung eines Menschen erhält. Aufgeben werde ich nicht!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien von ganzem Herzen, dass Sie von solchen Taten verschont bleiben, damit Sie nicht das durchleben müssen, was ich durchlebe.

Finanzierung von Synagogen-Schutz variiert in den deutschen Bundesländern

Eine Recherche zeigt, dass es um die Finanzierung des Schutzes von Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich bestellt ist. Ohne Beanstandung bleiben lediglich zwei unions-regierte Länder wie Bayern und NRW. Eine Sonderstellung nimmt auch Berlin wegen seiner Position als üppig subventionierte Bundeshauptstadt ein (JR).



Von Leticia Witte
(Redaktion Audiatur)

Polizei vor Synagogen ist in weiten Teilen des zunehmend islamisierten Westeuropas ein Muss - in Osteuropa hingegen kommen viele Synagogen auch ohne Polizeischutz aus.

Zäune, Eingangsschleusen, Video-kameras, Wachpersonal: Juden in Deutschland besuchen Synagogen, Gemeindezentren, jüdische Schulen und Kitas in der Regel unter Sicherheitsvorkehrungen. Dafür müssen die Gemeinden oft selbst Geld in die Hand nehmen, was vor allem kleinere Gemeinden vor große Probleme stellt, denn dort ist ausreichend Geld dafür schlicht nicht vorhanden. Die Mittel, die für die Sicherheit ihrer Mitglieder ausgegeben werden müssen, fehlen den Gemeinden dann etwa für soziale Angebote.

So rechnete Michaela Fuhrmann, Leiterin für politische Beziehungen der jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main, vor einiger Zeit im Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) vor: „Die Kosten für die Sicherheit sind mit 1,2 Millionen Euro pro Jahr einer der größten Posten in unserem Haushalt.“ Geld, das an anderen Stellen fehle – in einer Gemeinde, die mit bis zu 7.000 Mitgliedern immerhin zu den vier größten Gemeinden bundesweit gehört.

Vor zwei Jahren, am 9. Oktober 2019, sorgte der Anschlag auf die Synagoge in Halle für großes Entsetzen. Bund und Länder sagten danach Gelder in Millionenhöhe zu, um den Schutz von

Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen zu verstärken: Es hatte sich herausgestellt, dass es bei weitem nicht nur in Halle eklatante Mängel bei den Sicherheitsvorkehrungen an Synagogen gab. Nach dem Attentat mit zwei Toten zeigt sich in den Bundesländern einer neuen Recherche zufolge ein uneinheitliches Bild in der Entwicklung hin zu mehr Sicherheit.

Berlin, Bayern und Nordrhein-Westfalen stehen gut da

Einerseits verbesserte sich laut der Recherche des „Mediendienstes Integration“ das Schutzniveau bundesweit „deutlich“. Zugesagte Gelder kämen nach und nach bei den jüdischen Gemeinden an, teilte der Mediendienst am Donnerstag in Berlin mit. Insgesamt stünden Berlin, Bayern und Nordrhein-Westfalen gut da. Der Grund: Diese Länder kümmern sich nicht erst seit Halle um das Thema Sicherheit.

Andererseits macht der Mediendienst – eine Informations-Plattform für Journalisten – Probleme aus. So sei in mehreren Ländern erst ein Bruchteil der Gelder ausgezahlt worden. Mancherorts blieben Gemeinden auf Kosten sitzen, stünden vor hohen bürokratischen Hürden oder könnten sich bestimmte Vorkehrungen

wegen einer Selbstbeteiligung nicht leisten. In Baden-Württemberg etwa werde eine solche Selbstbeteiligung der Gemeinden zwischen 5 und 20 Prozent der Gesamtkosten fällig.

In manchen Bundesländern würden Gelder für Baumaßnahmen erst nach der Fertigstellung ausgezahlt, private Wachdienste nicht finanziert. Der Mediendienst bilanzierte: „Zuletzt fehlt in einigen Bundesländern eine langfristige Strategie – sie sehen den Schutz von Einrichtungen mit dem einmaligen Zuschuss als abgeschlossen an.“

Der Bund hatte nach dem Anschlag 22 Millionen Euro zugesagt. Der Mediendienst zitiert dazu das Bundesinnenministerium, wonach das ein einmaliger Zuschuss ist. In der Zuständigkeit der Länder lägen weitere Schutzmaßnahmen.

Bei der Vorstellung der Studie sagte Rebecca Seidler, Vorsitzende der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover und Antisemitismusbeauftragte des Landesverbands der Israelitischen Kultusgemeinden Niedersachsen: „Bis heute warten wir auf eine finanzielle Unterstützung des Landes.“ Sie fühle sich allein gelassen. Mit Blick auf notwendigen Schutz von Juden sagte sie: „Juden können nicht frei und offen jü-

disch leben.“ Dennoch: Sie ließen sich nicht einschüchtern.

Die Dresdner Anwältin Kati Lang betonte, dass Angehörige einer „marginalisierten Minderheit“ unsicherer lebten als andere Menschen. Das betreffe nicht nur Juden. Prävention und Gefahrenabwehr seien Aufgabe des Staates – und Juden keine „Bittsteller“. Wünschenswert sei insgesamt ein stärker bundeseinheitliches Vorgehen beim Thema Sicherheit und im Kampf gegen Antisemitismus.

Claudia Vanoni, seit 2018 Antisemitismusbeauftragte der Berliner Generalstaatsanwaltschaft, sagte, dass in Berlin 2020 fast 360 antisemitisch motivierte Straftaten erfasst worden seien. Fast 80 Prozent der Betroffenen erstatteten keine Strafanzeige, weswegen Ermittler nur die „Spitze des Eisberges“ zu Gesicht bekämen. Sie erinnerte daran, dass ein antisemitisches Motiv bei einer Tat strafverschärfend sei. Sie selbst bildet Staatsanwälte und Richter fort – auch zu Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen. Vanoni dringt darauf, dass Betroffene ernstgenommen werden müssten – denn nur so lasse sich auch ausreichend Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden aufbauen.

Degussa 
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE



Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart
Zürich Genf Madrid London

Naftali Bennett: die Geschichte eines Aufstiegs um den Preis des Verrats

Premierminister Bennett hat eine auf den ersten Blick beeindruckende Karriere hinter sich. Doch an der Spitze Israels steht jemand, der seine Versprechen gegenüber seiner eigenen Wählerzielgruppe um der Position des Ministerpräsidenten willen und des politischen Wohlwollens der linken israelischen Medien wegen gebrochen hat. Der bei seinem Weg in das Amt des Ministerpräsidenten an den Tag gelegte Opportunismus hat ihm bereits einen erheblichen Vertrauensverlust bei seiner Wählerschaft eingebracht (JR).

Von Viktoria Katz

Naftali Bennett kam 1972 in Haifa, in einer Familie von Repatriierten aus den USA zur Welt. Seine Eltern Jim und Mirna trafen einen Monat nach dem Sechstagekrieg in Israel ein; sie lernten im Kibbutz Hebräisch und waren in der Freiwilligenarbeit tätig. Im Gegensatz zu ihrem Mann fühlte sich Mirna Bennett nicht wohl in der israelischen Gesellschaft und so ging die Familie 1973 zurück in die USA. Als der Jom-Kippur-Krieg (6.-25. Oktober 1973, - Anm. d. Übers.) ausbrach, flog Jim jedoch nach Israel und kämpfte als Artillerist auf dem Golan.

10 Jahre später kam die Familie Bennett erneut nach Israel. Zunächst gehörten sie in Haifa einer liberalen (Reformjudentum-)Gemeinde an, später, als zwei weitere Kinder geboren wurden, wechselten sie zum „modern-orthodoxen“ Judentum. Naftali ging in den Chabad-Kindergarten (Chabad ist eine chassidische Gemeinschaft im Rahmen des orthodoxen Judentums, gegründet im 18. Jahrhundert in Litauen, -Anm. d. Übers.), später in eine staatliche religiöse Schule und war ein Madrich (ein freiwilliger Gruppenleiter einer Kindergruppe, - Anm. d. Übers.) bei dem religiös-zionistischen Jugendverband Bnei Akiva.

Die Biographie des heutigen Premierministers enthält wechselnde Phasen von Konformismus und Nonkonformismus. Nach seiner Einberufung steckte der Soldat Bennett seine „Kippa Struga“ – „gestrickte/gehäkelte Kippa“ – in die Hosentasche („Kippa Struga“, Hebr. הגורס הפיכ, ist die Kopfbedeckung der orthodoxen, vielmehr nationalreligiösen Juden, - Anm. d. Übers.). Später erzählten seine Kommandeure, sie hätten Bennetts religiöse Wurzeln nicht erahnt. Nach der Ermordung von Yitzak Rabins am 4. November 1995 und der Kampagnen in den linken Medien gegen das nationalreligiöse Lager zog er die Kippa jedoch wieder auf.

Der Gärtner, der eine Zuckerbäckerin heiratete

1999 heiratete Naftali die säkularere Israelin Gilat, eine Zuckerbäckerin. Bennetts berufliche Laufbahn ist bunt: Gärtner, der parallel an der Hebräischen Universität in Jerusalem Jura studierte, Softwaretester, Handelsvertreter und schließlich Generaldirektor des Startups Cyota; die Firma beschäftigte sich mit Betrug im Netz und wurde 2005 für 145 Mio. US-Dollar verkauft, woraufhin sich der Multimillionär in Ra'anana, in Zentralisrael, eine Luxusvilla baute.

Es folgte ein weiteres Startup; finanzielle Ambitionen wurden durch politische ersetzt; 2005 lernte Bennett Ayelet Schaked kennen, damals die Chefin des Büros des Oppositions-



Naftali Bennett freudig am Ziel, das er durch Betrug an seinen Wählern erreichte

führers Benjamin Netanjahu. Bennett und Netanjahu hatten viel gemeinsam: der amerikanische Hintergrund, Militärdienst in einer Spezialeinheit, Erfahrung in der Wirtschaft. Bennett half Netanjahu – ehrenamtlich; bald gewann Netanjahu die Vorwahlen und leitete weiterhin die Likud-Partei. 2008 jedoch mussten Schaked und Bennett ihre Posten räumen; den Gerüchten zufolge war das die Forderung von Netanjahus Frau Sara, die die beiden nicht mochte. Für Bennett, der eigentlich mit einem guten Posten hätte rechnen können, war das ein Schlag ins Gesicht. Auf eine ähnliche Weise wurden auch einige andere zu Netanjahus Gegnern, seien es Avigdor Liberman oder Gideon Sa'ar.

Als es mit den säkularen Rechten nicht klappte, beschloss Bennett, sich die Unterstützung der Religiösen zu sichern. 2010 wurde er zum Vorsitzenden des YESHA-Siedlungsrates, der die jüdischen Siedler von Judäa und

Samaria vertritt. Gleichzeitig gründeten Bennett und Schaked die Bewegung „Mein Israel“ (Israel Scheli, Hebr. ילש לארשי, - Anm. d. Übers.), die Aufklärungsarbeit im Ausland betrieb.

Als Bennett zwei Jahre später endlich das Image einer aktiven Persönlichkeit des öffentlichen Lebens erlangt hatte, kündigte er die Gründung der Partei „Ha Israelim“ – „die Israelis“ an. Als Ziele wurden benannt: Zionismus, die Umsetzung der „Stabilitätsinitiative“ (chaotische Vorschläge zur Ausweitung der israelischen Gerichtsbarkeit auf separate Teile von Judäa und Samaria) und das gegenseitige Verständnis zwischen Religiösen und Säkularen. Der ehemalige Oberrabbiner der IDF, Avihai Rontski, repräsentierte die Religiösen, Schaked die Säkularen und Bennett die goldene Mitte.

Lapid und Bennett als zwingendes Doppelpack

Es ist schwierig, ein neues Unterneh-

men an die Börse zu bringen. Noch schwieriger ist es, die Wähler von Grund auf neu zu gewinnen, und bald beschloss Bennett, eine schon bestehende Struktur in der Knesset zu finden, um seine Pläne umzusetzen. Die nationalreligiöse Partei MAFDAL nannte sich seit 2006 HaBajit haJehidi – „Jüdisches Heim“ (Hebr. ידוהיה תיבה, - Anm. d. Übers.); so wurde die Bewegung HaIsraelim in diese Partei eingegliedert. Nicht, dass es geholfen hätte – neun Parlamentssitze sind auf drei geschrumpft. Die einander ähnelnden älteren Männer in Kippot Strugot, die versuchten, keine harten Erklärungen abzugeben, beeindruckten die Wähler nicht. Mit 67 % Stimmen wurde Bennett zum Vorsitzenden von HaBajit gewählt. 2013 bekam die Partei 12 Parlamentssitze, jedoch beilte sich Netanjahu nicht, seinen ehemaligen Mitarbeiter in die Koalition zu holen. Und dann fand Bennett einen neuen strategischen Verbündeten

– den Fernsehjournalisten Yair Lapid, den Gründer der Mitte-Links-Partei Jesch Atid (Hebr. *יש דיתע*, zu Deutsch „Es gibt eine Zukunft“, eher eine liberale säkulare Partei, - *Anm. d. Übers.*). Bennett und Lapid unterschrieben eine Vereinbarung, die besagte, dass keine der beiden Parteien allein, ohne die andere, an den Koalitionsgesprächen teilnehmen und der Regierung beitreten würde. Netanjahu wurde somit gezwungen, Bennett als Zugabe „zu übernehmen“.

Als Resultat erhielt der kreative Politiker für seine Partei drei Ministerposten bei der Regierung: für Wirtschaft, Religionsangelegenheiten und für Jerusalem und Diaspora-Angelegenheiten. Bennett kämpfte gegen staatliche Monopole und hohe Preise, und setzte auch seine Linie „Friede zwischen Juden aller religiösen Richtungen“ fort, was allerdings von Parteikollegen und den Rabbinern des nationalreligiösen Lagers nicht nur positiv aufgenommen wurde. Er traf sich mit Vertretern des konservativen Judentums und betonte die Notwendigkeit des Dialogs; er initiierte auch den Aufbau einer Plattform an der Klagemauer, auf der Mitglieder unorthodoxer Bewegungen beten konnten.

Die Koalitionsregierung erwies sich als nicht sehr langlebig, zwei Jahre später fanden Neuwahlen statt. Umfragen versprachen zunächst eine zweistellige Zahl von Sitzen für das Jüdische Heim. Doch dann kündigte Bennett an, dass der Fußballer Eli Ohana auf der Liste erscheinen würde. Später erklärte Ayelet Schaked, Bennett brauchte „einen orientalischen Juden aus einer armen Familie, der eine atemberaubende Karriere hatte“. Die Zielgruppe des Jüdischen Heims protestierte: Ohana sei nicht religiös, habe sich nie an sozialen Aktivitäten beteiligt und

habe sich in der Vergangenheit für den Rückzugsplan aus Gaza ausgesprochen. Inmitten des Skandals gewann die Partei schließlich nur acht Sitze. In der nächsten Regierung wurde Bennett Bildungsminister. Er entwickelte ein Programm, das die Schulen dazu bringen sollte, Mathematik auf dem höchsten Niveau zu unterrichten. „Dies wird zu einer Verringerung der sozialen Ungleichheit führen und den Bewohnern der Peripherie als Sprungbrett dienen“, versprach der Minister. Leider reichten Rundschreiben und Aufrufe nicht aus, um die schlechten Schüler zu Überfliegern zu machen. Die Ergebnisse der Reform zeigten, dass die soziale Ungleichheit fortbestand. Im Zentrum des Landes, das von wohlhabenden Israelis bewohnt wird, stieg die Zahl derer, die die Abschlussprüfungen in Mathematik mit der besten Note bestanden, von 12 auf 18 %, in der Peripherie von 8 auf 10 %. Bennetts Pläne kosteten den Steuerzahler 75 Millionen Schekel.

Vier Wahlen hintereinander

Am 29. Dezember 2018 erwartete die Wähler des Jüdischen Heims ein Schock. Schaked und Bennett verkündeten, dass sie die Partei verlassen und eine neue Bewegung gründen würden. Dann kamen die bekannten Schlagworte: Gleichheit, Brüderlichkeit, Zionismus, einen Konsens Religiöser und Nicht-Religiöser erreichen etc. Bei den Wahlen 2019 konnte ihre neue Partei Jamina (Hebr. *הימי*, „nach rechts“, - *Anm. d. Übers.*) die Sperrklausel jedoch nicht überwinden. Dank der parlamentarischen Instabilität endete Bennetts politische Karriere trotz dieses schlechten Ergebnisses nicht. Bald darauf fanden die erneuten, zweiten Wahlen statt, Jamina trat zusammen mit den Überresten des Jüdischen Heimes in die Knesset ein und Naftali Bennett

wurde zum Verteidigungsminister ernannt. Dann kamen die dritten Wahlen und der Prozess gegen Netanjahu. Wahrscheinlich erkannte Bennett in dieser Zeit, dass eine weitere Karriere in der Likud-Koalitionsregierung für ihn kaum möglich sein würde; er suchte nach neuen Verbündeten. Bennett weigerte sich demonstrativ, der Regierung beizutreten, und begann energisch, Bücher und Pläne zu schreiben. Sein Buch „Coronavirus bekämpfen“ wurde überall angeboten, war jedoch nicht populär. Während Bennett clever verpackte Pläne von „differenzierten Lockdowns“ vorschlug, verhandelte Netanjahu in zahlreichen Telefonaten mit dem Pfizer-Chef über die Lieferung von Impfstoffen.

Nach den vierten vorgezogenen Knesset-Wahlen häuften sich Gerüchte, Bennett habe sich an Lapid gewandt: Der Likud (die Partei von Netanjahu, - *Anm. d. Übers.*) hat 30 Sitze (von insgesamt 120, - *Anm. d. Übers.*) und seinen Vorsitzenden erwartet eine gerichtliche Verhandlung, Yesch Atid hat 17, aber mit Hilfe kleiner sowie arabischer Parteien kann die Zahl der erforderlichen 61 Sitze erreicht werden. Bennett behauptete, dass keine Verhandlungen mit Lapid geführt würden und unterzeichnete sogar live im Fernsehen einen Eid, dass er nicht mit Yesch Atid und den arabischen Parteien in die Regierung eintreten würde. Als Netanjahu bekanntgab, es sei ihm nicht gelungen, eine Regierung zu bilden, tauchte eine Chimäre aus nominell rechten und Mitte-Links-Parteien, der radikalen Linken Meretz und der islamistischen RAAM auf. Laut Umfragen meinten 52 % der Jamina-Wähler, dass Bennett seine Wahlversprechen gebrochen habe. Sie sagten, dass sie bei der nächsten Wahl einer anderen Partei ihre Stimme geben würden. Die Zahl

der Jamina-Abgeordneten wurde auf sechs reduziert, Amichai Schikli verließ aus Protest die Reihen der Partei.

Ein ehemaliger Soldat einer Spezialeinheit und Millionär wurde Premierminister, und Lapid, erfahren in politischen Spielen, wird ihn ersetzen. Kommentatoren sehen Bennett als abhängigen Kandidaten. Eine besondere Überraschung verursachten die Worte von Nir Orbach, Bennetts engstem Verbündeten. „Wir haben uns entschieden ... äh ... ein wenig von dem abzuweichen, was wir versprochen hatten“, stammelte Orbach gegenüber Reportern. „Ich war auf einem Konzert, wo Abraham Fried [der chassidische Sänger] und Aviv Geffen [der nicht-religiöse Rockmusiker] auftraten, eine solche Vereinigung war noch vor ein paar Jahren nicht möglich. Wir sind alle für Einigkeit und Veränderung, trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten.“

Fazit: In Israel kam ein Mann mit Kippa an die Macht, der in der Spezialeinheit gedient, Millionen verdient hat und strategisch denken kann. Und gleichzeitig ist er jemand, der seine eigenen Versprechen um einer hohen Position willen und der Liebe der Mainstream-Medien wegen gebrochen hat; also ein Opportunist, dem man nicht viel Vertrauen schenken kann. Ariel Sharon kam mit den Stimmen der rechten Wähler an die Macht und, um einer strafrechtlichen Verfolgung zu entgehen, setzte er ein Programm zum Abbau jüdischer Siedlungen im Gazastreifen um. Das Ergebnis sind Raketenwerfer der Hamas, die das halbe Land beschließen. Würde Bennett etwas Ähnliches machen wollen angesichts der baldigen Ablösung durch Lapid?

Aus dem Russischen von
Irina Korotkina

Das historische jüdische Gebiet heißt Judäa und Samaria – nicht „Westjordanland“

Es war schon immer absurd, Judäa und Samaria als „Westjordanland“ zu bezeichnen.

Mögen auch die arabische Welt und die israelfeindliche Linke auf dem verlogenen und geografisch ungenauen Begriff „Westjordanland“ (engl. Westbank) bestehen – der legitime israelische Anspruch auf die urjüdischen Regionen Judäa und Samaria wird davon nicht beeinträchtigt.

Von Rabbi Dov Fischer

Stellen Sie sich eine Menschenrechtsbewegung mit dem Slogan vor: „Verbannt die Araber aus Arabien!“ Ein solcher Slogan und eine solche Bewegung würden viele Fragen aufwerfen, unter anderem: Wo sonst hätten Araber ein Recht darauf zu sein, wenn nicht in Arabien? Wer hätte einen größeren Anspruch auf Arabien als Araber?

Obwohl freiheitsliebende Amerikaner und freiheitshassende Amerikaner unendlich viele Gründe haben, sich bei dem Gedanken an Saudi-Arabien zu winden, sind wir uns doch alle einig, dass Araber, die dort leben wollen, ein Recht darauf haben, dort zu sein. Arabien für Araber.

Russland den Russen, Judäa den Juden

Indien für Inder. Russland für Russen. Die Mongolei für die Mongolen. Österreich für Österreicher. Guatemala für Guatemalteken. Kuba für Kubaner. Klingt richtig.

Irgendwo im Verlauf der Aufzäh-

lung würde es Sinn machen zu sagen: Yehuda für Yehudim – d. h. Judäa für Juden. Selbst Antisemiten würden es schwer finden, darauf Parolen aufzubauen: „Verbannt Juden aus Judäa! Juden haben nie in Judäa gelebt!“ Die Juden (Yehudim auf Hebräisch) aus dem Stamm Juda (Yehudah) gaben dem Land Yehudah (Judäa) seinen Namen: Judäa, wie es in der Bibel heißt.

Es war schon immer absurd, Judäa und Samaria als „Westjordanland“ zu bezeichnen. Denken Sie an die berühmtesten Orte in der Bibel: Jerusalem, Hebron, Bethlehem, Nazareth, Beth El, Jericho, Silo, Sichem (Nabulus), Galiläa, Tekoa – all die Orte, an denen die jüdischen Patriarchen und Matriarchen, die Könige und Propheten wandelten und lebten. Auch Jesus und die Apostel. Ihr ganzes Leben spielte sich in Judäa und Samaria ab. Diese Begriffe sind in der Bibel allgegenwärtig, mit mehr als 100 Erwähnungen allein von „Samaria“ im Tanach (jüdische Bibel) und in den christlichen Evangelien.

Damals gab es noch kein Tel Aviv,

kein Herzliyah, kein Haifa, kein Netanya. Sicher, die Zionisten haben diese Gebiete eingenommen. Aber es waren die Städte in Judäa und Samaria, in denen die Samen der westlichen Zivilisation gepflanzt wurden und Wurzeln schlugen.

Kein Fluss, kein Ufer

Besuchen sie irgendeine der 140 jüdischen Gemeinden, in denen heute 800.000 Juden in Judäa und Samaria leben, und sie werden kein Flussufer sehen. Es ist nicht wie in Jersey City, New Jersey, das am Westufer (engl. Westbank) des Hudson River liegt. Niemand benennt Jersey City in „Westbank“ um.

Die arabische Welt und ihre Woke-Verbündeten haben kein Problem damit, alle anderen Orte im Nahen Osten bei biblischen Namen zu nennen: Beerscheba, Galiläa, Jordan, Gaza, Damaskus, Libanon, Tyrus, Sidon (Sidon), und natürlich Jerusalem, Hebron, Bethlehem und Nazareth. Sogar Amerikaner verwenden diese biblischen Namen für so viele Städte: Hebron (Maryland), die Jericho

Turnpike (NY), Bethel (Indiana), die Schlacht von Shiloh (Tennessee), Manassas (Menashe) (Virginia).

Namen haben große Macht

Judäa und Samaria – Yehuda und Shomron – sollten bei ihrem richtigen Namen genannt werden und nicht mit dem Woke-Begriff, der darauf abzielt, 800.000 Juden, die dort leben, ihres Erbes und ihres Landes zu berauben. Wenn ein neugeborenes Kind erwartet wird, denken Sie an die Stunden, die Überlegungen, ja sogar an das Gerangel und die Verhandlungen innerhalb der Familie, die der Namensgebung für den Neuankommling oft vorausgehen. Namen haben große Macht und Bedeutung. Deshalb nennen die Feinde Israels diese Region „Westjordanland“.

Rabbi Dov Fischer ist ein Rechtsprofessor und leitender Rabbiner bei der „Coalition for Jewish Values“ und Redakteur bei „The American Spectator“. Dies ist eine gekürzte Fassung eines Artikels, der zuerst in „Israel Hayom“ erschien. Übersetzung Audiatur-Online.

Biden-Administration verurteilt Israel wegen Abrisses einer arabischen Terror-Luxusvilla in Judäa/Samaria

Entgegen dem hier verbreiteten Narrativ von den armen „Palästinensern“ hat der Besitzer der Villa, ein reicher Araber mit US-Pass und diversen Ehefrauen gezielt jüdische Studenten mit einem Messer schwer verletzt und einen dieser jungen Männer sogar ermordet. Statt aktiver Solidarität und Empathie für die Opfer scheint der Islam-affinen und Israel-feindlichen Biden-Regierung nichts anderes einzufallen als den jüdischen Staat für den notwendigen Abriss der teuren Terroristen-Behausung zu verurteilen (JR).

Von Daniel Greenfield

Eines Sonntagabends eröffnete ein islamistischer Terrorist das Feuer an einer Bushaltestelle in Israel und traf drei jüdische Religionsstudenten, die gerade dort unterwegs waren. Yehuda Guetta, ein 19-jähriger, erhielt einen Kopfschuss und lag vier Tage lang im Krankenhaus, während die Ärzte versuchten, sein Leben zu retten. Sie schafften es nicht.

Benaya Peretz, ein weiterer 19-Jähriger, wurde schwer verletzt. Später erinnerte er sich: „Der Terrorist blieb vor mir stehen – er war so groß. Er rief ‚Allahu Akbar‘ und fing einfach an zu schießen.“ Amichai Hala, der dritte Student, bemerkte erst, dass er in den Nacken geschossen worden war, als er versuchte, aufzustehen. Im Gegensatz zu ihrem Freund überlebten diese beiden jungen Männer den Angriff.

Der Terrorist Muntasir Shalabi, ein wohlhabender 44-jähriger Mann, fuhr in seinem silbernen SUV davon. Israelische Soldaten, die am Tatort eintrafen, eröffneten das Feuer und zerschossen die Heckscheibe, während er sich auf und davon machte.

Aufruf an alle Araber Beweise zu vernichten

Die örtliche Fatah-Führung der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ feierte den Angriff und forderte die muslimischen Siedler in der Gegend auf, „den Inhalt zu beseitigen, der heute in den Kameras Eurer Häuser oder Geschäfte gespeichert worden ist“, um den Terroristen zu schützen. Einheimische halfen auch, indem sie das verlassene Fahrzeug des Terroristen abfackelten, bevor die Israelis es erreichen und Beweise bergen konnten.

Trotz aller Bemühungen der Terroristen und ihrer Komplizen und Shalabis Bemühungen, sein Aussehen zu verschleiern, nahmen ihn die Israelis gefangen. Und dann ging die Biden-Regierung auf Israel los.

Israel verhaftete den Mörder und bereitete den Abriss seiner Terrorvilla vor, was gemacht wird, um Terrorzellen aufzubrechen und zukünftige Angreifer abzuschrecken. Doch das Anwesen von Shalabi war nicht irgendein Zuhause: es lag in den „lokalen Hollywood Hills“.

Turmus Ayya, eine kleine und wohlhabende muslimische Stadt, ist der Ort, an dem man lebt, wenn man Geld hat. Viele der Bewohner haben amerikanische Pässe und arbeiten abwechselnd in den Vereinigten Staaten und nutzen ihre Anwesen in Turmus Ayya als Sommerresidenz. Die Shalabi-Mansion war typisch grandios, luxuriös und vulgär, mit geschlossenen Glasflügeln und dem Stern und dem Halbmond des Islam. Und der dort lebende Terrorist hatte die US-Staatsbürgerschaft.

Israel ließ sich von Biden-Clique nicht einschüchtern

Die Biden-Regierung, die die Morde an amerikanischen Bürgern durch islamistische Terroristen ignoriert hatte, wurde umgehend aktiv und räumte dem Fall Shalabi höchste Priorität ein. Während eine Amerikanerin, die in einem muslimischen Land festgenommen wird, weil sie keinen



Der Terrorist Muntasir Shalabi hatte alles: Eine Villa (im Bild nach der Zerstörung), teure Autos, mehrere Frauen, sogar einen amerikanischen Pass. Doch der wohlhabende 44-jährige Araber entschloss sich dennoch zum Mörder zu werden.

Hijab trägt oder einen Mann ansah, damit rechnen kann, von der örtlichen Botschaft ignoriert zu werden, entsandte Bidens Außenministerium Vertreter der Botschaft zu den Gerichtsverhandlungen, die das Shalabi-Haus betreffen.

Außenminister Blinken und andere hochrangige Beamte des Außenministeriums beschimpften die Israelis deswegen. Der starke Druck von Washington D.C. auf die israelische Regierung und das Gericht stoppte den Abriss vorübergehend, dann aber wurde Gerechtigkeit geübt und die Terrorvilla trotzdem gesprengt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten, die jetzt unter neuer Leitung steht, beklagte, dass „das Haus einer ganzen Familie nicht für die Taten eines Einzelnen abgerissen werden sollte“. Allerdings wurde nicht nur Shalabi, sondern auch seine Frau und sein Sohn nach dem Angriff festgenommen. Und Shalabis Frau drückte ihre Unterstützung für die brutale Gewalttat ihres Mannes aus. Die gesprengte Terrorvilla ist außerdem nicht einmal Shalabis Vollzeit-Zuhause: Es ist seine Sommerresidenz.

Kinder leben in den USA

Während die Medien Muntasir Shalabi als Vater von sieben Kindern beschrieben, vergaßen sie zu erwähnen, dass sein Kinderreichtum daran liegt, dass er mehrere Frauen hat. Einige von ihnen leben in den Vereinigten Staaten.

In einer Petition, die „Hamoked“, eine von der EU, Großbritannien und den Vereinten Nationen finanzierte anti-israelische Lawfare-Organisation, auf den Weg gebracht hatte, wurde behauptet, der Terrorist habe „die meiste Zeit mit seinen anderen Frauen und Kindern in den Vereinigten Staaten in ihm gehörenden Häusern gelebt“. Die pro-terroristische Anwaltsgruppe bestand auch darauf, dass Shalabi, wenn er nicht um die Welt reiste, um sich mit seiner „Frau des Monats“ zu treffen, psychologische Probleme hatte und „wiederholt erklärte, dass er sich mit Selbstmordgedanken trage“.

Das wird der Grund sein, warum Shalabi nach dem Terroranschlag geflohen ist und er versuchte sein Auftreten zu verschleiern. Und warum er lebend gefangengenommen wurde, anstatt für Allah zu sterben – wie es ein guter Terrorist tun sollte. Aber es ist nicht so einfach, sich in die Luft zu sprengen, wenn man Villen und Frauen auf der ganzen Welt hat.

Das ist nicht das Verhalten eines selbstmörderischen Mannes, sondern eines mörderischen Feiglings.

Was war die Quelle des Reichtums, der es dem Terroristen ermöglichte, weltweit Häuser zu besitzen und Familien zu gründen? Niemand redet – außer um Shalabi als Opfer von israelischer Unterdrückung darzustellen.

Die US-Abgeordnete Rashida Tlaib, die noch nie einen Terroristen gefunden hat, den sie nicht verteidigt, twitterte: „Erst diese Woche hat Israel das Haus einer palästinensischen Familie im geliebten Dorf Turmusaya abgerissen und dem Erdboden gleichgemacht. Wofür? Um zu entmenslichen.“ Dieses „geliebte Dorf“ ist genauso ein Dorf wie Beverly Hills. Und Tlaib weiß genau, warum die Villa gesprengt wurde. Der Grund ist, dass sie das Zuhause eines islamischen Terroristen war.

Der Vater ist empört

Elisha Guetta, der Vater des ermordeten Jungen, prangerte die Biden-Regierung an und sagte, er sei „schockiert darüber, dass die USA den Abriss des Hauses des Mörders meines Sohnes verurteilen und einen Terroristen unterstützen, der aus den USA gekommen ist, um einen brutalen Terroranschlag gegen unschuldige jüdische Studenten zu verüben“.

„Es wäre zu erwarten, dass die USA, die selbst oft Opfer von Terrorismus geworden sind, eher zu den Terroropfern als zu ihren Mördern stehen“, wunderte er sich.

Dem Außenministerium von Biden ist die Terrorvilla wichtiger als der ermordete Junge.

„Wir messen dem eine Menge Priorität bei“, warnte der Sprecher des Außenministeriums, Ned Price, dass seine Regierung gegen Israel an-

gehen werde, „solange diese Praxis andauert“.

Oder solange die Biden-Regierung andauert.

„Strafabrisse verschärfen die Spannungen in einer Zeit, in der sich alle darauf konzentrieren sollten, vor allem Ruhe zu gewährleisten“, beklagte er. Price möchte das vielleicht mit den Terroristen besprechen, auf deren Finanzierung seine Regierung besteht. Das Herrenhaus von Shalabi würde immer noch hässlich dastehen, wenn der Haushaltsvorstand nicht versucht hätte, eine Gruppe Studenten zu ermorden, die an einer Bushaltestelle warteten.

Doch israelische Reaktionen auf Terroranschläge sind immer eine Provokation, während Terroranschläge es nie sind.

Der Abgeordnete Gregory Meeks, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses und langjähriger Castro-Kumpan, schloss sich der Druckkampagne an und machte angeblich selbst einen wütenden Anruf. Trotz der Bemühungen der Demokraten, Meeks als pro-israelisch zu bezeichnen, hatte er während des jüngsten Konflikts mit der Hamas versucht, Waffenverkäufe an Israel zu stoppen, und kritisierte wiederholt den jüdischen Staat.

Während die Medien Shalabi immer wieder als „einsamen Terroristen“ darstellten, tauchte eine Hamas-Gruppe auf, um der zerstörten Terrorvilla einen solidarischen Besuch abzustatten. Fotos der Veranstaltung zeigen eine Hamas-Flagge, die auf den Trümmern des Hauses weht, und ein Transparent mit dem Gesicht Shalabis neben den Insignien der Hamas.

Unglücklicherweise kündigten sie den Besuch vorzeitig in den sozialen Medien an und schrieben: „Die Hamas-Studentenfraktion an der Birzeit-Universität lädt Sie zu einem Besuch bei der Familie des heldenhaften Gefangenen Muntasir Shalabi ein.“ Die Israelis warteten und nahmen die ganze Gruppe zur Vernehmung mit.

Die Terrorvilla von Shalabi mag aus Staub und Trümmern bestehen, aber die Biden-Regierung wird die Märtyrervilla nicht vergessen und beabsichtigt, weiterzukämpfen, damit keine Terrorvillen mehr gesprengt werden.

Hady Amr, ein Biden-Bündler und Anti-Israel-Aktivist, der als demokratischer „Point-Man“ im terroristischen Konflikt gegen Israel fungiert, wird sich bei seinem nächsten Besuch mit dem Thema befassen. Amr, der Israel der „ethnischen Säuberung“ beschuldigt hatte und auf den Tod eines Hamas-Führers mit der Drohung reagierte, dass „es Tausende geben wird, die versuchen werden, diese brutalen Morde zu rächen“, ist am Fall dran.

Während seines Besuchs wird Amr wegen der Terrorabrisse Druck auf Israel ausüben.

Während die Inflation steigt und die Kriminalität in die Höhe schnell, Freiheitskämpfer in Kuba protestieren und China sein hartes Durchgreifen eskaliert, wird die Biden-Regierung weiter für die Terrorvilla eines Polygamisten kämpfen.

Daniel Greenfield ist Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel erschien zuvor im Front Page Magazine des Centers.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger.

Ungeahndeter Mord an jüdischer Rentnerin in Frankreich: Familie des Opfers Sarah Halimi erstattet Anzeige in Israel

Skandalöse französische Rechtsverweigerung: Weil die französische Justiz den brutalen islamischen Mörder der jüdischen Pensionärin Sarah Halimi in selbst für Rechtsexperten nicht nachvollziehbarer Weise für schuldunfähig erklärte, wird der Fall nun vor ein israelisches Gericht kommen. Möglich macht dies eine 1994 vorgenommene Gesetzesänderung in Israel (JR).

(Israelnetz) Laut einem Bericht der Tageszeitung „Yediot Aharonot“ hat die Familie der ermordeten französischen Jüdin Sarah Halimi durch ihre Anwälte Anzeige bei der Polizei in Israel erstattet. Halimi war am 4. April 2017 von einem Migranten aus Mali unter „Allahu Akbar“-Rufen aus ihrer Pariser Wohnung im dritten Stock in den Tod gestürzt worden. Die französische Justiz erklärte ihn aufgrund seines Marihuana-Konsums für schuldunfähig. Der Fall sorgte international für Aufsehen. Die israelische Regierung übte öffentlich Kritik an dem Urteil.

Anwälte der Schwester Halimis hatten bereits im April angekündigt, den Gang vor die israelische Justiz zu suchen. Sie sprachen damals von einer „Rechtsverweigerung“, die nicht nur die jüdische Gemeinde Frankreichs betreffe. Laut „Yediot Aharonot“ berufen sich die Anwälte auf eine Änderung im Strafrecht von 1994. Seitdem können sämtliche Angriffe gegen Angehörige des jüdischen Volkes im Ausland in Israel vor Gericht gebracht werden. Bis dahin galt dies vor allem für Angriffe auf Israelis, nicht aber für solche ohne israelischen Pass.

An der Auslieferung dürfte es scheitern

Dem Bericht zufolge ist es das erste Mal, dass auf dieser Basis Anzeige erstattet wird. Einer der Anwälte wies darauf hin, dass seit dem Eichmann-Prozess 1961/62 grundsätzlich kein Ausländer mehr in Israel wegen einer antisemitischen Tat vor Gericht gestellt wurde. Eichmann war seinerzeit auf Basis eines spezifischen Gesetzes zur Bestrafung von Nazis und Nazihelfern der Prozess gemacht



Ein Mann hält bei einer Demonstration in Paris am 25. April 2021 für die ermordete Sarah Halimi ein Plakat mit der Aufschrift „Gerechtigkeit für Sarah“.

worden.

Der Anwalt versteht den möglichen Prozess gegen den Halimi-Mörder als Warnsignal an Antisemiten im Ausland. Dass der Täter tatsächlich

in Israel zur Rechenschaft gezogen werden kann, ist demnach nicht sehr wahrscheinlich, da Frankreich und Israel kein entsprechendes Auslieferungsabkommen haben. Einziger

Weg wäre dann demnach, einen internationalen Haftbefehl zu erwirken und den Mörder bei einer Reise außerhalb Frankreichs festnehmen zu lassen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Dramatischer Linksrutsch amerikanischer Juden

Obwohl selbst Mitglied der linken Awoda, betrachtet Israels Minister für Diaspora-Angelegenheiten, Nachman Shai, den von allen guten Geistern verlassen gefährlichen Linksrutsch eines Teils der Juden Amerikas mit größter Sorge. Der vielfache Verlust der Unterstützung Israels durch eben jenen Linksrutsch wird auch nicht kompensiert durch die gewachsene Fürsprache evangelikaler Christen für den jüdischen Staat (JR).



Von Ryan Jones (Israel Heute)

Auch viele amerikanische Juden fallen auf die populistische Rhetorik der rassistischen "Black Lives Matter"-Bewegung herein, obwohl deren Sprecher bereits mehrfach zur "Abschaffung" des jüdischen Staates Israel aufgerufen haben.

Wenn Juden in den USA weiterhin Gruppen wie Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) und „Black Lives Matter“ (BLM) unterstützen, könnte dies die amerikanische Unterstützung für Israel gefährden, warnte der Minister für Diaspora-Angelegenheiten Nachman Shai.

Shai, Mitglied der linken Arbeitspartei, äußerte sich in der vergangenen Woche bei einem Auftritt in der Podcast-Sendung „People of the Pod“ des American Jewish Committee.

„Wenn wir sehen, dass immer mehr

radikale Linke und progressive liberale Juden BDS und ‚Black Lives Matter‘ unterstützen und Israel ähnlich wie die Palästinenser als einen Völkermord- oder Apartheidstaat bezeichnen, könnten wir Amerika verlieren“, betonte er.

BDS ist offensichtlich anti-israelisch. Aber „Black Lives Matter“ genoss bis vor kurzem eine recht breite Unterstützung durch amerikanische Juden. Als jedoch immer mehr führende Persönlichkeiten der BLM begannen, sich

israelfeindlich und sogar antisemitisch zu äußern, begann sich die Wahrnehmung zu ändern. Heute wird die BLM in Israel als problematisch angesehen, wie Shais eigene Ansichten über die Bewegung zeigen, obwohl er der liberalen Linken Israels angehört.

Shai sagte weiter, er lehne es ab, sich bei der Unterstützung Israels auf „andere Gruppen in Amerika“ zu verlassen, womit er sich offensichtlich auf evangelikale Christen bezog.

Anfang dieses Jahres erklärte der ehemalige israelische Botschafter in den USA, Ron Dermer, dass Israel gerade wegen der evangelikalen Christen Amerika nicht verlieren wird, egal, in welche Richtung sich die Juden wenden.

Mehr christliche als jüdische Unterstützung für Israel?

„Die Menschen müssen verstehen, dass das Rückgrat der Unterstützung Israels in den Vereinigten Staaten die evangelikalen Christen sind. Das ist das Rückgrat. Und das stimmt nicht nur zahlenmäßig, sondern auch wegen ihrer leidenschaftlichen und unmissverständlichen Unterstützung Israels“, sagte Dermer in einem öffentlichen Interview mit dem „Channel 12“-Journalisten Amit Segal.

Die Israelis sind sich nicht nur der Aufrichtigkeit der Unterstützung durch amerikanische Christen bewusst, sondern auch ihrer Fähigkeit, die Politik des Landes zu beeinflussen. Shai hält das vielleicht nicht für wichtig, aber die meisten Israelis schon. Das heißt aber nicht, dass es kein Problem gibt.

Wie der „Israel Heute“-Kolumnist Tsvi Sadan bereits im Mai schrieb:

„Obwohl diese christliche Unterstützung in jeder Hinsicht lobenswert ist, sollte man bedenken, dass die Evangelikalen trotz allem eine Minderheit in den Vereinigten Staaten sind. So einflussreich sie auch sein mögen, wenn Israels Unterstützung in den USA nur von dieser Minderheit abhängt, hat Israel ein Problem. Hinzu kommt, dass Statistiken darauf hindeuten, dass Evangelikale mehr mit Themen wie Rassengerechtigkeit beschäftigt sind als beispielsweise mit Familienwerten. Das bedeutet, die Unterstützung für Israel unter Evangelikalen nimmt ab.“

Obwohl Dermer zweifellos recht hat und die Evangelikalen das Rückgrat der US-Unterstützung für Israel sind, kann man zusammenfassend sagen, dass die US-Unterstützung für Israel wohl im Niedergang begriffen ist.“

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

„Jeder Jude, der hier in der Nachbarschaft eine Waffe trägt, ist ein Segen“

Immer mehr Israelis beantragen Waffenscheine um sich vor arabischen Mordangriffen zu schützen und gegebenenfalls jüdisches Leben zu retten. Seit dem Gaza-Krieg vor einem Vierteljahr sind 500 % mehr Anträge auf Waffenscheine eingegangen. Wichtig wird dies vor allem, weil der arabische Bevölkerungsteil – angestachelt von Hisbollah und Hamas – nun auch verstärkt in Israel selbst Gewalttaten gegen Juden verübt (JR).



Von Ryan Jones (Israel Heute)

Ebenso wie in den USA (unser Bild) sind nach neuen arabischen Mord-Angriffen nun auch in Israel immer mehr Zivilisten gezwungen sich zu bewaffnen.

Im Mai dieses Jahres führte Israel Krieg gegen die terroristischen Machthaber im Gazastreifen. Mit dem Unterschied, dass es der Hamas diesmal gelang, Teile der arabischen Bevölkerung Israels zur Teilnahme an den Kämpfen anzustacheln, was zu chaotischer Gewalt in Israels gemischt jüdisch-arabischen Städten führte.

Als sich der Staub gelegt hatte, waren drei Juden getötet und viele weitere verwundet worden, 386 jüdische Häuser waren geplündert und 673 beschädigt worden, dazu waren 10 Synagogen, 112 Häuser und 849 Autos in Brand gesetzt worden. Im Gegensatz dazu wurden nur 13 arabische Häuser beschädigt und 13 arabische Autos abgefackelt. Viele verglichen die Situation mit einem antijüdischen Pogrom mitten im Herzen des jüdischen Staates.

Die wichtigsten Brennpunkte waren die Städte Lod, Ramle, Akko und Haifa. Jüdische Einwohner dieser Städte berichteten wiederholt, dass es der Polizei nicht gelang, die Gewalt einzudämmen und unschuldige Bürger vor den Randalierern zu schützen, von denen einige ihre eigenen Nachbarn waren.

Deshalb wollen jetzt immer mehr Leute Waffen, um sich selbst zu schützen. Seit Mitte Mai hat das Ministerium für Innere Sicherheit 10.580 Anträge auf Genehmigung des Besitzes persönlicher Schusswaffen erhalten. Das ist ein Anstieg um 500 % gegenüber dem gleichen Zeitraum in den Jahren vor den Unruhen.

Tzur Raanan, ein Einwohner von Lod, sagte gegenüber Makor Rishon, dass er jahrelang das Tragen einer persönlichen Schusswaffe abgelehnt habe, sie aber jetzt als eine grundlegende Notwendigkeit betrachte.

„Jeder, der während der Unruhen in Lod war, versteht jetzt, dass man sich nicht allein auf die Strafverfolgungs- und Sicherheitskräfte verlassen kann“, sagte Raanan. „Die Häuser vieler unserer Nachbarn wurden mit Steinen beworfen, es wurde auf der Straße geschossen, und man versuchte, in mein Haus einzubrechen. Ich bin mit einem Hammer ins Bett gegangen, damit ich etwas

„ Entgegen der landläufigen Meinung gibt es in Israel keinen Überfluss an privaten Schusswaffen.“

habe, womit ich mich und meine Familie schützen kann.“

Oz Abramovich ist ein lokaler Sicherheitsbeauftragter der Nachbarschaft. Er freut sich, dass Raanan sich in die kurze Liste der bewaffneten Anwohner einreicht.

„Jeder Jude, der hier in der Nachbarschaft eine Waffe trägt, ist ein Segen“, sagte er der Zeitung. „Er ist eine weitere Person, die sich und andere schützen kann. In der ersten Nacht der Unruhen gab es hier Leute, die die Polizei riefen, aber keine Hilfe erhielten. Also nahmen wir Kontakt zu bewaffneten Bürgern auf, und jeder übernahm die Verantwortung für den Schutz einer bestimmten Straße, ei-

nes bestimmten Gebäudes oder eines bestimmten Bereichs in der Nachbarschaft.

Mit Gitarren, Einkaufswagen und Regenschirmen gegen Terroristen

Der starke Anstieg der Anträge auf Waffenscheine erfolgt ausgerechnet in einer Zeit, in der der neue Minister für innere Sicherheit, Omer Bar-Lev, versucht, die Zahl der privaten Schusswaffen im Lande zu verringern.

Entgegen der landläufigen Meinung gibt es in Israel keinen Überfluss an privaten Schusswaffen. Nur

etwa 140.000 Privatpersonen haben einen Waffenschein. Dazu kommen natürlich noch die IDF-Soldaten und die Mitglieder des Sicherheitsapparats, die jederzeit bewaffnet sind.

Minister Bar-Lev würde es jedoch begrüßen, wenn diese Zahl sinken würde. Aber so kurz nach den Mai-Unruhen ist das unwahrscheinlich. Es widerspricht auch der eher populären Politik der vorherigen Likudgeführten Regierung. Bar-Levs unmittelbare Vorgänger, Amir Ohana (Likud) und Gilad Erdan (Likud), hatten beide die Berechtigung zum Erwerb von Schusswaffen für den persönlichen Gebrauch stark ausgeweitet, so dass etwa 500.000 zusätz-

liche Bürger, die früher IDF-Kampfsoldaten waren, einbezogen wurden. Ohana erklärte damals, dass mehr Waffen in den Händen verantwortungsbewusster und gut ausgebildeter Bürger tatsächlich dazu beitragen würden, die Gewalt zu verringern und den Terrorismus zu vereiteln.

„Zivilisten, die wissen, wie man mit Waffen umgeht und sie in der Öffentlichkeit tragen, vermitteln ein höheres Sicherheitsgefühl und sind ein wichtiger Schutz vor Terrorismus“, sagte Erdan damals.

Ohana fügte hinzu: „Es ist an der Zeit, der gefährlichen Politik der letzten Jahrzehnte ein Ende zu setzen, die unsere Bürger zwingt, sich mit Gitarren und Einkaufswagen, Pizzetellern und Regenschirmen gegen Terroristen zu verteidigen. Ein Zivilist, der weder vorbestraft ist noch gesundheitliche Probleme hat, der Reservist ist oder war, sollte sich und andere verteidigen dürfen. Ein solcher Mensch ist nicht das Problem, sondern die Lösung für unsere Sicherheitslage“.

Ein paar Jahre zuvor, auf dem Höhepunkt der „Messer-Intifada“, forderte der damalige Jerusalem-Bürgermeister Nir Barkat (heute Likud-Mitglied der Knesset) die Einwohner seiner Stadt auf, bewaffnet durch die Straßen zu gehen. „Der Besitz von Waffen stärkt das Vertrauen der Einwohner, die wissen, dass es neben der Polizei viele Menschen gibt, die sich nicht scheuen, einzugreifen“, betonte Barkat.

Haifas neue Seilbahn

Die neue Seilbahn in der nordisraelischen Metropole soll den Hauptbahnhof mit dem berühmten Technion verbinden. Nun ist die Testphase angelaufen.

(Israelnetz) Erstmals hat am Donnerstag eine Seilbahn des öffentlichen Verkehrs in Israel Passagiere transportiert. Die Fahrt gehörte zur Testphase der Strecke in Haifa, die am 10. Oktober eröffnet werden soll. Sie beginnt an der Haltestelle Lev HaMifratz, dem Hauptbahnhof der nordisraelischen Küstenstadt. Weitere Stationen sind das Technion und die Universität, die sich beide auf dem Berg Karmel befinden.

Die Strecke vom Bahnhof zur Universität ist 4,4 Kilometer lang und umfasst 460 Meter Höhenunterschied. Die Gondeln werden dafür 19 Minuten benötigen. Eine Fahrt kostet umgerechnet rund 1,58 Euro.

Insgesamt gibt es 148 Gondeln mit je acht Sitz- und zwei Stehplätzen, berichtet die Zeitung „Ma'ariv“. Alle 15 Sekunden soll eine Gondel abfahren. Obwohl in Haifa öffentlicher Verkehr am Schabbat erlaubt ist, können die Passagiere die Seilbahn nur sechs Tage in der Woche benutzen. Denn sie steht unter der Aufsicht des Verkehrsministeriums.

„Eines der sichersten und modernsten Fortbewegungsmittel“

Die Transportgesellschaft Netivei Israel und das Ministerium haben knapp 90 Millionen Euro für das Projekt investiert. Sie sehen in der Seilbahn eine gute Alternative für Busse und Privatfahrzeuge. Staus und Parkplatzprobleme könnten dadurch gemindert werden. Doch die Zeitung „Yediot Aharonot“ weist darauf hin, dass am Hauptbahnhof derzeit nicht viele Parkplätze zur Verfügung stehen. Die Transportgesellschaft rechnet allerdings damit, dass viele Fahrgäste, die von Norden kommen, schon bei der Anreise öffentliche Verkehrsmittel nutzen werden. Aus ihrer Sicht handelt



Die neue Seilbahn in Israels nördlichster Großstadt

es sich bei der Seilbahn um eines der sichersten und modernsten Fortbewegungsmittel der Welt.

Die Initiative für das Projekt kam vom früheren Bürgermeister Jona Ja-

hav (Kadima), dessen Amtszeit im November 2018 endete. Angesichts der Jungfernfahrt sagte er: „Wenn ich höre, dass die Seilbahn im Rahmen ihres Testlaufes bereits erste Fahr-

gäste transportiert, bewegt mich das sehr.“ Die geplante Eröffnung fällt mit dem Beginn des neuen Studienjahres an israelischen Hochschulen zusammen.

Sisi lädt Bennett nach Ägypten ein

Ägypten ist zum wichtigen Vermittler zwischen Israel und Terrorgruppen im Gazastreifen geworden. Der Geheimdienstchef des Nilstaates suchte nun zur Koordinierung Jerusalem auf. Dabei übermittelte er auch eine Einladung seines Präsidenten.

(Israelnetz) Der israelische Premier Naftali Bennett (Jamina) hat den ägyptischen Geheimdienstchef Abbas Kamel empfangen. Die beiden besprachen in Jerusalem unter anderem die Lage im Gazastreifen. Kamel übermittelte Bennett auch eine Einladung des ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi. Das Treffen ist „in den kommenden Wochen“ angedacht.

Nach einem Bericht der Onlinezeitung „Times of Israel“ wäre dies der erste Besuch eines israelischen Regierungschefs seit Januar 2011. Damals empfing Hosni Mubarak Benjamin Netanjahu (Likud) in Scharm el-Scheich. Im Mai 2018 soll Netanjahu inoffiziell zu einem Treffen mit Al-Sisi gereist sein.

Kamel reiste auch nach Ramallah, wo ihn der Präsident der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA), Mahmud Abbas (Fatah), empfing. Kamel übermittelte Abbas laut einem Bericht der „palästinensischen“ Nachrichtenagentur Wafa Grüße des ägyptischen Präsidenten. Abbas lobte seinerseits die Unterstützung Kairo für die „Palästinenser“ in ihrem „gerechten Anliegen“.

Volatile Lage

Nach der jüngsten Eskalation zwischen Israel und Terrorgruppen im Gazastreifen im Mai gibt es noch immer keinen ausgehandelten Waffenstillstand. Am Montagnachmittag feuerten Terroristen Raketen auf Israel ab. Es handelte sich um den ersten Beschuss seit Mai. Ein Geschoss schlug noch im Gazastreifen ein, das andere wurde abgefangen.

Die Armee reagiert nicht wie üblich umgehend mit Beschuss von Terrorzielen. Bennett erklärte am Folgetag bei einem Besuch des Südkommandos, Israel werde sich Zeit und Ort einer Reaktion selbst wählen. Die Armee sei indes gut vorbereitet auf eine mögliche weitere Eskalation.

Laut einem Bericht der „Jerusalem Post“ hatte Ägypten den neuerlichen Raketenbeschuss gerügt. Nach Einschätzung von Beobachtern wollten die Terroristen Israel damit dazu drängen, weitere Hilfen in den Gazastreifen zu lassen, vor allem Geld aus Katar. Israel will jedoch erst einen Mechanismus etablieren, mit dem sich die Verwendung der Gelder nachverfolgen lässt, so dass es nicht für Terrorzwecke missbraucht wird.



Der ägyptische Präsident Sisi

Gemeinsam sind wir stark!

Die Vielfältigkeit des jüdischen Volkes: Spirituelle Menschen, die die Thora lernen, sind wichtig. Doch auch Menschen, die eher säkularen Aufgaben nachgehen, haben eine wichtige Rolle für das jüdische Volk – innerhalb wie außerhalb Israels.



Von Dovid Gernetz

In Israel leben Juden ganz verschiedener Religiosität zusammen.

Im jüdischen Volk gibt es viele verschiedene Rollen, und jeder Mensch kann G'tt auf seine eigene Art und Weise dienen. Manche Menschen widmen ihr Leben vollkommen dem Dienst an G'tt, während andere einen Beruf praktizieren und jüdische Einrichtungen und Organisationen unterstützen. Auch gibt es Menschen, die ihre Zeit der Gemeinde widmen und dafür sorgen, dass das Gemeindeleben reibungslos ablaufen kann.

Jeder leistet seinen Beitrag für den spirituellen oder materiellen Unterhalt des jüdischen Volkes. Niemand kann behaupten, dass er/sie aufgrund seiner/ihrer Tätigkeit wichtiger für das jüdische Volk ist als die anderen, denn ohne jedes einzelne Glied ist die Gesamtheit unvollständig. Es ist falsch zu behaupten, dass alle den ganzen Tag nur Thora lernen oder im Gegenteil nur arbeiten sollten.

Die Armee als Beispiel

Es gibt Soldaten, Technik- und IT-Experten und Büroangestellte. Es gibt Luft-, Meer- und Bodeneinheiten, und außerdem noch unzählige weitere notwendige Bereiche und Abteilungen. Nicht alle können und sollen Soldaten sein und wenn es niemanden gäbe, der bereit wäre Soldat zu sein, dann würde die beste IT-Abteilung auch nicht helfen. Damit es funktioniert, muss jeder seine individuellen Fähigkeiten erkennen und seinen einzigartigen Beitrag leisten. Gemeinsam können sie erfolgreich sein und ihre Funktion als Armee erfüllen.

Dasselbe gilt für das jüdische Volk: Jeder muss erkennen, was seine indivi-

duelle Aufgabe auf dieser Welt ist und wie er/sie dem jüdischen Volk dienen kann. Wer bereit ist, sein Leben dem Dienst an G'tt und dem Studium der Thora zu widmen, soll dies tun. Wer eher dafür geeignet ist, zu arbeiten und finanzielle Mittel bereitzustellen oder organisatorische Fragen zu lösen, dann ist das seine Aufgabe auf dieser Welt. Nur mit vereinten Kräften können wir unsere Aufgabe, den Namen G'ttes in der Welt zu verkünden, bewältigen.

Diese wichtige Einstellung lehrt uns die Thora im Wochenabschnitt Vajechi. Yakov, das Oberhaupt der Familie, steht kurz vor seinem Tod und will seine Söhne, die 12 Stämme, segnen. Mit dem Ableben Yakovs wird sich die Struktur der jüdischen Familie grundlegend ver-

ändern, denn bis zu diesem Zeitpunkt war es jeweils ein Patriarch, der die Tradition seinem Sohn übergab und dieser von ihm seinen Posten übernahm. Ab jetzt teilt sich die jüdische Familie in 12 Stämme auf, um sich als Volk neu zu definieren. Um als Volk funktionieren zu können, muss jeder Stamm seine eigene Aufgabe erfüllen.

Jeder Stamm hat seinen eigenen Segen

Rav S.R. Hirsch erklärt, dass die Aufgabe und Mission jedes Stammes im Segen, den er vom Patriarchen Yakov vor seinem Ableben erhalten hat, zu finden ist:

Der Stamm Levi beschäftigt sich nur mit dem Dienst an G'tt und ist für das

spirituelle Niveau des jüdischen Volkes verantwortlich. Zevulun betreibt Handel und stellt die finanziellen Ressourcen zur Verfügung. Der Stamm Yehuda ist für die Führung des Volkes verantwortlich und stellt Könige aus seinen Reihen auf. Trotz der Unterschiede in der Art und Weise, fordert Yakov seine Söhne auf, als ein Volk vereint zu bleiben. G'tt möchte ein vielfältiges und vielseitiges Volk, und kein Heer von Robotern, die alle dasselbe tun.

Jeder hat seine eigene Art und Weise, G'tt zu dienen und eine individuelle Aufgabe in dieser Welt. Wir müssen jeden respektieren und schätzen, egal welche Aufgabe er/sie für sich ausgewählt hat, weil wir es nur mit vereinten Kräften schaffen können!

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Bob Dylan: „Er denkt jüdisch, sehr jüdisch“

(Aus unserer Reihe jüdische Singer-Songwriter, Teil 7) (JR)

Von Theodor Joseph

Als die Nachricht von der Nobel-Jury mit der Wahl zum Literaturnobelpreis an Bob Dylan 2016 in die Welt hinausging, war der Auserwählte erst einmal spurlos verschwunden. Das war eines der vielen Rätsel, mit denen der Apostrophierte die interessierte Welt immer wieder in Atem hält. Von Anbeginn seiner Karriere zieht sich dieser Zug durch Leben und Werk Bob Dylans, das Grundprinzip des Mannes, der heute als Ahnvater aller jüngeren Singer und Songwriter gilt: Rätsel aufgeben, Staunen machen, die Sphinx aus Minnesota spielen. Dass Dylan dann tatsächlich nicht zur Nobelpreis-Verleihung in Stockholm erschien, ist zwar aus seiner Sicht konsequent, brachte ihm jedoch auch viel Kritik ein. Bob Dylan war, ist und bleibt der unangepasste Rebell.

Bob Dylan war nicht der einzige Künstler der populären Musik, der sich mal mehr, mal weniger, mit seiner jüdischen Herkunft auseinandersetzte. Auch wenn er selbst wenig über seine jüdische Herkunft spricht, ist allgemein bekannt, dass er Jude ist. Andere wiederum waren bemüht, ihren jüdischen Glauben und ihre Herkunft aus den Schlagzeilen zu halten. Sich als Jude zu outen, gilt aus nachvollziehbaren Gründen als schlecht fürs Geschäft. Das hat sich in der Gegenwart geändert und jüdische Rock- und Popmusiker gehen inzwischen offen mit ihrer jüdischen Identität um. Einige änderten ihren Namen, andere wiederum waren stolz auf den ererbten jüdischen Namen. Als der junge Robert Zimmerman sich der Musik zuzuwenden begann und von einer Karriere träumte, fragte er sich, wie er wohl mit seinem Familiennamen auf das Publikum wirken würde und meinte: „Ich glaube, es hätte nicht geklappt, wenn ich den Namen zu Bob Levy geändert hätte“. Aus Robert Zimmerman wurde schließlich „Bob Dylan“. (Der selbstgewählte Name ist vermutlich angelehnt an den Namen des walisischen Dichters Dylan Thomas anlehnt, den er bewunderte.) Ein Künstler, der alle möglichen Stilrichtungen der populären Musik probierte und bediente und wie kein anderer die musikalische Szene beeinflusst hat. Bob Dylan ist wohl der einflussreichste und zugleich geheimnisvollste Songschreiber des 20. Jahrhunderts.

Ein neuer Name

Auch dies gehört zur Geschichte der Juden im Pop: sich einen neuen Namen geben, um nicht als Jude identifiziert zu werden – eine bewährte Überlebenstechnik. Viele amerikanische Juden taten es ihm gleich. Sich einen neuen Namen geben – ein Schritt zum Erfolg. Bob Dylan, ein Mann der Masken, so hat man ihn genannt. Bob Dylan treu zu bleiben, ist schon deswegen schwer, weil er sich selbst häufig untreu ist, das am liebsten tut, was am wenigsten von ihm erwartet wird – auch musikalisch. Oder in den Worten des Meister selbst: „Im Leben geht es nicht darum, sich zu finden, sondern sich zu erfinden“. „The Times they are Changin“ lässt sich als sein Lebensmotto beschreiben.

Gleichwohl hat Dylan sich stets



Joan Baez und Bob Dylan 1963 auf einer Demonstration in Washington D.C..

gegen jedwede Vereinnahmung gewehrt. Er wollte nie die Galionsfigur des Aufbegehrens gegen das Establishment sein. Auch nicht das Sprachrohr einer Protestgeneration. In seinen Worten lehnte er es ab, ungefragt als der „Hohepriester des Protestes, der Zar des Widerspruchs, der Großfürst des Ungehorsams“ zu gelten. Trotz allem galt er als ein solcher, ob er wollte oder nicht.

1941, die Nazis bereiten die „Endlösung“ vor, kommt er zur Welt, seine Großeltern waren 1905 aus dem ukrainischen Odessa bzw. aus Litauen in die USA eingewandert. Abram und Beatrice Zimmerman ließen ihren Sohn im Standesamt von Duluth im US-Bundesstaat Minnesota als Robert Allen Zimmerman registrieren. Zudem gaben sie ihm als gläubige Juden den hebräischen Namen Shabtai Zisel ben Avraham, mit dem er beim Gottesdienst zur Thora aufgerufen wurde. Robert Allen Zimmerman verbrachte in seinem Geburtsort eine normale jüdische Mittelschichtsjugend. Er besuchte die Hebrew School der orthodoxen Agudas-Achim-Synagoge und seine Schulferien verbrachte er im zionistischen Herzl-Camp.

An seine Barmitzwa-Vorbereitungen erinnerte er sich später ein wenig despektierlich, wie er bei dem Gemeinderabbiner „dieses Zeug“ lernte und wenig überzeugt war von dem, was er einpauken musste. Der alte Rabbiner aus Brooklyn mit seinem weißen Bart, schwarzem Hut und schwarzer Kleidung war oberhalb eines Cafés untergebracht, das zu-

gleich der Jugendtreff war. Es war ein Rock ‚n‘ Roll-Café, das auch der heranwachsende Bob Dylan besuchte. Dylan: „Ich ging jeden Tag hoch, um das Zeug zu lernen. ... Nachdem ich eine Stunde oder so mit ihm gelernt hatte, kam ich runter und ging Boogie tanzen“.

In „Highway 61 Revisited“ (1965), eins der einflussreichsten Alben der Pop- und Rockgeschichte, singt Dylan mit seiner nasalen Stimme von der Beinahe-Opferung Isaaks aus Genesis 22: „Oh God said to Abraham: Kill me a Son“. Das ist ein grundlegender Bezug zum Judentum.

Treffen mit dem rechtsextremen Rabbi Meir Kahane

Nachdem Dylan 1967 einen schweren Motorradunfall hatte, begann er mehr Interesse für seine jüdischen Wurzeln zu entwickeln. Er las viel in den Schriften, Thora, Talmud und Psalmen, führte mit dem rechtsextremen Rabbi Meir Kahane von der „Jewish Defense League“ lange Gespräche. 1971 reiste Dylan mit seinem Sohn Jesse für dessen Barmitzwa erstmals nach Israel. Ernsthaft überlegte er, sich mit seiner Frau und den mittlerweile vier Kindern einem Kibbutz anzuschließen. Es ist bekannt, dass er an den Hohen Feiertagen in die Synagoge ging, – selbst während seiner Konzerttourneen. Die Gläubigen in der Beth-El-Synagoge in Palm Beach/Florida staunten nicht schlecht, als während des Jom-Kippur-Gottesdienstes 1995 Bob Dylan in ihrer Synagoge erschien. Für ihn war das ganz

selbstverständlich.

Indes war sein Gottesdienstbesuch zu diesem Zeitpunkt Mitte der 1990er Jahre doch nicht selbstverständlich: Auf einer erfolgreichen Welttournee im Jahr 1978 hatte Dylan angeblich ein religiöses Erweckungserlebnis, als jemand aus dem Publikum ein kleines silbernes Kreuz auf die Bühne warf.

Aufsehen erregte seine 1979 erfolgte Konversion zum christlichen Glauben, was sich in seinen folgenden Platten deutlich niederschlug – und heftige Diskussionen auslöste, bei Fans wie bei Kritikern. Nach weiteren religiösen Alben, die zu seinen künstlerisch schwächsten gehören, wurde das Missions-Kapitel geschlossen und Dylan näherte sich wieder dem jüdischen Glauben an.

„Die Deutschen haben jetzt auch Gott auf ihrer Seite“

1961 war das noch ganz anders: Ausgeboren aus dem jüdischen Milieu Minnesotas – Vater Abe hatte ihm ein Startgeld mitgegeben – und frisch angekommen im säkularen Greenwich Village, dem New Yorker Mekka der amerikanischen Folkszene, sang Dylan seine Version des hebräischen Volksliedes „Havah Nagilah“. Er tat es mit der ihm eigenen Ambivalenz: einer Mischung aus Spott und Verbeugung. In seinem Song „With God on Our Side“ nimmt er Bezug auf die Schoah – und auf das Judentum: „Der Zweite Weltkrieg kam zu einem Ende/Wir vergaben den Deutschen und wir waren Freunde/Obwohl sie sechs Millionen ermordeten, in den Öfen brie-



Der Altmeister auf der Bühne

ten sie/Die Deutschen haben jetzt auch Gott auf ihrer Seite“.

Dylan war nicht der einzige jüdische Pop-Künstler, der sich mit dem Holocaust auseinandersetzte: In den 1970er Jahren kam der Punk auf, man rebellierte aggressiv gegen das allzu Angepasste. Punkbands thematisierten provokativ die Traumata der Elterngeneration, spielten offen mit der Holocaust-Thematik. Lou Reed, Mitbegründer von „Velvet Underground“, kam aus einer jüdischen Familie in Brooklyn. Seine ängstlichen Eltern ließen ihn im jugendlichen Alter in die Psychiatrie einweisen.

Der Zeitgenosse von Elvis Presley und der Beatles überlebte diese alle, wenn nicht physisch, dann aber künstlerisch. Heute ist er so präsent wie in den Sechzigern, nur anders: reifer, tiefer, politischer. Mit der Musik reifte seine Poesie. Dabei ist seine geistige Ahnengalerie beachtlich. Er hatte immer ein Faible für literarische Außenseiter, für die Beatniks, für delirierende Dichter (wie Dylan Thomas). Von den Meistern des Alten Bundes, den Propheten und Psalmisten über Villon, Rimbaud und Whitman bis zu Brecht. Da gibt es berühmte Titel „Chimes of Freedom“ oder „Masters of War“. Das berühmteste seiner Lieder ist „Blowin' in the Wind“, zumindest das populärste (auch durch die Interpretation der Marlene Dietrich), leider schon zum Schlager verkommen.

Experimente mit anderen Religionen

Nach seinem Übertritt zum Christentum scheint Dylan hin und her zu torkeln zwischen christlichem Fundamentalismus und chassidischem Judaismus. Indes: Wie ernst gemeint war Dylans

Übertritt, als er Magen David gegen das evangelikale Kreuz eintauschte? Während viele seiner Anhänger mit „Palästinenser“-Tüchern um den Hals demonstrierten, fuhr Bob Dylan nach Jerusalem, ließ sich mit einer Kippa auf dem Kopf fotografieren und freute sich, dass er nun als Zionist galt. Wer ihn 1983 – nach seiner Konversion! – mit Tallit und Tefillin nachgerade inbrünstig an der Jerusalemer Klagemauer gesehen hat, der konnte sehr wohl auf den Gedanken kommen, Dylan habe in Wirklichkeit nie dem Judentum entsagt. Die Abwendung vom Christentum (dem er so tief nie wirklich verbunden gewesen sein kann – auch in Dylans Jesus-Phase wurden seine Kinder Bar- und Batmizwa!) brachte ihn wieder zurück zu seinen jüdischen Wurzeln. Und er sang 1983 den Song „Neighborhood Bully“, ein Plädoyer für den Staat Israel und sein Existenzrecht. Eine Strophe lautet:

Nachbarschaftsmobber wurden aus jedem Land vertrieben./Er ist als verbannter Mann über die Erde gewandert./Als seine Familie zerstreut, sein Volk verfolgt und zerrissen wurde, steht/er immer vor Gericht, weil er gerade geboren wurde.

In seinen Texten stechen als Motiv das Wort „sin“ heraus – „Sünde“ scheint für ihn ein Schlüsselwort zur Erklärung der Weltzusammenhänge.

Dylans Texte sind in allen Phasen seines Schaffens glaubensgeprägt. Von Anfang an hat er extensiv mit Bibelzitaten gearbeitet, religiöse Bilder verwendet, mit messianischem Furor gesungen und musiziert. Die ganze Kraft seiner Dichtung ließ ihn jedes Jahr zum Favoriten auf den Literaturnobelpreis werden.

Bob Dylan hat neben der Literatur auch der Musik etwas Neues geschenkt. Mit Songs wie „Blowin' in

the Wind“, „Tambourine Man“ oder „Like a Rolling Stone“ zählt der Literaturnobelpreisträger zu den Ikonen der Popmusik des 20. Jahrhunderts. „Sein Einfluss auf die zeitgenössische Musik ist nachhaltig und er ist das Objekt eines ständig wachsenden Stroms von Sekundärliteratur“, so 2016 die schwedische Akademie in ihrer Begründung für den Preisträger.

Dylans Haltung zum Judentum ist und bleibt ambivalent. Doch er kann seinem Schatten nicht entfliehen. Seine Tante Ethel Crystal bringt es auf den Punkt: „Er denkt jüdisch, sehr jüdisch. Er wurde ja so erzogen.“

Als er in einem Interview einmal gefragt wurde, wie er zum Rock'n'Roll gekommen sei, sagte er: „Aus Leichtsinn“. Ein „Typ“ hätte ihn auf der Straße aufgelesen und gefragt, ob er ein Star werden wolle. „Wie konnte ich da nein sagen“, war seine Antwort. Das war sozusagen der Beginn eines beispiellosen Aufstiegs.

Schon sehr früh hatte Bob Dylan für sich erkannt, dass ihm Melodien nicht wichtig seien, sie seinen ihm „schnuppe“. Wichtig allein seien die Texte. Kein Wunder, dass er sich an klassischen literarischen Vorbildern orientierte.

Literaturnobelpreis

Der Nobelpreis für Literatur 2016 ging an – Bob Dylan. Damit wurde erstmals ein Musiker mit dem höchsten zu vergebendem Literaturpreis ausgezeichnet mit der Begründung, er stehe mit seinen „poetischen Neuschöpfungen“ in der Tradition der großen amerikanischen Songtradition. Hören wir Horace Engdahl, Mitglied des Nobelpreiskomitees:

„Dylan ist ein Sänger, der eines Platzen neben den griechischen Barden, neben Ovid, neben den romantischen

Visionären, neben den Königen und Königinnen des Blues, neben den vergessenen Meistern der brillanten Standards würdig ist“.

Den Kritikern hielt Engdahl entgegen, man müsse daran erinnern, „dass die Götter nicht schreiben, sie tanzen und sie singen“. Welch poetischer Einfall!

Die Reaktionen auf diese Entscheidung der Schwedischen Akademie fielen in der Tat höchst unterschiedlich aus. Das war für jene, die sich Literatur nur verschriftlicht vorstellen können, verständlich. Indes, für Bob Dylan gilt a priori das gesungene Wort – und der gedruckte Buchstabe. Mündliche Überlieferung, eine durchaus jüdische Angelegenheit. Die Kritiken anlässlich seiner Nominierung reichten von euphorischer Zustimmung bis zu kopfschüttelndem Unverständnis. Die jüdische Welt ist jedoch begeistert, dass einer aus der Heerschar des Moses die höchste literarische Auszeichnung, die ein Schreibender erlangen kann, zugesprochen bekam. Leonard Cohen hat die Bekanntmachung der Nobelpreis-Verleihung auf die ihn eigene witzige Weise kommentiert: „Dylan den Preis zu geben, ist so, als würde man dem Mount Everest eine Medaille für den höchsten Berg umhängen“.

Bob Dylan hat den Preis verdient – aber er braucht ihn nicht. Er wird weitermachen wie zuvor, jemand, dessen Dasein als Literat und als Sänger immer eine andauernde Veränderung ist. Dylan hat die populäre Musik seit den 1960er Jahren auf einen ganz neuen Level gehoben, ganzen Generationen wurde er ein ständiger, anregender, unbequemer Begleiter. Und achtzig Jahre ist er inzwischen auch noch geworden.

Keith Gessen: Rückkehr nach Russland

In seinem neuen Roman führt Gessen zwei junge jüdische Brüder aus Amerika zurück nach Russland in die Heimat ihrer Eltern

Von Filip Gaspar

„Sie legte viel Wert auf die Betonung des offensichtlich jüdischen Nachnamens meiner Großmutter. Die beiden anderen Frauen kicherten zustimmend.“ Diese Erfahrung macht Andrej Kaplan mit einigen Moskauer Rentnerinnen, mit denen er versucht hatte ins Gespräch zu kommen. In seine Geburtsstadt Moskau, die er 1981 zusammen mit seinen Eltern und seinem älteren Bruder Dima Richtung USA verlassen hatte, kehrt er 2008 mitten in der Weltwirtschaftskrise zurück, um sich um seine Großmutter Sewa zu kümmern. Die Kaplans sind aschkenasische Juden, was im Buch zwar nur gelegentlich thematisiert wird, aber dennoch eine Rolle für die Handlung spielt. Aus dem damals sechsjährigen Andrej wird in den USA der Amerikaner Andrew. Ganz aber lässt ihn die alte Heimat nicht los. Schließlich hat er einen Doktor in Russian studies erlangt. Das Problem ist nur, dass er versucht eine Professorenstelle zu ergattern, um damit seine wissenschaftliche Karriere zu krönen.

Das ihm das bisher nicht gelungen ist, beweist sein bisheriges Leben. Er wohnt in einer WG, kommt finanziell gerade so über die Runden und seine letzte Freundin hat ihn verlassen, weil er, gelinde gesagt, das Bild eines Verlierers vermittelt. Sein Bruder Dima ist das Gegenteil seines kleinen Bruders. Dima, der bei der Auswanderung bereits 16 Jahre alt war und immer ein Russe blieb, kehrt kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zurück nach Moskau. Dort wird er mit an der Grenze zur Legalität liegenden Geschäften reich. Leider war zuletzt ein halblegales Geschäft zu viel darunter, was ihn dazu zwingt, die Flucht ins Ausland anzutreten. Leider muss sich noch jemand finden, der auf Großmutter Sewa aufpasst, die immer stärker an Demenz zu leiden beginnt.

Und hier kommt Andrej ins Spiel, der das letzte Mal für kurze Zeit zehn Jahre zuvor in Moskau zu Besuch gewesen war. Jetzt erkennt er die Stadt und vor allem den Boulevard-Ring, wo seine Großmutter



wohnt, kaum wieder. Auch wenn er nach Hause kommt, so kommt er dennoch in ein fremdes Land zurück, denn die Hauptstadt der ehemaligen Sowjetunion hat sich mehr als nur verändert. Zu Gessen, der selbst in jungen Jahren mit seiner Familie aus Russland in die USA ausgewandert sind, werden sich gewiss einige Parallelen im Buch finden lassen.

Sein Roman ist auch seiner mittlerweile verstorbenen Großmutter Rosa, nicht Sewa, gewidmet. Er vermittelt dem Leser ein facettenreiches Bild von Russland, auch wenn er dafür öfters Klischees bedient und die Figuren manchmal überzeichnet. Dima hat nur Verachtung für Schwächlinge übrig und sagt über den Homo sovieticus: „Im Kommunismus aufgewachsene Menschen haben eine Sklavenmentalität.“

Andrej bleibt ein Fremder in der alten Heimat. Für die Russen bleibt er ein Amerikaner, ein Westler. Außerdem, auch wenn er religiös alles andere als verankert ist, bleibt er ein Jude, wie der folgende Dialog mit einem Taxifahrer aufzeigt:

„Woher kommen Sie? Argentinien?“
[...] „Ich bin von hier.“ Was ja auch stimmte. „Aber ich bin Jude.“ „Ach, echt? Ich bin auch Jude.“ [...] „Toll“, sagte ich und meinte es auch so.“

Die Großmutter Sewa lebt in einer Wohnung, die sie einst von Stalin geschenkt bekommen hat. Trotzdem empfindet sie keine Liebe zu Russland und bezeichnet es in vielen Gesprächen mit ihrem Enkel als „schreckliches Land“. Da es in der Wohnung kein WLAN gibt und Andrews Laptop zu alt ist, um das Signal vom Nachbarn zu empfangen, begibt er sich täglich in ein Café, nippt den ganzen Tag an einem Getränk, um dort ins Internet zu kommen.

Der erste russische Kuss

Um seinen Lebensunterhalt aus der Ferne zu verbessern, unterrichtet er in Onlinekursen. Doch das Glück ist zu Beginn nicht auf seiner Seite. Vor einer Diskothek wechselt ihn ein eifersüchtiger Ehemann und bricht ihm mit einem Pistolenknuff die Nase. Auf seinem ersten Date mit der Russin Sonja kommt er in den Genuss eines russischen Kusses.

„Mein erster russischer Kuss! Er war wie ein amerikanischer Kuss, nur besser, intensiver, und er war in Russland.“ Doch um mit in Sonjas Wohnung zu kommen, verlangt sie eine „Reinigungsgebühr“. Sein erstes Date entpuppt sich also als Prostituierte. Als wenn das alles nicht schon genug wäre, verschlimmert sich die Demenz seiner Großmutter zunehmend und die beiden reden aneinander vorbei. Entweder erkennt sie „den Fremden“ in ihrer Wohnung nicht, und wenn doch, dann nimmt sie ihn nicht für voll, weil er immer noch freiwillig in diesem schrecklichen Land weilt.

Doch nach den anfänglichen Schwierigkeiten beginnt sich das Schicksal für Andrej zu wenden und er findet sich immer besser in Moskau zurecht. Indem er mehr auf seine Großmutter eingeht, öffnet sie sich und erzählt aus dem nicht immer einfachen Leben in der Sowjetunion, das geprägt war von Krieg, dem noch immer vorhandenen Alltags-Antisemitismus, der Firmenpleite

ihres Ehemanns und der Auswanderung ihrer einzigen Tochter, also Andrejs Mutter. Er selbst findet Gefallen an ihren Geschichten, aus denen er eine wissenschaftliche Arbeit machen möchte, um so seine akademische Karriere voranzubringen. Außerdem schließt er sich einem Eishockeyteam an, das sich aus Hobbyspielern zusammensetzt, die sich nach Feierabend treffen. Diese sind eine bunte Mischung aus Anwälten, Immobilienunternehmern und Öl-Managern, die einen Einblick ins postsowjetische Leben und dessen Ansichten geben. Darunter ist auch Sergej, der seine Anstellung an der Universität aufgab, um gegen die Privatisierung des Bildungssystems zu protestieren. Dieser nimmt Andrej mit zu einer Diskussionsveranstaltung und stellt ihn seinen Freunden vor, die auch schnell Andrejs Freunde werden. Vor allem die Aktivistin Yulia hat es ihm angetan, die ihm ihre Vorliebe für marxistische Theorien näherbringt, und Andrej einen kritischen Blick auf Russland werfen lässt.

Emma Abramowna, ihre beste und einzige Freundin, warnt den jungen Andrej bei einem gemeinsamen Tee davor, Sympathien für den Sozialismus zu entwickeln.

„Dieses Land hat den Sozialismus schon einmal ausprobiert. Ich habe ihn am eigenen Leib erfahren. Und ich kann dir sagen: Noch schlimmer ist nur der Faschismus.“

Trotzdem wird Andrej zu einem fanatischen Regierungskritiker, organisiert Demonstrationen mit und fühlt sich endlich angekommen. An dieser Stelle könnte der Roman enden, aber der Autor Gessen zeigt dem Leser auch die unangenehme Seite Russlands und lässt sich dafür auf 500 Seiten Zeit. Teilweise ist die Lektüre, vor allem im zweiten Teil, langatmig, aber es lohnt sich dennoch dranzubleiben, denn es ist sonst kein anderer so realistischer Roman zum modernen Russland in den letzten Jahren erschienen.

Keith Gessen: „Ein schreckliches Land“, aus dem amerikanischen Englisch von Jan Karsten, CulturBooks Verlag Hamburg, 486 Seiten, 24 Euro.

Die Makkabi Deutschland Games finden wieder statt

Nach einer Zwangspause durch die Lockdown-Maßnahmen messen sich vom 2.-5. September über 700 Athleten in Düsseldorf bei den traditionsreichen jüdischen Sportwettkämpfen (JR).

Von Dr. Nikoline Hansen

Jüdische Turn- und Sportvereine stehen in Deutschland in einer langen Tradition: 1898 wurde mit Bar Kochba in Berlin der erste jüdische Turn- und Sportverein gegründet. 1903 wurde ein Dachverband gegründet, der rund 2.000 Frauen und Männer aus ganz Europa repräsentierte. Der Finne Elias Katz von Maccabi Turku gewann bei den Olympischen Spielen in Paris 1924 als erstes Maccabi-Mitglied Gold. 1933 wurde der Sitz der Makkabi-Weltorganisation von Berlin nach London verlegt. 1935 nahmen 1.350 Sportler aus 28 Ländern an der 2. Makkabiade in Tel Aviv teil. In Deutschland wurde bei der Reichspogromnacht am 9. November 1938 das Büro des damaligen Präsidenten Hans Friedenthal zerstört, der jüdischen Bevölkerung wurde jeglicher Vereinssport verboten.

Bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden wieder die ersten jüdischen Sportvereine in Deutschland. 1961 wurde der SC Maccabi Düsseldorf gegründet, der zur treibenden Neugründung eines nationalen deutschen Dachverbands wurde. Diese erfolgte am 23. Mai 1965. Damit hat der jüdische Sport wieder eine neue Tradition etabliert, die an die alten Erfolge anknüpfen will. Makkabi

Deutschland hat derzeit über 5.300 Mitglieder, davon über 2.000 in Frankfurt am Main, das zugleich Verbandssitz ist. Die ersten nationalen Spiele fanden 1996 in Duisburg statt.

Dieses Jahr ist es wieder so weit: vom 2.-5. September finden die MAKKABI Deutschland-Spiele dieses Jahr in Düsseldorf statt, über 700 Athleten werden erwartet, begrüßt von Alon Meyer, Präsident von MAKKABI Deutschland, der Staatssekretärin Andrea Milz und Dr. Stephan Keller, Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf. Zu den rund 600 deutschen Teilnehmern werden über hundert Gäste aus den Niederlanden, Litauen, Österreich, Polen und Israel erwartet. Im Rahmen des Jubiläumjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ und vor dem Hintergrund des zuletzt steigenden Antisemitismus in Deutschland und Europa sollen diese Spiele ein starkes Zeichen des Selbstbewusstseins und offenen Judentums in Deutschland setzen und ein lebendiges Symbol sein für Vielfalt, Zusammenhalt und Freundschaft über die Grenzen von Religionen und Nationalitäten hinweg.

Bei der größten jüdischen Sportveranstaltung des Jahres sind alle Mitglieder der Makkabi-Ortsvereine, jüdisch und nicht-jüdisch, und Mitglieder der jüdischen Gemeinden im

Alter zwischen 12 und 99 Jahren teilnahmeberechtigt.

Eröffnung durch einen Olympia-Überlebenden von 1972

Ein besonderer Höhepunkt der Eröffnungsveranstaltung ist die Verleihung des „Makkabäer-Preises“ an Shaul Ladany. Ladany (85), der den Holocaust und das Olympia-Attentat 1972 in München überlebte, war Marathonläufer und wurde mehrfacher israelischer Landesmeister im Gehen. Noch heute übt er den Sport regelmäßig aus – so wie unter der Flagge von MAKKABI Deutschland bei den European Maccabi Games 2019 in Budapest. Im Anschluss an die Preisverleihung wird Shaul Ladany das traditionelle MAKKABI-Feuer entzünden und damit die Spiele eröffnen. Der „Makkabäer“ wird an Personen und Institutionen mit herausragendem Engagement für die deutsch-jüdischen Beziehungen verliehen. Vorherige Preisträger waren Eintracht Frankfurt-Präsident Peter Fischer und der 1. FC Nürnberg.

Bei den MAKKABI Deutschland Games werden sich über 700 Sportler im Schwimmen, Futsal, Bridge, Basketball, Beach-Volleyball, Sportschießen, Fechten, Segeln, Schach, Tischtennis, Tennis, Radsport, Triathlon und

Kampfsport in den Kategorien Juniors, Open und Masters in einem fairen sportlichen Wettkampf messen. Das Rahmenprogramm bietet am Rande der Wettkämpfe verschiedene gesellschaftspolitische Workshops mit Sprechern wie Shaul Ladany oder dem Olympiabotschafter und Politiker Ralf Bockstedte, sowie einen spaßigen Hindernislauf für jedermann – den 321 MAKKABI-Run am Sonntag, dem 5. September.

Erstmals veranstaltet MAKKABI Deutschland dieses Jahr auch ein Goalball-Turnier. „Goalball“ ist die weltweit beliebteste Ballsportart für Menschen mit Sehbehinderung und bereits seit dem Jahr 1976 paralympisch. MAKKABI Deutschland ist stolz, dadurch ein gelebtes Zeichen für Inklusion setzen zu können und den Verband auch für Sportler mit Behinderungen weiter zu öffnen.

Ein weiteres Highlight der Spiele wird am Freitagabend die Schabbatfeier sein, die mit über 700 Teilnehmern größte Schabbatfeier in Nordrhein-Westfalen. Es ist eine Freude zu sehen, dass die im vorletzten Jahrhundert in Deutschland begründete Tradition nach einer kurzen Zwangspause wieder zum Leben erwacht ist und sich nun wieder mit einer stetig wachsenden Teilnehmerzahl großer Beliebtheit erfreut.

Zuflucht zweiter Klasse im Zweiten Weltkrieg – Das Schweizer Arbeitslager für Flüchtlinge in Bonstetten 1943-1945

Das Buch „Zuflucht Schweiz im 2. Weltkrieg, Das Arbeitslager für Flüchtlinge, Bonstetten 1943-1945“ von Rolf und Christine Werner ist eine historische Aufarbeitung eines finsternen, fast vergessenen Stückes Schweizer Geschichte. Der Alpenstaat war lebensrettende Zuflucht für Juden – doch nur für wenige, und die Aufnahme war alles andere als herzlich (JR).

Von Erika Bigler

Von 1943 bis 1945 wurde in Bonstetten ein Arbeitslager für Flüchtlinge betrieben. Anfang 2019 erkundigte sich der während des Zweiten Weltkriegs in die Schweiz geflüchtete Arno Stern bei der Gemeinde Bonstetten nach diesem Arbeitslager, in dem er einst interniert war. Als Sohn jüdischer Eltern kam er 1943 zusammen mit seinen Eltern nach jahrelanger Flucht vor den Nazis illegal über die Schweizer Grenze und lebte zwei Jahre im Arbeitslager Bonstetten. Als einziger der Autoren bekannter, überlebender Zeitzeuge, kann er noch über diese leidvolle Zeit erzählen. Er gab den Anstoß für diese historische Aufarbeitung.

Nach der Anfrage von Arno Stern recherchierte Rolf Werner über zwei Jahre in zahlreichen Archiven nach Fakten zum Arbeitslager Bonstetten und dessen Insassen. Aus diesen Recherchen formulierte Christine Werner eine gut verständliche historische Aufarbeitung mit einem umfangreichen Anhang aus Original-Dokumenten wie Fotografien, Lagerberichten, Briefen, Plänen etc.

„Kriege und Gewaltausbrüche haben immer nicht enden wollende Ströme von Flüchtlingen zur Folge. Menschen suchten im Zweiten Weltkrieg Schutz und Rettung vor Tod, Hunger, Verfolgung und Krankheiten in der Schweiz“, so der Gemeindepräsident Erwin Leuenberger in seinem Vorwort.

Im ersten Kapitel über die politische Lage in Europa werden die Flüchtlingsströme ab Hitlers Machtergreifung skizziert. Es folgt eine Auseinandersetzung mit der damaligen Überfremdungsangst in der Schweiz. Bereits 1938, vor dem Ausbruch des Kriegs, verbot der Bundesrat den Grenzübertritt Jüdinnen und Juden, die vor den Nationalsozialisten flüchteten. Umgeben vom Kriegsgeschehen war die Schweiz eine Insel mitten in Europa und nicht nur ein Zufluchtsort für zivile Flüchtlinge, sondern auch für tausende Soldaten, namentlich Polen und Franzosen, welche Schutz vor der Nazi-Verfolgung suchten. Sie wurden in streng kontrollierten Lagern interniert, eines davon war Bonstetten.

In einem weiteren Kapitel wird der Antisemitismus in der Schweizer Gesellschaft thematisiert und die Schikanen, die sich daraus für die Flüchtlinge ergaben. Harte Arbeit, beschränkter Raum und oft unerträglicher Lärm wegen der vielen Lagerinsassen spannte deren Nerven bis zur Zerreißprobe. Die Lagerleitungen waren zum Teil unmenschlich und schikanös. Einer, der sich gegen diese harten Bedingungen der Lagerleitung einsetzte, war beispielsweise der reformierte Pfarrer Ernst Kaul in Adliswil, der sich mit viel Hingabe für Flüchtlinge aller Religionen einsetzte und somit bei der Lagerführung Veränderungen bewirken konnte.

Trennung der Flüchtlings-Familien

Nach dem Grenzübertritt wurden die Flüchtlinge via Sammel- und Auffanglager in Arbeitslager für Männer und Heime für Frauen überwiesen, Kinder ab sechs Jahren kamen zu Pflegefamilien oder in Heime. Das bedeutete, dass die Familien getrennt wurden, was für die Flüchtlinge schwer zu akzeptieren war.

In den Lagern wurden unglaubliche Aktenberge produziert. Alles wurde minutiös aufgeschrieben und reglementiert, die Dossiers im Bundesarchiv in Bern aufbewahrt. Bei seinen Recherchen stellte Rolf Werner jedoch mit Erstaunen fest, dass viele Akten nie dort ankamen oder zum Teil im Jahr 1986 einer Vernichtungsaktion zum Opfer fielen. Wie es dazu kam und wer sie angeordnet hat, ist nicht mehr feststellbar.

Noch vorhandene Akten werden in einem weiteren Kapitel über das Arbeitslager Bonstetten rege zitiert. Fotografien der Lagergebäude und von Internierten, sowie Kartenmaterial, der Landabtretungs-Vertrag etc. geben Einblick in die Lagerführung und den Lagerbetrieb.

„Arbeitslager“ heißen diese Lager, weil die Internierten beim Waldrodern und für Meliorationsarbeiten eingesetzt wurden. Damit konnte Kulturland geschaffen werden, um die einheimische Lebensmittelproduktion anzukurbeln. Mittels Original-Bildmaterial können der genaue Lager-Standort, Belegungslisten und am Beispiel der Familie Winterberger eine Flüchtlings-„Verschiebung“ während der Internierungszeit verfolgt werden. Im Kapitel „Unsere Flüchtlinge“ zeigt sich, dass es Internierte aus verschiedensten Nationen im Bonstetter Arbeitslager gab.

Auch die Freizeitgestaltung der Lagerinsassen wird thematisiert, welche die Flüchtlinge nach der harten Arbeit selbst gestalten durften. So entstanden literarische, künstlerische und musikalische Darbietungen. Dies förderte Arno Sterns künstlerische Talente. Zudem fand er Inspiration durch Herbert Kalmann, der Gedichte schrieb, oder durch Lipmann Katz, mit dem er die Leidenschaft zur Musik teilte.

Das abschließende Kapitel porträtiert Arno Stern, die Geschichte des vermutlich letzten Zeitzeugen des Arbeitslagers Bonstetten. Arno Stern wurde 1924 in einer frommen jüdischen Familie in der Nähe von Heidelberg geboren. Sein Vater Isidor erzählte Arno von klein auf biblische Geschichten und nahm ihn mit in die Synagoge. Die Mutter führte einen koscheren Haushalt und die traditionellen jüdischen Feste wurden gefeiert. So war sich Arno schon als Kind seiner jüdischen Identität bewusst.

Flucht nach Franco-Spanien

Arnos Vater nahm die politischen Veränderungen Anfang der 1930er Jahre früh wahr und so begann die erste Flucht der Familie bereits 1933 ins Elsass und später weiter ins Landesinnere nach Montbéliard. Arno besuchte ein jüdisches Internat in Paris und kehrte nach einem Jahr zu seinen Eltern zurück, die sich mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser hielten. Bei Kriegsausbruch schloss sich der Vater als Freiwilliger der französischen Armee an. Arno war 15 Jahre alt und nun mit seiner Mutter auf sich selbst gestellt. So flüchteten die Beiden 1940 Richtung spanische Grenze. Die deutsche Armee war ihnen jedoch zuvorgekommen und es gab nur noch einen Gedanken: Wieder nordwärts zurück, um vielleicht über die Schweizer Grenze zu gelangen. Irgendwann erreichten sie in eine Aufnahmestätte in Valence,



Das von 1943-1945 existierende Arbeitslager für Flüchtlinge in Bonstetten bei Zürich

Arno arbeitete als Freiwilliger in der Stadtverwaltung mit. So verheimlichte er auf ihren Meldekarten, dass sie jüdisch waren, was ihnen kurz darauf das Leben rettete.

In Valence fand die Familie wieder zusammen. Dank einer Warnung vor unmittelbar bevorstehender Festnahme gelang ihnen aber erneut die Flucht mit nur zwei eiligst gepackten Taschen. Im Spätsommer 1942, nach langen Märschen, fanden sie im Vercors-Gebirge bei einer Familie Unterschlupf, später bei einem Bauern im Heu, bis ihnen eine jüdische Hilfsstelle in Lyon gefälschte Papiere verschaffte. Weiter ging per Bahn und Bus Richtung Grenze. Ein freundlicher Hotelier zeigte ihnen über Schmugglerpfade den Weg in die Schweiz. Sie gelangten illegal über die Grenze, wo man sie glücklicherweise nicht abwies. Die Mutter kam in ein Frauenlager, die beiden Männer, Arno war bereits 19-jährig, kamen via Büsserach nach Bonstetten.

Arno und sein Vater halfen beim Waldrodern, wurden dann davon befreit und als Nachtwächter eingesetzt. Arno entwarf in der Freizeit Spielzeuge, die in der Lager-schreinerei für Heimkinder angefertigt wurden. Aufgrund dieser Arbeiten lud ihn das Rote Kreuz zu einem Wettbewerb für Flüchtlingsarbeiten ein, wo er den ersten Preis gewann. Nun war das Zürcher Schulamt auf seine dreidimensional zusammensteckbaren Spielsachen aufmerksam geworden und so wurde sein Bleiberecht in der Schweiz etwas verlängert. Am 1. November 1945 reiste er den Eltern nach Montbéliard nach.

Aufgrund seiner künstlerischen Arbeiten in der Schweiz bekam Arno in Paris in einem jüdischen Heim ein Angebot mitzuhelfen, Kriegswaisen sinnvoll zu beschäftigen. Sobald es wieder Farbe und Papier gab, ließ er die Kinder malen und zeichnen. Und die Kinder malten und malten. Es war wie ein Rausch der Begeisterung nach den bösen Kriegsjahren.

Dies war die Geburtsstunde von Arno Sterns Berufung, der Malorte, mit denen er unverzüglich Erfolg hatte. Bei ihm durften die Kinder malen, ohne dass er ihnen Aufgaben stellte, ohne Beeinflussung, einfach was aus ihnen selbst herauskam, ohne „schön“ sein zu müssen oder Erwartungen von Lehrpersonen oder Eltern zu erfüllen. Als die Presse darüber berichtete, wurde er völlig überrannt, obwohl es nicht den Vorstellungen von Kunsterziehung der 1950er und -60er Jahre entsprach. Heute ist Arno

Stern ein international anerkannter Kunstpädagoge. In seinem langen Leben bereiste Arno Stern die ganze Welt und beobachtete Kinder unterschiedlichster Herkunft beim Malen. Ob Nomaden- oder Stadtkinder, unabhängig der sozialen Herkunft, benutzten die Kinder beim freien Malen die Ur-Formen Strich, Kreis, Dreieck, Viereck, etc. Es bestätigte sich, was ihm schon im allerersten Malort in Paris aufgefallen war: Diese Formulation, wie er sie nennt, ist offenbar in jedem Menschen genetisch angelegt.

Heute lebt der 97-jährige Arno Stern als Vater eines Sohns und einer Tochter mit seiner Frau in Paris. Er ist europaweit als Kunstpädagoge bekannt und immer noch als Forscher und inspirierender Lehrer tätig.

Ein fast vergessenes Stück Schweizer Geschichte

Die Aufarbeitung „Zuflucht Schweiz im 2. Weltkrieg, Das Arbeitslager für Flüchtlinge, Bonstetten 1943-1945“, gibt eindrücklich und historisch fundiert Einblick in ein kleines, fast vergessenes Stück Schweizer Geschichte. Die Leserschaft wird durch die angenehme Schreibweise schrittweise in den Kontext der Zeit während des Zweiten Weltkriegs in der Schweiz eingeführt. Durch die zehn Kapitel werden Herausforderungen und Entscheide der Schweizer Politik sachlich aufgezeigt und gesellschaftliche Schwierigkeiten, wie die Überfremdungsangst oder versteckter Antisemitismus thematisiert. Anhand des anfangs erwähnten umfangreichen Anhangs gelingt es Rolf und Christine Werner das Interesse für ein vertieftes Studium fast vergessener Schweizer Geschichte zu wecken.

Das Buch richtet sich an eine historisch interessierte Leserschaft, es kann aber von jedermann gut verständlich gelesen werden. Es bietet ein Stück Erinnerungskultur, die durch den Zeitzeugen Arno Stern auch für die Sekundarstufe I und II, für den Geschichtsunterricht mit Studium von Quellenmaterial sehr empfohlen werden kann.

Aufruf: Die Autoren suchen nach weiteren Zeitzeugen, die 1943-1945 im Arbeitslager Bonstetten gelebt haben. Bitte melden sie sich unter werner@bevb.ch.

Erika Bigler ist Sekundarlehrerin und Präsidentin des Vereins für zeitgemäßes Lernen.

Das Schicksal der sowjetischen Juden als Teil des Kalten Krieges

Wie Stalin die Juden in Osteuropa loswerden wollte; warum Breschnew sich weigerte wie Ceaușescu seine jüdischen Bürger zu verkaufen, und warum der Beruf des Traktorfahrers in den nördlichen Kibbuzim Israels so beliebt war. Ein Gespräch mit dem Historiker Dr. Nati Kantorovich (JR).



Drei, die zu unterschiedlichen Zeiten um das Schicksal der sowjetischen Juden stritten: Leonid Breschnew, Menachem Begin und Nikita Chruschtschow.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Sie veröffentlichten öfters interessante Dokumente aus der Geschichte der sowjetisch-israelischen Beziehungen. Zum Beispiel einen Brief eines sowjetischen Diplomaten an das israelische Außenministerium mit der Bitte, der UdSSR-Botschaft einen Tannenbaum zur Feier des neuen Jahres zur Verfügung zu stellen. Warum wurde der Text auf Russisch verfasst?

Kantorovich: Damals war Französisch die offizielle Sprache des Schriftverkehrs. In Israel aber bevorzugten die sowjetischen Diplomaten die russische Sprache, denn sie wussten, dass sie auf jeder Ebene verstanden wurde.

Wie schätzten israelische Politiker die UdSSR ein, wenn man bedenkt, dass die Ideale des Sozialismus im jungen jüdischen Staat sehr populär waren?

Hier muss man mehrere Aspekte berücksichtigen. Es stimmt, fast alle Staatsmänner dieser Zeit stammten aus dem Russischen Reich. Der Arbeitsminister und zweite Gesandte Israels in der UdSSR, Mordechai Namir, verbrachte einige Zeit in einem sowjetischen Gefängnis, bis er Anfang der 1920er Jahre „wegen Zionismus“ ins Exil geschickt wurde. Die Sowjetunion war für Leute wie David Ben-Gurion ein strittiges Thema. In dem Aufstand von 1905 sah Ben-Gurion die höchste Verkörperung des Strebens des russischen Volkes nach Freiheit. Nach seinem Besuch in der UdSSR 1923 nannte er Lenin in seinem Tagebuch „einen Giganten des Denkens auf seinem Sterbebett“. Und dann, als Pragmatiker, erklärte Ben-Gurion diese Aufzeichnungen bis 1944 für geheim, als er begann, mit sowjetischen Diplomaten zu verhandeln. Er wollte die Unterstützung der UdSSR für die Entstehung eines zukünftigen jüdischen Staates gewinnen, und die Veröffentlichung der Tagebücher sollte seine Loyalität demonstrieren. Allerdings erlaubte sich Ben-Gurion in den

1930er Jahren objektive Aussagen über Stalin und die sowjetische Politik.

Levi Eshkol besuchte 1925 die Sowjetunion, er war praxisbezogen und ideologiefrei. Moshe Sharet, der künftige Außenminister, kannte die russische Kultur sehr gut, kommunizierte mit seinen Eltern hauptsächlich auf Russisch. Gleichzeitig war er westorientiert und aufgrund der „Judenpolitik“ der Sowjetunion misstrauisch gegenüber dem Land. Die anderen großen Staatsmänner richteten sich ebenfalls nach der jüdischen Komponente der sowjetischen Politik.

Die von Ihnen erwähnten Staatsmänner gehörten der Mitte-Links-Partei MAPAI an (gegründet im Januar 1930 von D. Ben-Gurion, - Anm. d. Übers.). Wie nahm Menachem Begin die UdSSR wahr, der politisch andere Ansichten vertrat?

...Nicht nur politisch: Begin saß seinerzeit im Lager in Sibirien, er kannte also die sowjetische Wirklichkeit aus eigener Erfahrung. Die russische Sprache war für ihn, im Gegensatz zu seinen Vordenkern, keine Sprache seiner gewohnten Umgebung, sondern die aus seinen ideologisch geprägten jungen Jahren. Begin kam 1977 an die Macht, zu dieser Zeit galt Israel als bedingungsloser Feind der UdSSR und in den sowjetischen Medien wurde antizionistische Propaganda und Hetze betrieben. Es ist selbstverständlich, dass Begin als Ministerpräsident in der Zeit des Kalten Krieges eine klare Position vertrat, nicht ohne taktische Flexibilität, wenn die Hoffnung auf eine Chance für die „Gefangenen von Zion“ (Juden, die wegen ihres Auswanderungswunsches nach Israel in der UdSSR inhaftiert wurden, - Anm. d. Übers.) oder auf konstruktive Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion aufkam. Es gibt

einen Brief Begins an „Seine Exzellenz, den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Rates, Breschnew“, verfasst auf Russisch, wo Begin seine Dankbarkeit für die Bereitschaft Breschnews ausdrückt, einige Mitglieder der Gruppe „Operation Hochzeit“ freizulassen (Im Juni 1970 plante eine Gruppe „Refuseniks“ mit einem kleinen Flugzeug aus Leningrad nach Schweden zu fliehen; sie wurden bereits auf dem Flugplatz verhaftet und zu hohen Haftstrafen verurteilt, zwei von ihnen sogar zur Todesstrafe, die dann unter dem Druck der Weltöffentlichkeit in eine 15-jährige Haftstrafe umgewandelt wurde. Später wurden einige von ihnen frühzeitig entlassen, - Anm. d. Übers., siehe JR Mai 2021).

Es wird immer wieder darüber spekuliert, dass Stalin ursprünglich plante, Israel zu einer Art 16. sowjetischer Republik zu machen.

Hätte Stalin das wirklich gewollt, wäre Israel es auch geworden, und zwar augenblicklich. Die sozialistischen Parteien betrachteten die UdSSR wohlwollend, trotz allem.

Stimmt es, dass sich zahlreiche Kibbuzniks im Norden Israels niederließen, um dort auf die Ankunft der Roten Armee zu warten?

Solche Gerüchte gibt es. Man sagt, der Beruf des Traktorfahrers war in den nördlichen Kibbuzim der Beliebteste: es hieß, wenn die sowjetischen Soldaten kommen, müssten wir sie würdig empfangen, auf Traktoren. Diese Legende wird aber meistens nicht bestätigt.

Was die Absichten Stalins anbelangt, darf man nicht vergessen, dass er antisemitisch war – für einen Georgier eher eine seltene Eigenschaft; womöglich war das der Einfluss der Lehrzeit im Priesterseminar. Bekannt sind sei-

ne abfälligen Bemerkungen über die jüdischen Soldaten zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges. Während der Jalta-Konferenz fand ein kurzer Wortwechsel zwischen Stalin und Roosevelt statt: es wurden die Pläne bezüglich Palästinas besprochen, und Stalin äußerte sich etwa so: „Dieses Projekt ist nicht lebensfähig. Schauen Sie die Juden an, sie konnten nicht mal in Birobidschan etwas schaffen.“ Dies erwähnt Charles Bohlen, ehemaliger US-Botschafter in der UdSSR, in seinen Memoiren. (In Birobidschan, im Fernen Osten Russlands, plante die Regierung Stalins in den 1930er Jahren, die Jüdische Autonome Republik zu errichten; mit großem Propagandaaufwand wurden mehrere Tausende Juden dorthin gebracht; viele kehrten nach wenigen Monaten angesichts des rauen Klimas und grauenhafter Lebensbedingungen zurück in ihre Heimatorte, - Anm. d. Übers.)

Man hört nicht selten auch die Meinung: „Genosse Stalin schickte die Rote Armee, um die KZs zu befreien – wie kann man ihn verleumdend?“

Der Beitrag der Juden zum Sieg über Nazi-Deutschland entsprach dem Beitrag aller Nationalitäten der Sowjetunion angesichts der Zahl der jüdischen Soldaten, die an den Schlachten teilnahmen und Auszeichnungen erhielten, darunter die höchste – die eines „Helden der Sowjetunion“. Und das, obwohl es eine inoffizielle Anweisung gab: Juden sollten nicht belohnt werden oder geringere Auszeichnungen erhalten. Das Ausmaß jüdischen Heldentums war um ein Vielfaches höher, weil die Juden verstanden, dass sie, im Gegensatz zu Vertretern anderer Nationalitäten, keine Chance haben würden, in Gefangenschaft zu überleben.

Stalin war ein Pragmatiker. Ab 1941

wurden zwischen sowjetischen Vertretern und den Juden des Mandatsgebiets Palästina intensive Kontakte gepflegt. Stalin erkannte, dass Juden seinen Zwecken dienen könnten.

...die wären?

...Sowohl langfristige als auch naheliegende. Als das naheliegende Ziel betrachtete Stalin den Prozess der Unterordnung osteuropäischer Länder. Die Überlebenden des Holocausts kehrten zurück – und stießen auf keine Begeisterung seitens der einheimischen Bevölkerung, so, wie in Polen, wo es zu Pogromen kam. Die sowjetische Führung strebte in erster Linie Ordnung an, so würde für sie die Emigration der jüdischen Bevölkerung die ideale Lösung darstellen. Die USA waren für jüdische Flüchtlinge geschlossen, Westeuropa handelte ebenfalls nicht zu ihren Gunsten; was blieb, wäre die Erschaffung eines jüdischen Staates. Sowjetische Führungskräfte in den osteuropäischen Ländern erhielten die Anweisung, Juden bei ihrer Ausreise nicht zu hindern. Innerhalb der Sowjetunion selbst war die Situation eine andere. Stalins Überlegung müsste etwa so ge-

wesen sein: „Wir haben hier Juden in wichtigen Betrieben, an guten Posten. Wenn sie emigrieren, können unsere Geheimnisse in die Hände von Imperialisten gelangen.“ Außerdem stand es niemandem zu, dem sowjetischen Paradies den Rücken zu kehren! Versuche, die Grenze zu durchbrechen, wurden schnell unterbunden.

Und jetzt zum langfristigen Ziel. Stalin war ein politisches Genie, das muss man ihm lassen. Er wusste, dass die Erschaffung eines jüdischen Staates irgendwann als die Schuld des Westens ausgelegt wird; außerdem hoffte er, dass der jüdische Staat nicht langfristig bestehen würde.

„Wir lassen Juden ausreisen, sollen sie doch dort umkommen.“

So in etwa, ja. 1948 war es eben Stalin, der den Plan der Entstehung Israels entscheidend beeinflusst hat, während es bei den UN die Versuche gab, die November-Resolution zu torpedieren. Später begann die UdSSR mit der Unterstützung arabischer Länder und der entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen, um ihren Einfluss auf die arabische Welt zu erweitern. Nach dem Stalins Tod 1953 gab es Annäherungsversuche der beiden Länder und die Sowjetunion betonte, für sie gäbe es keine Zweifel am Existenzrecht Israels. Eine Ausnahme stellte eine Episode aus der Zeit der Suezkrise/Sinai-Krieg 1956 dar, als der sowjetische Premierminister Nikolai Bulganin an die israelischen, britischen und französischen Staatschefs einen Drohbrief hinsichtlich des Angriffs auf Ägypten schrieb (in diesem Brief ließ N. Bulganin verlauten: „...Israel spielt auf kriminelle und verantwortungslose Weise mit dem Schicksal des Friedens, mit dem Schicksal seines eigenen Volkes [...], die die Existenz Israels als Staat in Frage stellen wird.“ - Anm. d. Übers.).

Kann man sagen, dass die sowjetische Politik gegenüber Israel auf der Haltung des jeweiligen Staatschefs gegenüber den Juden basierte?

Die persönliche Komponente spielte natürlich eine Rolle. Chruschtschow war ein Antisemit und erlaubte sich entsprechende judenfeindliche Äuße-



Dr. Nati Kantorovich

rungen; Breschnew, im Gegenteil zu seiner Entourage, war bei diesem Thema eher neutral gestimmt, er hätte den sowjetischen Juden die Ausreise beinahe erlaubt. Es existiert das Protokoll einer Sitzung des Politbüros 1973, wo Breschnew vorschlug: „Lassen wir sie doch ausreisen!“

So, wie es in den kommunistischen „Bruderstaaten“ Polen und Rumänien der Fall war?



Golda Meir an der Choral-Synagoge in Moskau, Rosch-haSchana, 3. Oktober 1948

Rumänien betrieb ab Mitte 1950er Jahre einen regelrechten Handel mit seinen Juden – zunächst unter Tauschbedingungen, später, während der Ceaușescu-Zeit, für westliche Devisen. Mehrmals signalisierte Israel der sowjetischen Seite seine Bereitschaft, „die Judenfrage“ auf wirtschaftlicher Basis zu lösen; die Sowjets jedoch betonten stets: „Wir sind keine Rumänen, wir handeln nicht mit der Ideologie“. Chruschtschow schlug seinerzeit vor, Juden aus Polen zu vertreiben; Ende der 1950er Jahre begann die Sowjetunion die Ausreise aus Polen zu behindern, da zu den Auswanderern Tausende von Juden dazukamen, die im Rahmen der zweiten polnischen Repatriierungswelle aus der Sowjetunion nach Polen flohen.

Oft heißt es, der jüdische Staat beeilte sich nicht, den Kampf für die Rechte der sowjetischen Juden aufzunehmen und missbilligte auch die Initiativen Einzelner; stimmt das?

Israel beschäftigte sich mit der „jüdischen Frage“ in der UdSSR seit der Entstehung des jüdischen Staates, als israelische Diplomaten in Moskau eintrafen (Anfang September 1948 kam Golda Meir, die spätere Premierministerin, als erste israelische Botschafterin nach Moskau, - Anm. d. Übers.). Vor 1948 waren die Kontakte zwischen den sowjetischen Juden und der Juden Palästinas sehr eingeschränkt. Im Januar 1940 soll Chaim Weizmann gesagt haben: „Wir wissen sehr wohl, dass sowjetische Juden für unser nationales Kontinuum verlorengegangen sind, aber zumindest werden sie nicht von der Gefahr betroffen sein, die zur Zeit den Juden Europas droht.“ Eineinhalb Jahre später änderte sich die Situation grundlegend: die deutschen Truppen marschierten in die Sowjetunion ein...

In der Tat war die erste Generation sowjetischer Juden loyal gegenüber dem Regime, was auf Gegenseitigkeit beruhte. Das Jüdischsein stand für sie nicht an erster Stelle. Es hieß, die sowjetischen Juden sind von allem, was mit Israel zu tun hat, völlig abgeschnitten. Als sich am 3. Oktober 1948, zu Rosch-haSchana und anlässlich des

Besuchs von Golda Meir in der Moskauer Hauptsynagoge – in der Choral-Synagoge in der Archipow-Str. –, etwa 50.000 Juden vor dem Gebäude versammelten, war das eine Überraschung für die israelische Staatsführung. Das war allerdings bereits die zweite Versammlung solcher Art: die erste fand im Juli 1948 statt, als tausend Menschen spontan zusammenkamen, um in einem festlichen Gottesdienst die Entstehung des Staates Israel zu feiern.

Also wurde Israel zum Katalysator der jüdischen Identität?

Ja, und die israelischen Diplomaten haben das sehr schnell begreifen. Deshalb gab es wiederholte Bitten an die sowjetische Führung, zumindest einige wenige Juden ausreisen zu lassen.

1951 wurde ein langer, ausführlicher Brief darüber an den Außenminister Andrei Wyschinski geschrieben, wessen Antwort dann ebenfalls „Njet“ – „Nein“ – lautete.

Schließlich musste man etwas unternehmen. Der erste Schritt wurde ein offizieller Auftritt David Ben-Gurions am 21. Mai 1950. Auf einer Veranstaltung anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Kibbuz Afikim verkündete er, dass Israel die sowjetischen Juden nicht im Stich lassen wird und für deren Recht, in den Schoß des jüdischen Volkes zurückzukehren, kämpfen würde.

An dieser Stelle muss man daran erinnern, dass Israel zur damaligen Zeit ein kleiner und schwacher Staat war, der stets Kriege mit seinen aggressiven Nachbarn führen musste, die zudem von der Sowjetunion militärische wie finanzielle Hilfe erhielten. Trotzdem traf die israelische Führung eine strategische Entscheidung, eine der beiden Supermächte der Welt herauszufordern und einen Kampf für die Rechte der sowjetischen Juden zu eröffnen. Hinzu kam, dass die Sowjetunion eine offen antisemitische Politik zu verfolgen begann, einschließlich der Diskriminierung von Juden in Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz.

Als in den 1960er Jahren jüdische Friedhöfe in der Sowjetunion massenhaft zerstört wurden, gelang es den Israelis, nicht nur die Informationen, sondern auch die entsprechenden Fotos zu beschaffen, die umgehend in westlichen Zeitungen veröffentlicht wurden.

Ich möchte unbedingt betonen, dass der Kampf um die Rechte der sowjetischen Juden ein wesentlicher Bestandteil der jüdischen Geschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist und es sehr wichtig ist, die Erinnerung daran zu bewahren. Dieser Kampf ist fast zum letzten vereinigenden Faktor in der modernen jüdischen Geschichte geworden. Die Leiterin von „Nativ“, Neta Briskin-Peleg, weiß seit ihrem Amtsantritt 2019 nicht nur, wie wichtig es ist, dass sich die jüngere Generation daran erinnert, sondern setzt sich auch dafür ein, dieses Kapitel jüdischer Geschichte zu einem obligatorischen Bestandteil des israelischen Bildungsprogramms zu machen. Dies wird ermöglichen, nicht nur die Erinnerung an diese Ereignisse zu bewahren, sondern auch zu sehen, dass sich in einem halben Jahrhundert vieles zum Besseren verändert hat. Dass Juden nicht nur frei nach Israel kommen, sondern auch Juden bleiben können, wo immer sie leben, und die Möglichkeit haben, Hebräisch und das jüdische Erbe zu studieren. Und das Wichtigste ist: es gibt heute keine Einschränkungen wie früher.

Dabei vermied Israel stets, seine Rolle hervorzuheben, denn es hätte den sowjetischen Juden schließlich schaden können. Von der israelischen Seite wurde stets betont: „Wir bekämpfen nicht die Sowjetunion, sie ist nicht unser Feind. Wir wollen, dass die Juden in der UdSSR wissen, dass sie Juden sind und dass sie ein Anrecht auf Kontakt zu ihrem Nationalstaat haben.“ Dies kam auf dem internationalen Parkett zum Ausdruck und wurde an die sowjetische Führung weitergegeben. Auch die westlichen jüdischen Organisationen begannen, Israel dabei zu unterstützen. Das Schicksal der sowjetischen Juden wurde ein Teil des Kalten Krieges.

Das Gespräch führte Shaul Reznik.

Vor 30 Jahren: Der Sowjetputsch von 1991

Im Sommer 1991 versuchten kommunistische Funktionäre das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die Sowjetunion zu erhalten. Doch die Bürger waren der maroden Diktatur überdrüssig und beendeten den Putsch bereits nach wenigen Tagen. Drei Menschen bezahlten ihre Zivilcourage gegen die Panzer damals mit dem Leben – darunter der 28-jährige jüdische Architekt Ilja Kritschewski (JR).

Von Viktor Schapiro

...Ich muss etwas weit ausholen. Die Perestroika ermöglichte die Entstehung verschiedenster neuer Formen des öffentlichen Lebens, und so bildeten sich zahlreiche legale – im Gegensatz zur kommunistischen Zeit – jüdische Organisationen. In Kaliningrad (Königsberg) öffnete die Gesellschaft für jüdische Kultur, und ich war sofort dabei. Eigentlich lockte mich die plötzliche Möglichkeit, als jüdischer Aktivist auf diverse Seminare ins Ausland zu reisen. Noch wenige Jahre zuvor war das ohne die Parteiinstanzen zu durchlaufen undenkbar. Jetzt erreichte mich eine Einladung zur „Sommeruniversität der jüdischen Studenten der EU“ – in Süddeutschland! Das bedeutete, ich benötigte ein Visum, ausgestellt in Moskau. Also nichts wie hin!

Moskau, 19. August 1991: Das Stadtzentrum ist voll mit gepanzerten Fahrzeugen. Die Sympathien der Mehrheit der Bevölkerung liegen eindeutig auf der Seite Jelzins – der Reformen Gorbatschows ist man bereits überdrüssig –, aber noch viel weniger sympathisch sind die Hardliner aus der oberen Partei-„Nomenklatura“ mit ihrem Bestreben, Gorbatschow zu stürzen. Vor einem Café steht ein Fernseher – man kann beobachten, wie der Oberste Sowjet (der Oberste Rat) der Russischen Teilrepublik auf seiner Sitzung das Geschehen bewertet. Vor dem Redaktionsgebäude der Zeitung „Moskauer Nachrichten“ ist viel los, Menschen versammeln sich. Überall kleben Flugblätter – Jelzins Erlass darüber, dass das sogenannte „Staatskomitee für den Ausnahmezustand“ (der Name, den sich die Putschisten-Gruppe gegeben hatte) außerhalb von Recht und Gesetz steht und geächtet sei.

Rechts gleich böse

Der Putsch wurde als Versuch eines „rechts-reaktionären“ Staatsstreichs bezeichnet. Warum eigentlich „rechts“? Immerhin waren die Putschisten eingefleischte, starrsinnigste Kommunisten, und der rechtere Teil des politischen Spektrums waren gerade die Anhänger von Gorbatschow und Jelzin, die den Bereich zwischen Sozialdemokraten und Liberalen füllten. Aber das war das politische Vokabular, das der sowjetische Agitprop entwickelt hat: die Linke sei gut, fortschrittlich, tut alles zum Wohle des Volkes, und die Rechte sei böse, reaktionär, volksfeindlich...

Ich übernachtete bei meinen Bekannten. Es war ein schöner warmer Augustabend, überall strömte aus den offenen Fenstern die Musik von Tschaikowski – „Der Schwanensee“ (Der „Schwanensee“ wurde ausgerechnet zu dieser Zeit legendär; tagelang, von früh bis spät lief im Radio ausschließlich „Der Schwanensee“; von Zeit zu Zeit wurde die Musik durch Reden der Putschisten unterbrochen. Noch Jahre später, als im Radio Tschaikowski ertönte, fragte man einander: „Haben wir etwa wieder einen Staatsstreich?“ - Anm. d. Übers.). Dann hörte ich eine Rede, die Worte „mein Freund, Präsident Gorbatschow wird in den Reihen sein, wir werden zusammenarbeiten“ – sagt der Vizeprä-



Eine Frau hält am 20. August 1991 ein Plakat mit der Aufschrift „Nein zur kommunistischen Junta!“.

sident der UdSSR, Gennadij Janajew, (einer der Putschisten, der Putsch war zu diesem Zeitpunkt noch nicht zerfallen, daher der Hinweis auf den Präsidenten, als wäre alles rechtmäßig, - Anm. d. Übers.). Ich hatte seine sagenumwobenen, vor Angst zitternden Hände nie live gesehen, später wurden diese Aufnahmen aber oft genug wiederholt.

Am Morgen des 20. Augusts ging ich zur deutschen Botschaft – mein ersehntes Visum musste ich noch bekommen, Weltereignisse hin oder her. Aus dem Büro des Beamten sah man das Weiße Haus.

Über dem Gebäude des russischen Parlaments hing ein Luftschiff mit einer riesigen Trikolore – ein Symbol des unabhängigen Russlands. Auch die Menge der Verteidiger des Weißen Hauses ist zu sehen (im Weißen Haus, dem Regierungsgebäude, befanden sich Boris Jelzin und seine Verbündeten; die Putschisten agierten aus dem Kreml, - Anm. d. Übers.). „Na sowas; unfassbar, was los ist“ – mit diesen Worten beginnt der Deutsche das Gespräch. Als meine Angelegenheit geklärt wurde, war ich wieder draußen. Unterdessen eskalierte die Lage auf den Straßen Moskaus. Die

Logik der Ereignisse ließ eine Kollision erwarten, das hing förmlich in der Luft. Die Moskauer versuchten, die Panzersoldaten „aufzuklären“, verteilten Essen und steckten Blumen in die Mündungen ihrer Waffen. Es gab Gerüchte, dass es nachts einen Angriff auf das Weiße Haus geben würde, und Aufrufe, sich zu versammeln, um es zu verteidigen. Es war zu spüren, dass die selbsternannte Führung der UdSSR – das Staatskomitee – etwas ins Stocken geraten war; die Regierung der Teilrepublik Russland, die Behörden in den Unionsrepubliken weigerten sich, ihm zu gehorchen; al-



Panzer in Moskau im August 1991

les schien jetzt davon abhängig zu sein, auf wessen Seite die Streitkräfte stehen würden.

Drei Tote

Die Ereignisse entwickelten sich wie eine symphonische Dichtung, und nach den Gesetzen der Komposition stand ein Höhepunkt bevor, nach dem die Spannung nachlassen würde. Und dieser Höhepunkt kam. Am frühen Morgen wurde in den Nachrichten berichtet, dass auf den Straßen Moskaus Blut vergossen und drei junge Männer von Panzern überrollt und gestorben seien. Dieses Ereignis war die tragischste Episode in der Geschichte des Putsches. Der blutige Überfall auf Jelzins



Ilja Kričevskij auf einer Briefmarke

Residenz und das russische Parlament fand nicht statt. Alles entwickelte sich zu Ungunsten der Putschisten, ihre Führer mussten den Krim verlassen, sie flogen nach Foros zu Gorbatschow und wurden schließlich verhaftet. Informationen über die Anreise der Führer der UdSSR und Russlands, angeführt von [Putschist und KGB-Chef] Krjutschkow von Moskau nach Foros auf der Krim, wurden live übertragen, die Verabschiedung historischer Entscheidungen fand vor den Augen des ganzen Landes statt.

Die Helden dieser Geschichte waren damals Boris Jelzin, Ruslan Chasbulatow, Alexander Ruzkoi, Gawriil Popow und andere russische Führer. Damals konnte man sich nicht vorstellen, dass diese Retter des neuen Russlands in zwei Jahren gegeneinander kämpfen und einige von ihnen im selben Weißen

Haus aus Panzern auf andere schießen würden.

Es gibt keinen Moment des öffentlichen Lebens in meinen Erinnerungen, der so pathetisch und feierlich wäre. Es lag ein Gefühl von Freiheit und Heilung in der Luft. In den kommenden Tagen würden wir einen der Putschisten, Marschall Jasow, im Fernsehen beobachten, wie er verhaftet wird und sich in einem Ferienhaus nahe Moskau befand. In einem Sportanzug sagte er in die Kamera, der Teufel müsse ihn wohl geritten haben, und wandte sich an Gorbatschow: „Lassen Sie doch mich, den alten Blödmann, nach Haus!“

Der Sieg über die Putschisten wird im Kalender durch den nicht allzu gefeierten, aber dennoch festlichen „Tag der russischen Flagge“ markiert – den 22. August, an dem die Trikolore in dieser Eigenschaft offiziell ausgerufen wurde.

Aber in der Gorki-Straße (Moskau Stadtzentrum, - Anm. d. Übers.) verflüchtigte sich das Ozon der Freiheit, verlor an Frische. Aus dem Nichts tauchten plötzlich Plakate auf, die den Putsch als Provokation Gorbatschows und des Weltzionismus bezeichneten. Die demokratischen Diskussionen wur-

den schnell zu national-kommunistischen und antisemitischen...

Am Freitag habe ich mein Visum bei der deutschen Botschaft abgeholt. Und am Samstag wurden die toten Jugendlichen in Moskau beigesetzt.

Begräbnis am Schabbat

Vielleicht hat Jelzin selbst eine kirchliche Zeremonie angeordnet, nicht wie ein traditioneller Abschied der Generalsekretäre. Aber eines der Opfer, Ilja Kričevskij, war Jude. Offenbar hat jemand dann doch erklärt, dass Kričevskij nicht in einer orthodoxen Kapelle begraben werden kann. Wenn wir uns an die Gesetze der jüdischen Religion gehalten hätten, wäre es unmöglich gewesen, am Samstag – am Schabbat – zu begraben. Es wurde allerdings der Oberrabbiner der Moskauer Choral-Synagoge, Adolf Schaewitsch, von der Jelzin-Administration angerufen, mit der Forderung, in Moskau den Donnerstag anstelle des Schabbats einzurichten. „Wissen Sie was“, sagte Schaewitsch „kontaktieren Sie Zinowi Kogan.“ Der Führer der Bewegung des progressiven Judentums in der UdSSR konnte die Wünsche der Organisatoren der

Beerdigung erfüllen und das durchführen, wofür der Talmud schwere Strafen vorschreibt. Er nahm als Kohen (Priester) an der Beerdigung teil, er tat es zusammen mit Geistlichen einer anderen Religion, er begrub am Samstag einen Juden, er brach den Schabbat, indem er mit einem Mikrophon zum Gedenkgebet aufrief, zur Musik einer Geige vor Fernsehkameras.

Nachdem Michail Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion und Generalsekretär der Kommunistischen Partei in den Jahren davor einige Reformen eingeleitet hatte, darunter Glasnost (Pressefreiheit und Offenheit der Staatsleitung gegenüber dem Volk) und Perestrojka, die die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen wie größere Selbstbestimmung und andere Freiheiten für die sowjetischen Republiken beinhalteten, schmiedete eine Gruppe reaktionärer Vertreter der Kommunistischen Partei die Pläne zur Umkehrung dieser Entscheidungen. Hochrangige Funktionäre wie der damalige Premierminister Walentin Pawlow, Verteidigungsminister Dmitri Jasow, UdSSR-Vizepräsident Gennadi Janaew, der KGB-Vorsitzende Wladimir Krjutschkow u. a. bildeten das selbsternannte „Staatskomitee für den Ausnahmezustand“ und versuchten, die Macht in Moskau zu ergreifen und Gorbatschow, der sich zu diesem Zeitpunkt mit seiner Familie im Urlaub in Foros auf der Krim befand, zu isolieren und zu entmachten. Die Putschisten rechneten dabei mit der Unterstützung der Streitkräfte, die ihnen jedoch größtenteils verweigert wurde. Der Großteil der Bevölkerung in den größten Städten Russlands, Moskau und Leningrad (bald darauf wieder, wie vor dem Ersten Weltkrieg, Sankt Petersburg genannt, - Anm. d. Übers.), wo zehntausende gegen den Putsch demonstrierten, stand währenddessen hinter Boris Jelzin, dem Präsidenten der Russischen Teilrepublik, der in Moskau den Widerstand gegen Putschisten aus dem Regierungsgebäude heraus – genannt Weißes Haus – leitete. Der Putsch scheiterte und markierte das Ende der Sowjetunion. Drei Todeskörper waren zu beklagen. - Anm. d. Übers.

BEAUVITÉ®
... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Zum 80. Jahrestag: Die Tragödie von Babi Jar

Ein sehr persönlicher Blick einer Familie zurück auf die massenhafte und bestialische Ermordung ukrainischer Juden in einer Schlucht bei Kiew 1941

Von Lina Gorodezkaja

Dieses Bild fiel plötzlich aus dem Fotoalbum heraus; mein Sohn wollte es an seinen Platz zurückstecken und fragte: „Mama, wer ist das?“ Das Bild war bereits 75 Jahre alt und denjenigen, der von diesem Foto auf uns schaute, gibt es seit 74 Jahren nicht mehr – meinen Onkel, den einzigen Bruder meiner Mutter. Dank dieses Bildes kehrte ich gedanklich in jene Stadt zurück, in der ich aufgewachsen bin.

Vor etwa 30 Jahren, kurz vor unserer Auswanderung nach Israel, unternahm meine Mutter und ich eine Reise in die Vergangenheit, in die Jahre vor dem Krieg, als Kiew weder U-Bahn noch prächtige Brücken hatte und das Leben in der Stadt noch ganz anders ablief. Aber auch damals blühten die Kastanien und der Dnjepr floss vorüber. Auf seiner linken Seite, angekommen mit der Straßenbahn, fanden wir uns im Hof vor zwei alten Häusern wieder – einem Holz- und einem Backsteinhaus. Hier stand die Zeit still, zumindest für meine Mutter, denn es war der Hof ihrer Kindheit.

Matratzen im Hof

Sie wuchsen zusammen auf, diese Kinder aus den sieben „Kommunalkas“ (Kommunalka, zu Deutsch Gemeinschaftswohnung, ist in Russland im 19. Jahrhundert mangels Wohnraums entstanden. In solchen Mehrzimmerwohnungen teilten mehrere Parteien / Familien den Sanitär- und Küchenbereich, - Anm. d. Übers.). Alle Nachbarn waren durch Zufall jüdisch und der Hofkehrer Onkel Vanja war der Einzige im Haus, der kein Jiddisch sprach. Die älteren Jungs begeisterten sich für Fußball, Mädchen spielten Mutter und Tochter, und die Frauen kochten zusammen in den Gemeinschaftsküchen, stritten und vertrugen sich wieder. In den drückend heißen Sommern trugen Kinder Matratzen in den Hof und übernachteten dort, ohne Angst vor bösen Menschen zu haben... Das kann ich mir, die ich in einem Hochhaus, in einer Wohnung



Boris Bomstein 1940

im neunten Stockwerk, aufgewachsen bin, kaum vorstellen.

Aber am 22. Juni 1941 fanden die lauten Kinderspiele ihr jähes Ende. Der Hof wurde still. Die zwanzigjährigen Jungs hielten ratlos ihre Fußballkarten in der Hand... Es fand an diesem Tag keine Eröffnung des neuen Stadions statt. An jenem Sonntag wurde die Welt der sieben Kommunalkas des alten Kiewer Hauses für immer zerstört.

Meine Mutter, die 12-jährige Irina „Irotschka“ Bomstein, öffnete die Tür. Geklingelt haben zwei junge Frauen. „Gibt es bei euch Komsomolzen? Wir melden sie zur Bürgerwehr an.“ (Komsomolzen hießen Mitglieder des Komsomol, der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei für Heranwachsende von 14 bis 28 Jahren. Die Organisation existierte bis 1991 und hat sich im Zuge der Gorbatschowschen Reformen selbst aufgelöst, - Anm. d. Übers.). Meine 12-jährige Mutter antwortete stolz: „Ja, mein Bruder Boris ist Komsomolze“. Boris war 20 Jahre alt, er arbeitete als Beleuchter am Operntheater

und wartete auf einen Studienplatz an einer der Leningrader Hochschulen. Kürzlich hatte er eine Blinddarm-OP. Er hatte alles Recht, zusammen mit seiner Familie evakuiert zu werden. Aber das wollte er nicht.

Seine Mutter, Ruchl-Lea – meine Großmutter –, konnte ihn nicht umstimmen. Im Juli 1941 fuhr der Zug mit Evakuierten von Kiewer Bahnhof in Richtung Ural los. Auch die Familie Bomstein war dabei, nur ohne Boris. Die jungen Leute, Komsomolzen, hoben am Rande der Stadt Schützengräben aus, pflanzten die Brücken zu sprengen. Am 18. September kam ein Brief von ihm an seine Eltern, damals in Kasachstan, voller Enthusiasmus und Siegesglaube. Diesen Brief gibt es nicht mehr. Das war die einzige Nachricht von Boris.

Die Schützengräben der Komsomolzen waren jedoch kein Hindernis für die Nazis. Die Rote Armee verließ Kiew und zog sich in die Wälder zurück. Großmutter Lea wartete vergebens auf weitere Briefe ihres Sohnes. Sie lief immer wieder in die Wehrmelde- und Einberufungsämter, schrieb Anfragen, erhielt aber erst im Januar 1944 die Antwort: „Ihr Sohn, der Rotarmist Boris Bomstein, wird seit Oktober 1941 vermisst“. „Vermisst“ ist für die Familie ein schreckliches Urteil – denn man gibt die Hoffnung nicht auf. Hoffnung auf ein Wunder, das selten wahr wird. Oma Lea glaubte, dass ihr Wunder wahr werden würde. Im Frühjahr 1944 kehrte die Familie Bomstein in die fast zerstörte Stadt zurück, in ihre von Fremden bewohnte Wohnung. Die Familie musste sich in einem Keller niederlassen, und es dauerte lange, bis es der Großmutter gelang, ihre Wohnung zurückzubekommen. Sie dachte, dass ihr Junge hierhin, in diesen „seinen“ Hof, heimkommen würde. Alle Freunde von Boris wurden getötet, keiner seiner gleichaltrigen Nachbarn kehrte von der Front zurück, aber meine Großmutter warte-

te auf ihren Sohn. Schließlich erhielt sie ja keine Todesnachricht!

Aber eines Tages klopfte eine Verwandte an die Tür: ihr Mann Lew, der Bruder meines Großvaters, fiel in Stalingrad. Sie brachte seinen Brief von der Front mit, wo er sein zufälliges Treffen mit Boris im Herbst 1941 erwähnte; es war im Wald, sie versteckten sich vor den Deutschen. Boris' Beine waren geschwollen, er konnte kaum gehen. Es war gefährlich, sich zu zweit weiterzubewegen, und sie beschloss, dass jeder alleine gehen solle, um sich beim Charukowschen Wehrmeldeamt zu treffen. Drei Tage lang wartete Lew auf seinen Neffen, aber Boris kam nicht.

Trotzdem wartete meine Großmutter bis zu ihrem Tod 1960 auf ihren Sohn. „Ich kann nicht glauben, dass er nicht mehr ist“, sagte sie.

Ein Buch taucht auf

50 Jahre später fand diese Geschichte ihre Fortsetzung. 1993, bereits in Israel lebend, sah meine Mutter bei den Bekannten, die ebenfalls aus Kiew stammten, „Das Buch des Gedenkens“, herausgegeben von I. Saslawski in der Ukraine anlässlich des 50. Jahrestages der Tragödie von Babi Jar. Das Buch beinhaltete die Namen aller Opfer einer der blutigsten Gräueltaten des Faschismus.

Es gibt keinen Juden, dessen Herz bei den Worten „Babi Jar“ nicht zusammensinkt. Denn dieser Name vereint all die großen und kleinen Schluchten in der Ukraine, Weißrussland, Lettland und Litauen voller Trauer und zerstörter Leben. Für die Kiewer ist Babi Jar ein gemeinsamer Friedhof für ihre Verwandten und Freunde, und der Gedenktag ist für alle gleich – der 29. September. Viele poetische und prosaische Zeilen sind Babi Jar gewidmet (Babi Jar – in der Schlucht bei Kiew fielen mehr als 33.000 Juden dem von Angehörigen der SS, SD, Wehrmacht und ukrainischer Hilfspolizei durchgeführten, 36 Stunden dauernden Massaker zum Opfer - Anm. d. Übers.).

Es gab in diesem Buch keine Biografien, keine Emotionen – nur die alphabetisch aufgeführten Namen, Adressen, das Alter, manchmal die Fotos von Opfern. Auf Seite 20 sahen meine Mutter und ich plötzlich: „Bomstein, Boris Grigorjewitsch, 20 Jahre alt“; auch die Adresse stimmte.

Wir waren ganz still; es fiel uns schwer, zu reden. Mein Onkel – auf dieser Liste, die in die Ewigkeit führt. Wie konnte es passieren, dass er in Babi Jar war? Das werde ich nie erfahren. Wie gut, dass diese Gewissheit erst nach dem Tod der Großmutter kam und sie mit Hoffnung im Herzen sterben konnte.

In unserer Familie werden das einzige Foto von Boris, die vergilbte Benachrichtigung, dass er vermisst sei und ein Seidentuch – sein Geschenk an die Schwester – in Ehren aufbewahrt.

Aus dem Russischen von Irina Korotkina

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Der berühmte Münchener TV-Moderator, der eigentlich Weichselbaum hieß

Robert Lembke war eine der Ikonen der deutschen Nachkriegsunterhaltung. Nur wenige kannten das Geheimnis seiner jüdischen Herkunft (JR).

Von Mario Thurnes

Robert E. Lembke war der VW-Käfer der deutschen Nachkriegs-Unterhaltung. Er lief und lief und lief. Auch dann noch, als er längst schon aus der Zeit gefallen war. Doch nach seinem Tod mit 75 Jahren deckte die „Bild“ einen „Skandal“ über den TV-Biederer auf: Lembke hieß eigentlich Weichselbaum – und war Jude! Statt eines Nachrufs gab es wochenlang Schmutzwäsche aus seinem Privatleben, das Weichselbaum selbst immer geschützt hatte. Seit zwei Jahren arbeiten NDR und SWR an einer Verfilmung seiner Biographie.

Die DDR wurde aus einem Panzer geboren, formulierte Heiner Müller. So beschrieb der Theaterpoet die Tatsache, dass ein ostdeutsches Nationalbewusstsein erst durch den niedergeschlagenen Aufstand vom 17. Juni und danach durch den Mauerbau entstanden sei. Nimmt man Müller beim Wort, ist die Bundesrepublik aus einem Fußball geboren worden. Ihr Geburtsdatum war der 4. Juli 1954 – dem Tag des „Wunder von Bern“. Erstmals fühlten sich die Westzonen nach der Fußball-Weltmeisterschaft kollektiv als Westdeutsche.

Lembke war dabei. Als dessen Assistent begleitete er die legendäre Radio-Reportage von Herbert Zimmermann. Ohnehin liest sich Lembkes Biographie wie eine Kurzgeschichte der deutschen Nachkriegs-Publizistik: Er gehörte zum Team um Hans Habe oder Erich Kästner, den Männern der ersten Stunde bei der „Süddeutschen Zeitung“, war in verschiedenen Funktionen beim Bayerischen Rundfunk. Darunter Chefredakteur oder stellvertretender Programmchef. Bei den Olympischen Spielen 1972 war Lembke Geschäftsführer des deutschen Olympiazentrums und zwei Jahre später gehörte er bei der Fußball-Weltmeisterschaft zu den Regisseuren.

Doch bekannt wurde Lembke als Moderator des Formats „Was bin ich?“. Das Beruferaten lief erst von 1955 bis 1958 und dann von 1961 bis zum Januar 1989 – dann starb der Moderator nach einer Herzoperation. Drei Tage zuvor hatte er das Rauchen aufgegeben. Eine Neuauflage von „Was bin ich?“ scheiterte. Die Show war eigentlich schon vor seinem Moderator gestorben.

50 Mark Höchstgewinn

Zwei Tische, eine Tafel, ein Nummernschild zum Umläutern und farbige Sparschweine. Die Show kam mit wenig aus. Die höchstmögliche Siebprämie von 50 Mark war schon 1989 bescheiden. Und auch sonst war das „heitere Beruferaten“ das Gegenteil von Spektakel. Das Team stellte seine Fragen kokett ausgelassen wie eine Grünwalder Gesellschaft, die sich am Bridge-Abend einfach mal gehen lässt und ein zweites Gläschen Likör trinkt.

Bürgerlich situiert. Das war der Grundton von „Was bin ich?“. Dazu passte der Nürnberger Oberstaatsanwalt Hans Sachs im Rateteam oder TV-Ansagerin Annette von Aretin und Schauspielerinnen Marianne Koch, die in

ihren biedereren Outfits wie Gefangene schienen. Mit ein wenig Witz galt SRF-Unterhaltungschef Guido Baumann in dieser Runde bereits als der Freche. Alles plätscherte vor sich hin – und zeigte sich im Ansatz eine Welle, besänftigte Lembke diese.

„Was bin ich?“ bildete die alte Bundesrepublik so perfekt ab, dass sie zum Inbegriff für deren Biedermeier wurde. Im „König von Deutschland“ trieb es Rio Reiser auf die Spitze und meinte, es solle konsequenterweise nur noch ein TV-Programm geben: „Robert Lembke, 24 Stunden lang“. Bis zu dessen Tod hielt die Fassade.

Doch nach eben diesem Tod skandalisierte die Bild Lembkes Leben. Seit 20 Jahren sei er nur noch zum öffentlichen Schein mit seiner Frau verheiratet gewesen – und er heiße in Wirklichkeit Weichselbaum. Die Vermischung seiner Religion mit der Skandalisierung seines Privatlebens wirkte schräg und passte nicht zu den Verdiensten, die sich der Springer-Verlag um die Akzeptanz des Judentums in der Bundesrepublik erwarb. Wochenlang suhlte sich die Boulevard-Presse in echten und vermeintlichen Details.

Jedoch zeigte die Bild mit der Aktion auf, dass es 1989 nicht nur eine „Narbe Heinrich Heine“ in Deutschland gab, wie es wiederum Müller geschrieben hatte – sondern auch noch eine Narbe Judentum. Weichselbaum hatte gute Gründe, Lembke sein zu wollen. Nicht nur um sein Privatleben zu schützen. Sondern auch um eine Karriere machen zu können im Nachkriegsdeutschland, das so sehr seine Läuterung betonte und doch noch so stark in seiner Vergangenheit verhaftet war.

Versteckt in einem Dorf bei München

Weichselbaums Vater hatte Deutschland rechtzeitig Richtung Großbritannien verlassen. Er selbst war geblieben, schrieb noch unter Propagandaminister Joseph Goebbels für deutsche Zeitungen. Erst als er einen Verhaltens-



Robert Lembke

ern erst recht. Ideen wie Farbfernsehen oder eine Rateshow, in der Berufe und Promis erraten werden, kamen aus den USA oder England, wo Lembke die Rechte an „What’s My Line“ einkaufte und es in Deutschland zu dem Dauerbrenner machte, der gleichzeitig die erste Farbsendung des BR war.

sich allmählich zu der mondänen Weltstadt wandelte, die sie heute ist.

In jener Zeit wandelte sich auch die Verkörperung bürgerlicher Biederkeit: Lembke entfremdete sich von seiner Ehefrau, verliebte sich im Sender in eine Sekretärin. Hinter AOK-Kassengestell und im Zweireiher führte er nun ein Doppelleben, das er vor der Öffentlichkeit versteckte. So gut, dass es noch heute Spekulation braucht, um sich dem Privatmann zu nähern.

Eine Inkonzessenz, die Weichselbaum mit seinem Vater teilte: Der Verkäufer hatte für seinen Sohn ein bürgerliches Leben als Jurist vorgezeichnet, aber selbst bereits vor seiner Auswanderung privat anders gelebt. Und letztlich konnte Robert auch nicht dem gerecht werden, was er vorgab zu sein. In seinem Privatleben war das auch sein gutes Recht.

Dass ihn die „Bild“ nach seinem Tod als Jude outete, war ein journalistischer Fauxpas. Möglich war der nur, weil Lembke seine Identität bedeckt hielt. Weil er Teil der Münchner Schickeria war und sich an deren eiserne Regel hielt, das Thema, also dieses eine da, außerhalb von schwülstigen Sonntagsreden nicht vorkommen zu lassen. So gesehen steht Lembke/Weichselbaum für eine gar nicht mal so seltene Variante der Integration in der Bundesrepublik.

Ein Sendetermin für die NDR-Doku ist noch nicht in Sicht.

„ Das Team stellte seine Fragen kokett ausgelassen wie eine Grünwalder Gesellschaft, die sich am Bridge-Abend einfach mal gehen lässt und ein zweites Gläschen Likör trinkt.“

kodex unterschreiben sollte, kündigte Weichselbaum – ging zuerst als Verkäufer zu den IG Farben, dann in den Untergrund. Die Schoah überlebte er versteckt in Fürholzen, einem Dorf bei München.

München. Die „Hauptstadt der Bewegung“. In deren feuchtwarmen Kellerkneipen der braune Sumpf entstand. München, das bis in die 70er Jahre eine provinzielle Bauernmetropole war. Mehrfach mussten Mitglieder des Rate-teams bei „Was bin ich?“ aussetzen, weil sie den Kandidaten persönlich kannten, dessen Beruf sie suchen sollten.

Deutschland war damals eng. Bay-

Lembke nutzte die Freiheiten, die ihm der verlorene Krieg, sein Beruf und der Wohlstand der Nachkriegszeit brachten – er reiste durch die Welt, war mondän. Doch auch verwurzelt in seinem München, das nach 1945 noch lange viel von dem verschwitzt Schwülen hatte, was den braunen Terror überhaupt erst ermöglichte.

Es war aber auch eine Stadt im Wandel: Als Minister und Ministerpräsident holte Franz Josef Strauß zukunftsfähige Industrie ins Land – Atomkraftwerke, Waffenschmieden und Weltraumforschung machten Bayern reich und spülten Geld in die Bauernmetropole, die

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

11, 970 =

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
vierteljährlich:

1. durch die Expedition:
a) in Berlin — 90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement: 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Peris-Zelle oder deren Raum 25 Pfennig.

**Allgemeine
Jüdische Zeitung.**

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3387.

**Expedition und
Adresse für Geldsendungen
und Bestellungen:**
Verlag Jüdische Rundschau, E. O. m. b. H.
Berlin N. 54, Auguststr. 49a.

Geschäftsstunden der Expedition
täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 4—7 Uhr.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JÜDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 39
Berlin, 9. Tischri 5667 — 28. September 1906
X. Jahrgang

Inhalt		
<p>Ruhig und sachlich Ein Wort an Dr. Vogelstein Von Heinrich Sachse</p> <p>Briefe von einer Palästina-reise</p> <p>Ueber den jüngsten Pogrom</p> <p>Bericht des Hilfsvereins</p> <p>Rundschau Angriffe auf Naumann Eine Synagogenweihe Judenfeinde und Bildungsfeinde Warschauer Brief Aus Siedlec Zwangskurs steht bevor Nationalistische Spiegelfechtere</p>	<p style="text-align: right; font-size: small;">Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm.)</p> <p>Kleine Mitteilungen</p> <p>Beilage: Aus d. zion. Bewegung</p> <p>Mitteilungen des Zentralbureaus der Zionist. Vereinigung f. Deutschland</p> <p>Zur Theorie und Praxis der Zionist. Agitation in Deutschland Von Dr. Heymann</p> <p>Süddeutscher Zionistentag</p> <p>Aus den Ortsgruppen Hamburg — Königsberg</p> <p>Nationalfond</p>	
<p>ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND</p>		
<p>NATIONALFOND-VERWALTUNG Adresse für Geldsendungen Max Wollsteiner, Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10</p>	<p>ZENTRALBUREAU Berlin W. 66 Mauerstrasse 2 III</p>	<p>SHARE-KLUB-ZENTRALE Adresse für Anmeldungen M. Goldschmidt, Hamburg, Stadthausbrücke 12/14,</p>

Eine neue jüdische Stadt in Mexiko

Unweit von Mexiko-Stadt soll die „Ciudad de la Torá“ entstehen, die erste fast ausschließlich von Ultraorthodoxen bewohnte Ortschaft Lateinamerikas (JR).



Von Rabbiner Elischa Portnoy

Stadtplan der Tora-Stadt in Mexiko (www.ciudaddelatora.com)

Wo gibt es noch einen guten Ort, wo Juden angenehm und sicher leben können? Diese Frage war noch nie einfach zu beantworten, jedoch ist sie in unseren Zeiten noch kniffliger geworden. Antisemitismus macht zurzeit allen Juden zu schaffen, am meisten leiden darunter aber die orthodoxen Juden, die schon äußerlich als solche erkennbar sind. Aber nicht nur Übergriffe und Anfeindungen bereiten religiösen Menschen heutzutage große Probleme. Die Pandemie-bedingten Einschränkungen beeinflussen das jüdische Leben stark: geschlossene Synagogen, Schulen, Kitas und Yeshivot machen uns jeden Lockdown noch beschwerlicher.

Deshalb werden immer wieder Möglichkeiten gesucht, das jüdische Leben an einem sicheren Ort aufzubauen. So wurde zum Beispiel in Taiwan kürzlich ein großes Gemeindezentrum gebaut, das im Dezember dieses Jahres eröffnet werden soll. Dort werden unter „einem Dach“ Synagoge, Mikwe, ein großer Festsaal für 300 Personen, ein koscheres Restaurant, eine Kita und eine Bibliothek für die 700-800 Juden der fernöstlichen Insel eingerichtet.

In anderen Ländern geht man noch weiter: Kurioserweise haben gerade die Corona-Strapazen einige Unternehmer in Mexiko auf eine spannende Idee gebracht. Während der Covid-Pandemie entschied sich eine jüdische Schule einen abgelegenen Ort zu suchen, wo man quasi „unter sich“ ist und dank strenger Hygiene-Maßnahmen gleichzeitig vor der Infektion geschützt bleibt. Und einen solchen Ort hat man schließlich tatsächlich in einer kleinen Ruinen-Stadt unweit von Mexiko-Stadt ausfindig gemacht. Weil diese Idee Erfolg hatte, kam dann gleich die nächste Idee: warum nicht eine ganz Stadt mit Schulen, Yeshivot und Supermärkten

ausschließlich für religiöse Juden bauen?

Die richtigen Menschen haben sich gefunden

Ein solche Idee gab es schon früher, zum Beispiel in Argentinien, wurde jedoch nie realisiert. Dieses Mal ist eine Umsetzung jedoch viel wahrscheinlicher. Denn es gibt zurzeit vieles, was ein erfolgreiches Projekt benötigt: einen

Sängern Avraham Fried und Motty Steinmetz der Grundstein für das Projekt gelegt.

Und die Pläne der Initiatoren sind wirklich groß: es sollen Synagogen sowohl für Aschkenasim als auch Sefardim gebaut werden, dazu Kitas, eine Grundschule, Yeshivot, koschere Supermärkte, ein Fitness-Studio, ein Schwimmbad, Sportplätze, Mikwaot (rituelle Tauchbäder) und Parks.



Der Yeshiva-Campus, 40 Häuser für Studenten und Rabbis (www.ciudaddelatora.com)

guten und begeisterten Projektleiter (Mosche Schemaria), der bereits ein bekannter Geschäftsmann in Mexiko-Stadt ist, einen potenten Geldgeber (Abraham Mizrahi) und einen geistigen Begleiter (Rabbi Josef Tawil), der Oberrabbiner der neuen Stadt werden soll.

Für die neue Stadt wurde bereits ein Platz von 50 Hektar neben der Kleinstadt Ixtapan de la Sal, nur 135 Kilometer südwestlich der Hauptstadt, gefunden und bei einer großen Veranstaltung mit u.a. den bekannten orthodoxen

Man kann sicher sein, dass bei dem Bau alles berücksichtigt wird, was orthodoxe Familien zum normalen Leben benötigen. So wird zum Beispiel jede Wohnung vermutlich eine separate Küche fürs Pessach-Fest haben. Wenn man die Alltags-Küche einfach schließen kann und eine fertige „koscher für Pessach“-Küche einfach aufmachen, spart man damit viel Zeit und Kraft bei der Vorbereitung zum Pessach. Auch ans Sukkot-Fest sollte gedacht werden. Normalerweise gibt es immer wieder Probleme mit dem Aufstellen von Laub-

hütten (Sukka), in denen man während des siebentätigen Festes wohnen sollte. Wenn man diese Hütten aber von Anfang an einplant, kann man entweder kleine Gartenflächen für jede Wohnung vorausplanen oder die Balkons so platzieren, dass kein Balkon dem anderen den Himmel verdeckt und damit die Laubhütte, die auf diesem Balkon aufgebaut ist, unbrauchbar macht. Auch Eingänge können so gestaltet werden, dass auch kinderreiche Familien mit Doppelkinderwagen leicht in ihre Wohnungen gelangen können.

Der große Vorteil dieser Stadt sollte der günstige Preis für die Wohnungen sein. Wenn man an eine andere bekannte Stadt denkt, in der ebenfalls viele orthodoxe Juden leben (Lakewood in New Jersey), liegt dort der Preis für ein passendes Appartement für eine orthodoxe Familie bei ca. 1 Million Dollar. In der „Tora-Stadt“ in Mexiko hingegen soll der Preis schon ab 120.000 Dollar beginnen. Dieses Projekt ist vor allem für religiöse Juden aus Argentinien, Venezuela, Panama, Chile und anderen Ländern Süd- und Zentralamerikas gedacht. In Mexiko selbst, wo zurzeit schätzungsweise ca. 40.000 Juden leben, wird dieses Projekt vermutlich keine große Begeisterung hervorrufen: die meisten mexikanischen Juden sind liberal und werden wohl mit einer solch frommen Stadt wenig anfangen können.

In der ersten Phase sollen 40 Häuser gebaut werden und so im Jahr 2024 zur neuen Heimat für die ersten 120 Familien werden. Danach werden weitere Häuser gebaut und wird die Stadt weiterwachsen. Vielleicht wird dieses Modell zum Vorbild und bald werden auch in anderen Ländern solche Städte entstehen, wo das echte jüdische Leben ungehindert blühen kann.

Wie viele Judentümer gibt es eigentlich?

Die religiöse Vielfalt innerhalb des Judentums ist enorm.

Von Michael Selutin
(Israel Heute)

„Ein Jude hatte jahrelang einsam auf einer einsamen Insel gelebt. Als er endlich gefunden wurde, sahen seine Retter, dass er zwei Synagogen auf der Insel gebaut hat. ‚Warum zwei Synagogen?‘, fragten sie ihn. Der Jude zeigte auf eine Synagoge und sagte, ‚Das ist die Synagoge, in der ich regelmäßig bete und in diese dort drüben würde ich nie einen Fuß setzen!‘“

Dieser Witz beschreibt ziemlich akkurat die Einstellung vieler Juden, die vielleicht noch das alte Stammesdenken aus biblischer Zeit in sich spüren. Damals war das Volk in 13 Stämme aufgeteilt (der Stamm Joseph wurde in Menasche und Ephraim aufgeteilt) und aus der Bibel wissen wir, dass es Gott wichtig war, diese Stämme voneinander abzugrenzen und zu bewahren. Der Grund dafür ist, dass jeder Stamm einen eigenen Charakter und eine Spezialisierung hatte und das jüdische Volk als „Licht für die Nationen“ zeigen sollte, dass es nicht nur einen Weg zu Gott gibt. Der Weg zur Heiligkeit ist nicht nur durch einsame Meditation erreichbar, sondern auf sehr verschiedene Wege. Ein Kriegerstamm wie Gad war ebenso heilig und gottesnah wie der Händlerstamm Zewulun, oder der Priesterstamm Levi.

Heute haben wir keine Stämme mehr, aber dafür hunderte verschiedene Gemeinden mit unterschiedlichen Traditionen und sogar Gesetzen. Dazu muss gesagt werden, dass die Unterschiede in den Details liegen und nicht den wichtigen, übergeordneten Prinzipien. Zum Beispiel erkennen alle Strömungen des authentischen Judentums die Pflicht an, den Schabbat einzuhalten, aber manche Gemeinden erlauben das Fahrradfahren an diesem Tag und andere halten es für zu gefährlich, da das Fahrrad kaputtgehen kann und man es dann reparieren würde, was nach Meinung aller am Schabbat verboten ist.

Wie im Witz oben, hat nun jede Gemeinde ihren eigenen Weg zu Gott, manche auf dem Fahrrad und andere zu Fuß. Und wie im Witz schaut jede Gemeinde ein bisschen auf andere Gemeinden herab.

„Ach, diese verrückten Chassidim!“, sagen die Litwischen Juden, „sie beginnen ihr Morgengebet erst um zehn Uhr und beten dann so lange, dass sie danach gleich ihr Mittagsgebet beginnen!“

„Diese spießigen Litwaks“, sagen hingegen die Chassiden, „sie haben überhaupt keinen Spaß im Leben, sie kommen immer pünktlich zum Gebet, aber hat schon einmal jemand gesehen, dass ein Litwak lächelt?“

Litwak, Chassiden, Sepharden, Aschkenasen, Bnei Masche und Äthiopier

Die Sepharden kommen aus Sicht vieler Aschkenasen sowieso von einem ganz anderen Planeten und die jemenitische Gemeinde, die nach den Jahrtausenden der Isolation vielleicht die authentischste jüdische Tradition besitzt, wird von allen anderen als „etwas merkwürdig“ angesehen.

Dann gibt es noch die Äthiopier, die Bnei Menasche aus Indien, die verschiedenen Gemeinden aus dem Süden der ehemaligen Sowjetunion und so



Chassiden (oben) und äthiopische Frauen (unten) an der Klagemauer in Jerusalem

weiter. Jede Gemeinde hat ihre eigenen Regeln und Traditionen und oft ihr eigenes Aussehen. Viele erkennen mich

doch einfach ist, zwischen diesen zu wechseln. Mancher Litwak, der auf wundersame Weise ein Fünkchen

„ Es gibt also ein Judentum mit vielen verschiedenen Geschmäckern und vielleicht ist Bier ein passendes Beispiel. Bier wird aus Hopfen und Malz hergestellt, aber trotzdem gibt es sehr viele verschiedene Sorten und regionale Unterschiede.“

sofort als aschkenasischen Russen und vor kurzem hatte ich ein Erfolgserlebnis in meiner Synagoge, als dort neue Gesichter auftauchten, die ich richtig als Südamerikaner erkannte.

All diese Gemeinden bilden im Grunde eigene Stämme, wobei es je-

Lebensfreude in sich spürt, wird zum Breslauer Chassid. Ich hatte einmal einen Italiener kennengelernt, dem die jemenitische Tradition sehr gefiel und der schließlich Mitglied dieser Gemeinde wurde.

Da wir aber nun alle in Israel zu-

sammenleben und die Gemeinden nicht mehr wie zu biblischen Zeiten regional voneinander getrennt sind, entsteht sehr, sehr langsam ein gemeinsames Judentum. Wenn ich in Jerusalem bin, bete ich in der Synagoge neben unserer Redaktion auf sephardische Weise. In vielen Synagogen gibt es zudem während der Woche keine feste Tradition, der Vorbeter betet auf die Weise, die ihm am besten passt und alle anderen machen mit.

Es gibt also ein Judentum mit vielen verschiedenen Geschmäckern und vielleicht ist Bier ein passendes Beispiel. Bier wird aus Hopfen und Malz hergestellt, aber trotzdem gibt es sehr viele verschiedene Sorten und regionale Unterschiede. Der Kern bleibt gleich, aber jeder Stamm hat sein eigenes Rezept, eigene Vorlieben und einen eigenen Geschmack, der seinen Charakter widerspiegelt.

Und damit LeChaim und Schabbat Schalom!

Feiern für das Glück

Rosch Haschana, Jom Kippur, Sukkot und Schmini Atzeret: Warum wir innerhalb eines Monats so viele Feste zu feiern haben

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Aus Gegebenheiten des jüdischen Kalenders werden dieses Jahr alle hohen jüdischen Feiertage innerhalb des Septembers gefeiert. Und wenn man bedenkt, dass es in der Diaspora nicht nur vier Feste (Rosch Haschana, Jom Kippur, Sukkot und Schmini Atzeret), sondern sogar sieben Vollfeiertage (Jomim Tovim) und fünf Halb-Feiertage (Chol haMoed) sind, stellt sich ganz natürlich die Frage, warum G'tt so etwas verfügt hat. Insbesondere dann, wenn man sich daran erinnert, dass für den Rest des Jahres nur noch ganze zwei Feste (das achttägige Pessach-Fest im Frühling und das zweitägige Schawuot im Sommer) zu feiern sind.

Die einfachste Antwort wäre die landwirtschaftliche. Am Anfang des Herbstes ist die Ernte zu Ende und die Bauern sind glücklich, dass das Jahr erfolgreich beendet ist, und man Sicherheit für das kommende Jahr hat. Außerdem haben sie eine kurze Verschnaufpause, so dass alle Zeit und Laune zum Feiern haben. Jedoch wäre das allein für den G'ttlichen Plan viel zu einfach. Die Tora ist nicht nur für die Bauern im Heiligen Land gedacht, sondern für alle Menschen aller Generationen. Also auch für heutige jüdische Anwälte in Amerika, jüdische Ärzte in Russland, jüdische Ingenieure in Australien oder auch jüdische Funktionäre in Deutschland. Unsere Frage wird noch stärker, wenn man daran denkt, dass die jüdischen Feiertage im Herbst alles andere als fröhliche Partys sind. Ehrfurcht und Anspannung beim Schofar-Blasen am Rosch Haschana, strenges Fasten mit vielen und langen Gebeten am Jom Kippur, das siebentägige Wohnen, Essen und Trinken in der wackeligen Laubhütte am Sukkot, lange und kräftezehrende Tänze mit der Tora am Simchat Tora. Gar kein Vergleich mit dem feurigen Jahreswechsel am 31. Dezember oder dem besinnlichen Weihnachten im engen Familienkreis.

Deshalb lohnt es sich tiefer zu blicken und die Geheimnisse der Herbst-Feiertage zu entdecken.

Die Entstehung der Feste

Interessanterweise haben drei der vier Herbstfeste überhaupt keine geschichtliche Verbindung miteinander. Rosch Haschana, das jüdische Neujahr, wird als Erinnerung an die Erschaffung der Menschheit gefeiert. Bekanntlich hat G'tt unser Universum in sechs Tagen erschaffen und am siebenten Tage hat Er sich davon ausgeruht. Der erste Mensch Adam und seine Frau Chava wurden am sechsten Tag erschaffen und haben eine Aufgabe von G'tt bekommen (den Garten Eden zu hüten und nicht vom Baum des Erkenntnisses zu essen). Jedoch haben sie diese Aufgabe verbockt, weil sie die Frucht des verbotenen Baums dann eben doch gegessen haben und dafür gerichtet wurden. Seitdem ist jedes Jahr am 1. Tischrej nach dem jüdischen Kalender großer Gerichtstag. An diesem Tag werden alle Menschen in dieser Welt von G'tt gerichtet und es wird von G'tt bestimmt, was mit jedem passieren wird. Ob man stirbt oder das Jahr überleben wird, ob man verarmt oder reich wird, wie viel man verdient – das alles wird am Rosch Haschana entschieden.

Auch wenn Jom Kippur nur neun Tage später am 10. Tischrej gefeiert wird, ist seine Erstehungsgeschichte eine ganz andere. Als die Juden aus Ägypten aus-

gezogen sind, haben sie innerhalb von 50 Tagen am Berg Sinai die 10 Gebote bekommen. Im Anschluss ging Mosche, unser Lehrer, für 40 Tage auf den Berg Sinai, um die ganze Tora von G'tt zu bekommen. Als diese 40 Tage fast um waren, bekam das Volk Angst, dass Mosche nie wieder zurückkommt und machte (angestachelt von mitgekommenen Ägyptern) das Goldene Kalb. Der Zorn G'ttes war groß und nur ein starkes vierzigstägiges Gebet von Mosche auf dem Berg hat verhindert, dass das jüdische Volk vernichtet wurde. Danach ging Mosche zum dritten Mal auf den Berg Sinai, um vollständige Verzeihung von G'tt zu erbitten. Am 10. Tischrej hat G'tt den Juden die Sünde des Goldenen Kalbes vollständig verziehen, und seitdem ist dieser Tag für alle Generationen der Versöhnungstag „Jom Kippur“.

Nur vier Tage nach Jom Kippur beginnt das Laubhütten-Fest „Sukkot“. Auch dieses Fest hat scheinbar mit dem gerade gefeierten Rosch Haschana und Jom Kippur nichts zu tun. In der Tora wird der Grund für Sukkot folgendermaßen beschrieben: „In Hütten sollt ihr wohnen sieben Tage... Damit es eure Nachkommen erfahren, dass ich in Hütten habe wohnen lassen die Kinder Jisrael, da ich sie herausgeführt aus dem Land Mizrajim“. Auch dieses Fest scheint „zufällig“ gerade in dieser Zeit gefeiert zu werden. Denn es sollte eigentlich egal sein, wann man in den Hütten als Erinnerung an den Auszug aus Ägypten sitzt. Und von der Logik her sollte dieses Fest doch im Frühling sein, als der eigentliche Auszug stattgefunden hat.

Das vierte und letzte Tischrej-Fest ist Schmini Atzeret – die Versammlung des achten Tages, die direkt nach Sukkot gefeiert wird. Wie dem Namen zu entnehmen ist, hat Schmini Atzeret wohl eine Verbindung zu Sukkot: Das Sukkot-Fest dauert nach der Tora sieben Tage und die „Versammlung des achten Tages“ ist quasi seine „Verlängerung“. Andererseits ist Schmini Atzeret ein selbstständiger Feiertag mit all seinen Attributen wie Kiddusch, Segensprüche usw. Doch es gibt noch mehr Komisches an diesem Fest. Am Schmini Atzeret gibt es keine speziellen Gebote wie das Schofar-Blasen am Rosch Haschana, das Fasten am Jom Kippur oder das Sitzen in der Sukka am Sukkot. Das Einzige, was uns an diesem Tag geboten ist, ist die Freude. Außerdem gibt uns die Tora keine Begründung für das Feiern von Schmini Atzeret.

Verborgene Verbindung

Spätestens wenn wir das merkwürdige Fest Schmini Atzeret betrachten, sollte uns dämmern, dass alle Herbst-Feste doch eine Verbindung miteinander haben könnten und Schmini Atzeret eine wichtige Funktion in dieser Kette hat.

Doch um dieser Verbindung auf der Spur zu kommen, sollte man die Bedeutung jedes Festes genauer betrachten. Am Rosch Haschana wird das kommende Jahr entschieden und deshalb blicken wir nach vorn, und nicht nach hinten. Wir denken nicht an unsere Fehler und die verpassten Möglichkeiten des vergangenen Jahres, denn das werden wir am Jom Kippur noch zu Genüge tun. Am Rosch Haschana wollen wir ein neues Kapitel in unserem



Betende Juden in der Synagoge am Jom Kippur, Gemälde von Maurycy Gottlieb, 1878

Leben aufschlagen. Dafür erklären wir G'tt zu unserem König. „Avinu, Malkejnu“ (unser Vater, unser König) sagen wir inbrünstig in zahlreichen Gebeten. Wenn der Mensch so lebt, als ob er keinen G'tt braucht, wird ihn G'tt schon an sich erinnern und das oft ziemlich unsanft. Wenn man selbst oder Verwandte krank sind, wenn einem große finanzielle Verluste oder Familienkollaps droht, erinnert man sich schnell an G'tt. Dann ist man bereit zu beten, zu spenden, zu fasten – alles Mögliche zu tun, nur um das Unheil abzuwenden. Deshalb sollte man sich bereits an G'tt wenden und um seine Barmherzlichkeit bitten, bevor man in Not geraten ist. Und eben dafür haben wir Rosch Haschana: wir stärken unsere Beziehung zu G'tt und nehmen uns vor im kommenden Jahr besser zu werden.

Die zehn Tage von Rosch Haschana bis Jom Kippur werden „Asseret Jemej Teschuwa“ – zehn Bußtage – genannt. In dieser Zeit können wir unsere Fehler und Sünden sowohl gegenüber G'tt, als auch gegenüber unseren Mitmenschen bereuen und korrigieren. Unsere Weisen sagen, dass am Rosch Haschana unser Urteil für das kommende Jahr verfasst wird und am Jom Kippur besiegelt. Daran sehen wir, dass es eine sehr starke Verbindung zwischen beiden Festen gibt. Jom Kippur ist damit eine große Chance nicht nur zur Rettung des kommenden Jahres, sondern auch dazu, das vergangene Jahr „bereinigen“.

Wir feiern unsere spirituellen Errungenschaften

Nun kommt auch das Sukkot-Fest nicht zufällig nach Jom Kippur. Gerade wenn wir nach zehn Bußtagen und Jom Kippur von Sünden „gereinigt“ sind, können wir uns richtig freuen. Zwar nicht über ein neues Auto oder schönen Urlaub in der Karibik, sondern über unsere spirituellen Errungenschaften. Über die starke Beziehung zu G'tt, über die guten Verhältnisse mit unseren Mitmenschen, die nicht durch alte Streitereien und Kränkungen belastet sind. Gerade das Sitzen in den Laubhütten zeugt von unserem Glauben und Ver-

trauen in G'tt. Eine Laubhütte hat kein richtiges Dach, deshalb sind wir dort von Witterungen nicht geschützt. Trotzdem gehen wir aus unseren Häusern und sitzen in diesen Hütten und zeigen damit, dass wir uns nicht auf materielle Güter verlassen, sondern allein auf den Schutz G'ttes.

Am Sukkot haben wir außer der Laubhütte noch weitere Gebote. So werden „Arbaa Minim“ – „vier Arten“ von Pflanzen als ein Strauß genommen. Außerdem sollen wir uns alle Tage von Sukkot freuen und fröhlich sein. Auch das ist laut unseren Weisen nur dann möglich, wenn man frei von Sünden ist. Wenn man sowohl vor G'tt, als vor den Menschen „gerade stehen“ kann, ohne Furcht angeklagt zu werden, dann kann man schon die echte Freude spüren.

Und dann kommt Schmini Atzeret. Wenn man bedenkt, was wir schon alles über die Herbst-Feiertage wissen, so ist es ein ziemlich schwerer Feiertag.

Man hat an drei vorherigen Festen schon so viel gefeiert, viel gebetet, viel gelernt. Und jetzt gibt es (in der Diaspora) zwei Tage, an denen man sich außerordentlich freuen soll. Ist das überhaupt möglich?

Ja, sagen unsere Weisen. Gerade deshalb wird am letzten Tag von Schmini Atzeret „Simchat Tora“ – die „Freude der Tora“ gefeiert. Es wird viel mit der Tora getanzt und gesungen, es wird viel leChaim getrunken und die Kinder bekommen so viele Süßigkeiten, dass sie scheinbar bis Chanukka reichen. Gerade die Anwesenheit von Kindern ist immens wichtig. Sie sind die Fortsetzung der Kette unserer Tradition und sie müssen ein positives, lebendiges und schönes Judentum vor Augen haben. Jedoch auch für uns, die Erwachsenen, sind Schmini Atzeret und Simchas immens wichtig. Wir müssen das alles, was wir während dieser Feiertage erlebt haben, in unseren Alltag mitnehmen. Die Dankbarkeit und Anerkennung für G'tt am Rosch Haschana, die Ablehnung der Sünden und das Schamgefühl G'tt oder seine Mitmenschen betrogen oder beleidigt zu haben am Jom Kippur, und auch der feste Glauben an den G'ttlichen Schutz am Sukkot. Das Wichtigste jedoch, was wir mitnehmen sollen, ist das Leben mit Freude! Gerade dafür steht Schmini Atzeret und gerade er schließt alle Feiertage mit uferloser Freude ab, auch wenn man denkt, dass dafür keine Kraft mehr vorhanden ist. Schmini Atzeret lehrt uns, dass wir immer fröhlich sein sollen, auch wenn der Alltag grau ist und wir mit zahlreichen kleinen und großen Problemen zu kämpfen haben. Wenn wir an G'tt glauben und verstehen, dass nur Er unsere kleinen und großen Probleme lösen kann, und dass nur Er Quelle unserer Inspiration im Alltag ist, dann wird der Alltag nicht mehr grau sein und alle finanziellen, gesundheitlichen oder familiären Probleme werden uns unbedeutend erscheinen. Und wenn G'tt unseren Glauben an Ihn durch unsere aufrichtige Freude spürt, wird er uns alle unsere Probleme wegmachen und uns mit Gesundheit, Parnassa und Familienglück segnen.

Die versteckte Botschaft des Schofars

Der durchdringende Ton des Widderhorns ist ein spiritueller Weckruf zu Rosch HaSchana (JR)

Von Dovid Gernetz

Am ersten (und zweiten) Tischrei wird in der jüdischen Tradition Rosch HaSchana, das jüdische Neujahrsfest, gefeiert. Obwohl Rosch HaSchana ein Feiertag wie die anderen ist, und mit entsprechender Kleidung und festlichen Mahlzeiten gefeiert wird, ist es dennoch auch der Tag des Gerichts.

Die Tora schreibt uns vor, an diesem Feiertag das Schofar (Widderhorn) zu blasen, so wie es geschrieben steht: „Und im siebten Monat, am ersten Tag des Monats, sollt ihr eine heilige Versammlung haben; ihr sollt keine Arbeit verrichten; es ist ein Tag des Posaunenschalls“ (Bamidbar Kap. 29, Vers 1).

Daran, dass die Tora Rosch HaSchana als „Tag des Posaunenschalls“ bezeichnet (und nicht z.B. als „Tag des Apfels und des Honigs“), lässt sich erkennen, dass es sich beim Blasen des Schofars um einen essentiellen Teil von Rosch HaSchana und dessen Thematik handelt.

Auch im Gebet zu Rosch HaSchana lässt sich eine tiefe Verbindung dieses Feiertages zum Schofar erkennen, denn eines der drei Hauptthemen des Musafs (jüdisches Gebet) ist Schofarot, und dort werden alle bedeutungsvollen Erwähnungen des Schofars im Tanach aufgezählt.

In diesem Artikel werden wir versuchen zu erläutern, warum das Schofar am Rosch HaSchana so eine große und zentrale Rolle spielt, und wie es uns zu einem besseren Urteil verhilft.

Doch zuvor muss betont werden, dass es sich bei den Gründen, die von den Kommentatoren für die Gebote der Tora gegeben werden, nie um den wahren Grund, sondern nur um eine symbolische Erklärung handelt – denn die wahren Gründe sind nur G'tt, dem Verfasser dieser Gebote, bekannt.

Manche Rabbiner behaupten, dass die Erklärungen für die Gebote der Tora (z.B. Sefer HaChinuch) deshalb auf Hebräisch als „Taamei HaMitzwot“ (Taam steht im Hebräischen nicht nur für „Grund“, sondern auch für „Geschmack“) bezeichnet werden, weil sie nur den „Geschmack“, also die Symbolik des Gebotes, wiedergeben können, nicht aber den wahren Grund.



MENACHEM KAHANA, AFP

Was also ist die symbolische Bedeutung des Schofars?

Maimonides schreibt (Mischne Torah Hilchot Tschuva 3:4):

Obgleich der Posaunenschall (das Schofar-Blasen) eine Vorschrift der Tora ist, so ist doch auch eine tiefere Bedeutung damit verbunden, als wollte man damit sagen: „Erwachtet, ihr Schlummernden, von eurem Schlummer, und ihr Schlafenden, von eurem tiefen Schläfe, untersucht eure Taten, kehrt wieder in Buße und erinnert euch eures Schöpfers!“

Lasset euch ermahnen, ihr, die ihr die Wahrheit in den Nichtigkeiten der Zeit vergesst, und eure Lebensjahre verbringt in Eitelkeit und Leere, was nicht hilft und nicht rettet. Richtet eure Blicke auf eure Seelen; verbessert eure Wege und eure Taten, und möge ein Jeder unter euch seinen sündhaften Pfad verlassen,

und von seinen bösen Gedanken absteigen“.

Wenn Maimonides von „Schlummernden“ und „Schlafenden“ spricht, meint er damit natürlich nicht physischen Schlaf, sondern „spirituellen Schlaf“, den Schlaf der Seele:

Im Laufe des Jahres sind wir Menschen oft so sehr mit unserem Alltag beschäftigt, dass uns überhaupt keine Zeit mehr übrigbleibt, um über unser Leben und unsere wahren Ziele nachzudenken.

Wir vergessen, mit welcher Aufgabe wir in diese Welt geschickt wurden und setzen falsche Prioritäten. Materieller Reichtum, vergängliche Errungenschaften und Nichtigkeiten dieser Welt werden mehr geschätzt als die Erfüllung der Gebote, intellektuelle Entwicklung und spiritueller Fortschritt.

Laut Maimonides dient der durchdringliche Ton des Schofars als eine Art spiritueller Weckruf, um uns daran zu erinnern, aus diesem zombiehaften Zustand zu erwachen und den wahren Sinn des Lebens zu erkennen. Sobald der Mensch zu dieser Erkenntnis kommt, wird er seine schlechten Taten bereuen und sich vornehmen, nächstes Jahr ein besserer Mensch zu werden.

Zu spät?

Es stellt sich jedoch die Frage, ob es nicht zu spät ist, erst an Rosch HaSchana „geweckt“ zu werden, wenn man an diesem Tag schon gerichtet wird.

Daran sehen wir, dass der Mensch an Rosch HaSchana (und generell) in der Lage ist, sich innerhalb kürzester Zeit zu verändern – und dass allein schon der Gedanke, seine Taten zu bereuen und sich verändern zu wollen, für ein gutes/besseres Urteil im himmlischen Gericht ausreichend ist.

Unsere Weisen lehren im Talmud (Rosch HaSchana 16b):

„Rabbi Yitzhak sagte: Ein Mensch wird nur nach seinen Taten zum Zeitpunkt des Urteils gerichtet, wie es in Bezug auf Yishmael steht: ‚Denn G'tt hat die Stimme des Knaben erhört, dort wo er sich gerade befindet (Bereschit 21:17).‘“

In einem irdischen Gericht wird der Mensch für seine Taten gerichtet und bestraft, auch wenn er sie aufrichtig bereut. Reue kann das Strafmaß beeinflussen und eventuell vermindern, aber nicht vollkommen von der Verantwortung befreien.

Auch im himmlischen Gericht wird der Mensch für seine Taten bestraft, jedoch nur falls er sich nicht bereit erklärt, sich zu ändern und ein besserer Mensch zu werden. Auch wenn der Mensch während des gesamten Jahres seinen Schöpfer vergessen und seinen spirituellen Teil vernachlässigt hat, hat er dennoch stets die Möglichkeit sich in nur einem Augenblick in einen anderen Menschen zu transformieren.

Der unmusikalische Ton des Schofars erinnert auch an einen herzzerreißenden Schrei, den Schrei, der aus den Tiefen des Herzens kommt. Nachdem wir an Rosch HaSchana (nach dem eindringlichen Weckruf des Schofars) aus dem tiefen spirituellen Schlummer, in dem wir uns im Laufe des Jahres befunden haben, erwachen und zu der Einsicht kommen, dass wir uns von G'tt entfernt haben, möchten wir zu G'tt zurückfinden. Doch nicht immer wissen wir, wie wir dies vollbringen können und aus Verzweiflung schreit unsere Seele zu G'tt herauf – und auch diesen Schrei symbolisiert das Schofar.

Wenn Sie an Rosch HaSchana das Schofar hören, hören Sie genauer hin, vielleicht werden Sie zwischen den verschiedenen Tönen die Botschaft des Schofars „Erwachtet, ihr Schlummernden, von eurem Schlummer...“ und die Antwort des jüdischen Herzens erkennen können.

Wir als Juden in der AfD möchten die Leser der einzigen unabhängigen jüdischen Zeitung in Deutschland darauf hinweisen, dass unser stellv. Vorsitzender **Marcel Yaron Goldhammer** am 26.9. auf der Berliner Landesliste zum Bundestag zur Wahl steht!

Jetzt Förderer werden auch ohne AfD-Mitgliedschaft unter j-afd.org/

Bundesvereinigung der Juden in der AfD